

**Zwei Unterschriften,
die das Grenzland
veränderten**

Alman *H. C. Hansen*

Ausgangspunkt einer großartigen Erfolgsgeschichte

Grußwort von Bundeskanzler Gerhard Schröder

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, deren 50. Jahrestag wir am 29. März feiern, sind der Ausgangspunkt einer großartigen Erfolgsgeschichte. Deutschland und Dänemark haben damals einen Schlussstrich unter ein Jahrhundert gesetzt, das von Kriegen, Feindseligkeiten und Misstrauen geprägt war. Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ministerpräsident Hans Christian Hansen haben mit den Erklärungen in klarer, einfacher und zugleich wegweisender Form jene Fragen geregelt, die für das Zusammenleben der Menschen in der Region

von überragender Bedeutung waren.

Es ist der Geist der Versöhnung, der Annäherung und des Ausgleichs, der aus den Bonn-Kopenhagener Erklärungen spricht. In Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gibt es seitdem einen intensiven Austausch auf allen Ebenen. Das Verhältnis der Deutschen und Dänen im Grenzgebiet hat sich vom früheren Gegeneinander über das Nebeneinander zum Miteinander entwickelt.

Das harmonische Zusammenleben zwischen Deutschen und Dänen in der Grenzregion beruht ganz

wesentlich auf dem Engagement, das aus der Mitte ihrer Gemeinschaften kommt.

Über die deutsch-dänische Grenzregion hinaus ist dieses Zusammenwirken zu einem Modell für andere europäische Regionen, zum Beispiel in Osteuropa, geworden.

*Gerhard Schröder,
Bundeskanzler
der Bundesrepublik
Deutschland*



Verpflichtet zur Behutsamkeit und zum Mut

Grußwort von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis

Vor 50 Jahren – am 29. März 1955 – unterzeichneten Ministerpräsident Hansen und Bundeskanzler Adenauer auf dem Petersberg bei Bonn die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. In diesen Erklärungen wurden die Rechte der beiderseitigen dänischen und der deutschen Minderheiten – allen voran: die Bekenntnisfreiheit – festgeschrieben.

Damit ist das Fundament gelegt worden für die Befriedung/Beilegung der überkommenen Konflikte im deutsch-dänischen Grenzland. Ein unfriedliches Jahrhundert konnte endlich zu Ende gehen.

Ein neues Kapitel der Nachbarschaft zwischen Deutschland und Dänemark wurde aufgeschlagen. Vor allem aber wurde der Grundstein für ein neues innenpolitisches Klima gelegt. Zum einen sollten sich die Lebensbedingungen der Minderheiten verbessern. Zum anderen galt es für die Mehrheitsbevölkerungen, zu lernen, Minderheiten als kulturelle Bereicherungen wahrzunehmen.

In Schleswig-Holstein hat die Minderheitenpolitik eine große Bedeutung.

Wir haben gelernt und erfahren, wie Schritt für Schritt durch engagierte Persönlichkeiten und beharrliche Arbeit das deutsch-dänische Grenz-

land zu einem Musterbeispiel europaweit wahrgenommenen Beispiel für die friedliche Lösung von Minderheitenfragen geworden ist.

Ich bin stolz auf die Leistungen, die hier erbracht worden sind, sei es aus den Reihen der Mehrheitsbevölkerung, sei es aus den Reihen der Minderheiten oder von beiden gemeinsam.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben ihre Bedeutung als wichtige Dokumente der Menschlichkeit. Wesentlich war allerdings die innere Haltung, war der Geist, mit dem die Möglichkeiten, die die Erklärungen schufen, mit Leben erfüllt worden sind!

Die Erfahrungen, die mit den Auswirkungen der Er-

klärungen im Alltag gemacht worden sind, haben uns ermutigt: Inzwischen ist es so, dass wir das, was sich in Schleswig-Holstein in Bezug auf die dänische Minderheit bewährt hat, auch in unserem Verhältnis zur friesischen Minderheit zum Maßstab gemacht haben.

Ich danke den Minderheiten beiderseits der Grenze dafür, dass sie sich heute als Brückenbauer zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark verstehen. Ich nutze diese Gelegenheit heute, um auch an das enge Band zu erinnern, das uns Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig verbindet.

Schleswig-Holsteinische

Landtage und Landesregierungen haben durch die Jahrzehnte große Anstrengungen unternommen, um der Verantwortung gerecht zu werden, die die Geschichte des Grenzlandes uns auferlegt hat.

Mit der Würdigung der Minderheitenpolitik wird unser deutsch-dänisches Grenzland in den Blickpunkt Europas gerückt. Wir wissen, dass uns dies zu Behutsamkeit und Mut gleichermaßen verpflichtet. Wir vertrauen dabei auf das Fundament, das wir in den letzten 50 Jahren gemeinsam gelegt haben.

*Heide Simonis
Ministerpräsidentin des
Landes Schleswig-Holstein*



Sønderjyllands Amt

Amtsrådet ønsker grænseregionen til lykke med 50 års dagen for København-Bonn-erklæringerne.



www.sja.dk



50 Jahre, und was nun?

Zwei Unterschriften, die das Grenzland veränderten, lautet der Titel unserer Beilage. Ist das nun richtig? Sowohl als auch! Der damalige stellvertretende BdN-Hauptvorsitzende Jens Harrebye hat Recht, wenn er in einem Interview sagt, dass »wir von Glück sagen können, dass die Herren Adenauer und Hansen damals zusammengefunden haben.« Sie handelten aus unterschiedlichen Motiven, und doch einte sie die gemeinsame Überzeugung, im deutsch-dänischen Verhältnis nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs ein neues Kapitel durch die Minderheiten aufzuschlagen, um übergeordnet zu sichern, was für beide ausschlaggebend war: die Zugehörigkeit zur freiheitlichen, demokratischen Wertegemeinschaft des Westens, zunächst durch die gemeinsame Nato-Mitgliedschaft. Für Konrad Adenauer soll Dänemark – nicht despektierlich gemeint – nur ein kleiner Bauernzug im großen Schachspiel gewesen sein, für Hansen war es nicht weniger als eine staatsmännische Leistung, gegen den Widerstand in der Bevölkerung – vor allem aber unter seinen eigenen Sozialdemokraten – gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die westdeutsche Nato-Mitgliedschaft und die Minderheiten-Erklärungen durchgesetzt zu haben. Wenn Adenauer und Hansen heute zu würdigen sind, dann dürfen aus deutsch-nordschleswigscher Sicht aber auch die Verdienste des damaligen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel nicht unerwähnt bleiben. Für ihn war es nach eigenen Worten

»ein Ritt über den Bodensee«, er hat durch seine vorübergehende Ablehnung dänischer Positionen just die Gegenseitigkeit erreicht, die auch für die Zukunft der deutschen Minderheit 1955 lebenswichtig war. Hätte er der dänischen Minderheit damals frühzeitig die Befreiung von der Fünf-Prozent-Sperrklausel eingeräumt, dann hätte es nur eine Bonner Erklärung gegeben – die Kopenhagener wäre auf der Strecke geblieben. So gab es eine Paralleltät, sowohl durch die Unterschrift der beiden Regierungschefs als auch durch die breite Zustimmung der hohen Häuser, Bundestag und Folketing, die den Bonn-Kopenhagener Erklärungen jenen völkerrechtlichen Status geben, den Staatsminister Schlüter 1990 im Folketing – auch im Namen der Bundesregierung – nachdrücklich bestätigt hat.

Die Angehörigen der Minderheiten, dies gehört zur Wahrheit, waren auf beiden Seiten 1955 zögerlich, es überwog die Skepsis, trotz der erzielten Ergebnisse, wobei insbesondere die geniale Minderheiten-Menschenrechtsklausel hervorzuheben ist: Deutscher ist, wer Deutscher sein will – und umgekehrt. Beide Minderheiten sind mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen nicht täglich unter dem Arm herumgelaufen, haben sie auch nicht als politische Schlagwaffe benutzt. Wenn man heute die Texte neu schreiben würde, dann würde man vieles ändern – auch weil vieles gar nicht umgesetzt worden ist. In einer vertraulichen Gesprächsnotiz des Auswärtigen Amtes für Bundeskanzler Adenauer fünf Tage vor seinem

Treffen mit H. C. Hansen in Bonn heißt es: »Das hierbei erzielte Ergebnis stellt keine Lösung sämtlicher der beiderseitigen Minderheiten betreffender Fragen dar.« »Sämtlicher« sogar unterstrichen! Warum also sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen dennoch jene »großartige Erfolgsgeschichte« geworden, von der Bundeskanzler Gerhard Schröder in seinem Grußwort spricht? Weil sie einen »Geist« losgelassen haben, der – auch durch die aktuellen Diskussionen um den SSW – nicht mehr in die Flasche zurückgedrängt werden kann. Sie haben langsam eine Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland gefördert und damit ein Fundament geschaffen, das, trotz mancher Rückschläge hier wie dort in den 50 Jahren, nicht zerstört werden kann. Dass Dänemark und Deutschland nicht nur bilateral, sondern auch multilateral (NATO und EU) eng zusammenarbeiten, hat diesen Prozess natürlich beflügelt. Aber ohne den Willen des einzelnen Menschen in den Minderheiten, schrittweise eine neue Basis an Vertrauen aufzubauen, wäre diese Erfolgsgeschichte so nie gelungen!

Die Minderheiten-Politik von heute ist nicht mehr vergleichbar mit 1955. Die deutsche Minderheit gehörte stets zu den Motoren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, und es ist sehr erfreulich, dass wir auf diesem Wege gerade in den letzten Jahren ein entscheidendes Stück durch die Region Sønderjylland-Schleswig weitergekommen sind. Das 50-jährige Jubiläum ist Grund zum Feiern, aber kein Ruhelassen. Minderheitenpolitik muss sich nach innen und außen stets neuen Herausforderungen stellen, und

wer die Beiträge von Jørgen Mads Clausen und Hans Michael Jebens aus dem fernen Hongkong liest, wird erkennen, dass neue globale Herausforderungen nur regional zu lösen sind, auch mit inhaltlichen Fragestellungen und dem Druck zu Veränderungen.

Für die deutsche Minderheit bringt die bevorstehende Kommunalreform große Änderungen – nicht zuletzt in unserer territorial verknüpften nordschleswigschen Identität, wenn der bisherige historische Rahmen Sønderjylland als politisch-administrative Einheit entfällt. Dass die dänische Regierung uns bei den Verhandlungen über die neue Struktur – im Geiste von Bonn-Kopenhagen – entgegengekommen ist, muss fair anerkannt werden, aber wie sich die Minderheit in der großen Region Syddanmark künftig zurechtfinden wird, ist vor allem ein geistiger Prozess. Den wir aber gewinnen können, wenn wir den Zukunftsglauben an uns selbst auf diesem schwierigen Weg mitnehmen – ebenso wie frühere Generationen in der Minderheit dies unter noch schwierigeren Verhältnissen vor 1955 getan haben, wofür ihnen heute unser tiefer Dank gilt.

50 Jahre, und was nun? Die Veränderungen der kommenden Jahrzehnte werden in noch schnellerem Tempo folgen – und noch einschneidender sein. Dass sich die beiden Regierungschefs Dienstag in Sønderburg und Flensburg treffen, ist eine Freude für die Minderheiten und für das deutsch-dänische Grenzland. Es ist nicht nur ein Bekenntnis dazu, dass der Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch weiter lebt, sondern es ist auch ein Handschlag an die beiden Minderhei-

ten, dass sich beide Regierungen auch weiterhin zu ihrer besonderen Verantwortung für die gegenseitige Minderheitenpolitik bekennen. Die dunklen Schatten, die seit der Landtagswahl in Kiel leider auf diesen Jahrestag gefallen sind, beweisen just, dass Minderheiten-Politik nach 50 Jahren kein abgeschlossenes Kapitel ist, sondern auch weiterhin die Aufmerksamkeit und Unterstützung beider Staaten erfordert, um das Fundament noch stabiler zu machen. Behutsamkeit und Mut sind gefordert, schreibt treffend die nun scheidende schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis.

Wenn eine gemeinsame »Sonderburger Erklärung« der beiden Regierungschefs auch gleichzeitig den Willen beider Länder unterstreichen könnte, dass sie künftig auch einen aktiven Einsatz leisten, um grenzüberschreitend die Gesamtwicklung im deutsch-dänischen Grenzland zu fördern, dann kann die Zukunft beginnen. Wo vor 50 Jahren noch die Gegensätze das Geschehen diktierten, kann noch mehr Gemeinsamkeit – bei Wahrung der kulturellen und staatlichen Eigenart – den Schlüssel liefern, um einen neuen Geist im Grenzland zu aktivieren!

In diesem Sinne ist diese 32-seitige Beilage unser Beitrag, mit der Dokumentation aus



SIEGFRIED MATLOK

Vergangenheit und Gegenwart eine Brücke in die Zukunft zu bauen. Auf die nächsten 50 Jahre!

Aus dem Inhalt

Seite 2: Vorwort des Chefredakteurs

Seite 3: Grußwort von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsidentin Heide Simonis

Seite 4: Grußworte von Amtsbürgermeister Carl Holst und den Bürgermeistern der vier nordschleswigschen Städte

Seite 5: Interview mit Hans Heinrich Hansen und Gerhard Schmidt

Seite 6: Jens Harrebye und Dieter Wernich erinnern sich der schwierigen Anfänge

Seite 7: Wie es zu Bonn-Kopenhagen kam

Seite 8 und 9: Ernst Kracht über die dramatischen Verhandlungen

Seite 10 und 11: An einem Freitag um 15.15 Uhr in Paris

Seite 12: Ernst Siegfried Hansen: Schweigsam wie Graf Moltke

Seite 13: Vorstufen zu Bonn-Kopenhagen, der Start des Deutschen Gymnasiums und Gedankenspiele eines Historikers

Seite 14: Die Bonn-

Kopenhagener Erklärungen im Wortlaut

Seite 16 und 17: Interview mit den Minderheitenbeauftragten Renate Schnack, Kurt Schulz und Thies Uwe von Leesen

Seite 18 und 19: Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen über »Englisch als neues regionales Produkt«

Seite 20: Von Bülderup-Bau nach Hongkong – Gedanken von Konzernchef Hans Michael Jebens

Seite 21: Die Jugend nördlich und südlich der Grenze über ihre Zukunft

Seite 22 und 23: Die Kultur zu Bonn-Kopenhagen

Seite 24: Interviews mit Staatsminister a. D. Poul Schlüter und dänischen Spitzendiplomaten

Seite 25: Der Sport und die Politik

Seite 26 bis 31: Zeitleiste 50 Jahre über das Geschehen in Nordschleswig und in aller Welt

Seite 32: Bonn-Kopenhagener Erklärungen im Meinungsspiegel von Jung und Alt

Der Nordschleswiger

Redaktion:

Ute Levisen, Ruth Candussi, Jens Kragh Iversen, Claudia Knauer, Johannes Dose, Volker Heesch, Ulrich Küsel, Herbert Giese und Siegfried Matlok.

Fotos: Karin Riggelsen, Archiv DN

Wir freuen uns über 50 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Landwirtschaflicher Hauptverein für Nordschleswig

... ein kleiner, aber starker landwirtschaftlicher Verein

**Beratung für Landwirte
sowie Gewerbebetreibende
im ganzen nordschleswigschen Raum**

LHN · Industrieparken 1 · 6360 Tinglev · Tel. 73 64 30 00 · Fax 73 64 30 05 · www.lhn.dk

NORDSCHLESWIGISCHE GEMEINDE

HOVEDGADEN 46 - 6360 TINGLEV

TELEFON 74 64 40 34 - FAX 74 64 21 26

www.kirche.dk
nordschleswigsche.gemeinde@mail.tele.dk

VERBAND DEUTSCHER BÜCHEREIEN NORDSCHLESWIG



MEHR ALS BÜCHER:

- ❖ **Zeitschriften** ❖
- ❖ **Comics** ❖
- ❖ **Spiele für Kinder und Erwachsene** ❖
- ❖ **Musik-CDs oder Kassetten** ❖
- ❖ **Hörbücher** ❖

Deutsche Büchereizentrale und Zentralbücherei Apenrade

Tel.: 74621158 - Fax: 73620736 -
eMail: zentral@buecherei.dk
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do, Fr: 10-18 Uhr - Mi: 13-18 Uhr - Sa: 10-13 Uhr

Deutsche Bücherei Hadersleben

Tel. & Fax: 74521529
eMail: hadersleben@buecherei.dk
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Fr: 10-12 und 14-17 Uhr - Do 10-12 und 14-18 Uhr
1. Sa im Monat: 10-13 Uhr

Deutsche Bücherei Sonderburg

Tel.: 74425765 - Fax: 74425769
eMail: sonderburg@buecherei.dk
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Fr: 9-12.30 und 15-17 Uhr
Do 9-12.30 und 15-18 Uhr
1. Sa im Monat: 10-13 Uhr

Deutsche Bücherei Tingleff

Tel. & Fax: 74643577 - eMail: tingleff@buecherei.dk
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Fr: 10-12 und 13.30-17 Uhr
Do 10-12 und 13.30-18 Uhr
1. Sa im Monat: 10-13 Uhr

Deutsche Bücherei Tondern

Tel. & Fax: 74723359 - eMail: tondern@buecherei.dk
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Fr: 10-12 und 13.30-17 Uhr
Do 10-12 und 13.30-18 Uhr
1. Sa im Monat: 10-13 Uhr

Die Fahrbüchereien 1 und 2

Routen siehe:
<http://www.buecherei.dk/fahrbuecherei.htm>

Zentrale Homepage und Online-Katalog:
<http://www.buecherei.dk>

Entspricht genau dem Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Von Amtsbürgermeister Carl Holst, Sønderjyllands Amt

Einleitend möchte ich der Grenzregion im Namen des Amtsrates zum 50-jährigen Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärungen beglückwünschen. Die Vereinbarung, die nach diplomatischen Verhandlungen zwischen Westdeutschland und Dänemark geschlossen wurde, legt die Rechte der nationalen Minderheiten auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze fest.

Seit Verabschiedung der Erklärungen ist jetzt ein halbes Jahrhundert vergangen und der Alltag heute ein völlig anderer als in den Nachkriegsjahren. Damals bestanden erhebliche Spannungen zwischen den Mehrheits- und Minderheitsbevölkerungen.

Nördlich der Grenze bestand beispielsweise in vielen nordschleswigschen Städten ein markanter Unterschied zur deutschen Minderheit, die von vielen dänisch gesinnten »Sønderjyder« als Verräter betrachtet wurden. Meistens begründet in der pronazistischen Haltung, die Teile der heimdeutschen Bevölkerung während des Krieges an den Tag legten. In bestimmten Kreisen durfte man in »deutschen« (sprich: heimdeutschen) Geschäften nicht handeln, Handwerker beschäftigen und ähnliches mehr.

Im Laufe der Zeit heilten diese Wunden zwischen den Bevölkerungsgruppen. Nach innen baute die deutsche Minderheit ihre Organisationen und ihr Netz an Schulen und anderen Institutionen auf, und nach außen erklärte sich die Minderheit loyal gegenüber Dänemark und nahm Abstand von jedweder Grenzänderungsforderung.

Heute gilt die verbreitete Auffassung, dass sowohl die dänische als auch die deutsche Minderheit zur Bereicherung des kulturellen Bildes in der Region beitragen, beispielsweise durch ihre kulturellen Aktivitäten wie Bibliotheken, Schulen, Kindergärten, Vereine und so weiter, aber auch durch politisches Engagement.

Obwohl die Minderheiten nach außen viele Gemeinsamkeiten aufweisen, gibt es andere Punkte, die schwer zu vergleichen sind. So hat die deutsche Minderheit in den letzten 50 Jahren deutlich an Boden verloren, was an den Stimmenzahlen bei Kommunalwahlen abzulesen ist. Besonders markant zeigte sich dies in den früher sehr deutsch geprägten Städten wie u. a. Tønder, Hoyer und Lügumkloster.

Zurückzuführen ist dies teilweise sicherlich auf dänische Zuzüge, aber auch auf eine beträchtliche Assimilierung, mit anderen Worten: durch eine gradweise Aufnahme in die dänische Mehrheitsbevölkerung. Die deutsche Minderheit ist heute jedoch ganz homogen und kann ihren Status quo an den deutschen Schulen halten.

Die dänische Minderheit hatte in den letzten Jahren einen anderen Rückenwind. Bei Wahlen erhielt sie eine verhältnismäßig hohe Stimmenzahl, und es besteht eine umfassende Organisation mit Parteiverbänden, Kindergärten, Schulen, Vereinen und ähnlichem.

Andererseits muss man aber auch feststellen, dass die dänische Minderheiten-Partei SSW in hohem Grad von deutschen

»Sympathiestimmen« lebt, das heißt, Menschen ohne direkte Verbindung zur dänischen Minderheit schicken ihre Kinder in dänische Schulen und wählen die Partei. Es gibt auch Kreise in der dänischen Minderheit, die gar nicht oder nur wenig dänisch sprechen können, sich dem Dänischen aber trotzdem verbunden fühlen.

Abgesehen von einem kleineren Zuschuss an das deutsche Bibliothekswesen hatte das Amt Sønderjylland keine formellen Verbindungen zu den Minderheiten in Form von Zuschussleistungen oder ähnliches, da diese Aufgaben bei den jeweiligen Staaten liegen. Unter anderem aus diesen Gründen bestand das Verhältnis des Amtes zur dänischen Minderheit auf informeller und freundlicher Basis.

Während einer langen Reihe von Jahren war es zwischen dem Amt und dänischer Minderheit Tradition, sich jährlich wechselseitig Freundschaftsbesuche abzustatten. Dabei werden die Region sowie Betriebe, Institutionen und besondere Landschaften besucht. Daneben gibt es Diskussionen über aktuelle politische Themen und gemütliche Zusammenkünfte.

Die deutsche Minderheit ist durch ihren politischen Repräsentanten der Schleswigschen Partei (SP) näher mit der Alltagsarbeit im Amt verbunden. Seit Jahren besteht eine wirklich gute Zusammenarbeit mit den wechselnden Vertretern der Partei. Zur Zeit ist es Hinrich C. Jürgensen. Er löste Harald Søndergaard ab, der zwei Legislaturperioden hindurch dem Amtsrat angehörte. Ich persönlich

hatte die Freude, mit beiden ausgezeichnet zusammenge- arbeitet zu haben.

Es war bezeichnend, dass die SP'er sich sehr aktiv und engagiert an der Amtratsarbeit beteiligt haben, nicht zuletzt definiert durch den rein regionalen Aspekt und durch Nordschleswig als einen Landesteil mit besonderer Identität. Aktuell kann der Vorschlag für einen gemeinsamen dänisch-deutschen Rettungshubschrauber genannt werden, für den sich die Schleswigsche Partei besonders stark gemacht hat.

Seit Jahren war es Tradition, dass die SP das Angebot erhielt, einen Platz im amtskommunalen Ökonomieausschuss zu besetzen.

Die SP steht vor großen Herausforderungen, wenn das Amt am 1. Januar 2007 in die Region Süddänemark aufgeht und die Kommunen zu größeren Einheiten zusammengelegt werden. Mit der jetzigen Stimmenzahl wird es für die Schleswigsche Partei erheblich schwieriger, politische Repräsentanz in den neuen Kommunen zu erreichen.

Es wurden zahlreiche Vorschläge geäußert, wie man der SP und der Minderheit eine politische Plattform sichern könnte. Das Amt Sønderjylland hat in Übereinstimmung mit dem Innenministerium dafür plädiert, in dieser Hinsicht besondere Rücksicht auf die Minderheit zu nehmen.

Wenn hoffentlich eine ver-



nünftige Lösung für eine Kommunen gefunden wird, Geist der Bonn-Kopenhagener Repräsentation der SP in den entspricht dies genau dem Erklärungen.

Zeit der Veränderungen im Grenzland

Gemeinsame Erklärung der Bürgermeister der vier nordschleswigschen Städte



Hvorfor Danske Prioritet?

Ideen er enkel: Du tager et lån i din bolig eller måske i dit sommerhus f.eks. 250.000 kr.

Lånet indsættes på en konto, der fungerer som en helt almindelig løn-konto. Beløbet forrentes på denne konto med samme sats, som du betaler på lånet, dog højst et beløb der svarer til restgælden på lånet.

Kom ind og hør, hvad Danske Prioritet kan betyde for dig. For vi tilbyder Danske Prioritet, vurderer vi din økonomi. Det er gratis og selvfølgelig helt uforpligtende.

Ring og book et møde hos Pia, Per eller Birger.

Haderslev Afdeling
Tlf. 73 22 46 46

Danske Bank



Jens Chr. Gjesing



Hans L. Hansen



Poul Thomsen



A. P. Hansen

Dänemarks Staatsminister und Deutschlands Bundeskanzler begehen den 50. Jahrestag der Kopenhagen-Bonn-Erklärungen am 29. März in Sønderburg und Flensburg. Wir freuen uns, weil wir aus nordschleswigscher Sicht die Ansicht vertreten, dass es auch inhaltlich etwas zu feiern gibt.

Die Erklärungen legten den Grundstein für die Entwicklung zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit im Grenzland nach 1955. Wir teilen die Auffassung, dass dieses Abkommen noch heute den Grundstein bildet, wenn wir über eine gerechte Behandlung von Minderheiten und Mehrheiten sprechen.

Auch aus der Sicht der vier nordschleswigschen Städte

haben sich die fruchtbaren Beziehungen im Grenzland zum Wohle und zur Freude für uns alle nördlich und südlich der Grenze entwickelt. Schöne Worte und visionäre Gedanken sind auf einer Reihe von Gebieten durch praktische Projekte und durch konkrete Aktivitäten innerhalb vieler Bereiche wie z. B. Umwelt, Gesundheit und Bildung, um nur einige Beispiele zu nennen, umgesetzt worden.

Wir stehen in Dänemark vor einer Kommunalreform, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor Herausforderungen stellen wird. Das Amt Sønderjylland als Kitt im Nordschleswigschen und als Dynamo für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

wird abgelöst durch die Region Syddanmark und durch vier neue nordschleswigsche Großkommunen. Das erfordert neues Denken in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Im Verhältnis zur deutschen Minderheit in Sønderjylland sieht die Sache doch klarer aus. Wenn der Gesetzesvorschlag zur Kommunalreform im Folketing verabschiedet wird, dann hat die Minderheit künftig eine garantierte Möglichkeit zur lokalpolitischen Mitarbeit. Durch die direkte Wahl in die neuen Kommunalräte. Sollte die eigene Stimmenzahl aber nicht ausreichen, dann ist vorgesehen, dass sich die Schleswigsche Partei unter gewissen Umständen einen Sitz in den neuen

Kommunalräten in Nordschleswig durch einen so genannten Beigeordneten (»tilforordnet«) sichern kann. Mit anderen Worten erhält die deutsche Minderheit in Nordschleswig lokal eine stärkere politische Plattform als wir es in den Kommunen seit der Kommunalreform 1970 erlebt haben.

Gemeinsam können und müssen wir die Vielfalt fördern.

Borgmester Jens Chr. Gjesing
Haderslev
Borgmester Hans L. Hansen
Tønder
Borgmester Poul Thomsen
Aabenraa
Borgmester A. P. Hansen
Sønderborg

»Es hat tatsächlich 30 Jahre bis zu einer gewissen Normalität gedauert«

Nordschleswiger-Interview mit dem BDN-Hauptvorsitzenden Hans Heinrich Hansen und seinem Vorgänger Gerhard Schmidt über die Wirkungen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen auf die deutsche Volksgruppe und die Mehrheitsbevölkerung, deutliche Unterschiede im Zusammenleben im Grenzland zwischen 1955 und 2005 sowie die Bedeutung der Erklärungen bei den Verhandlungen über den politischen Einfluss der deutschen Minderheit nach Inkrafttreten der dänischen Strukturreform

Der Nordschleswiger: Herr Schmidt, als die Bonn-Kopenhagener Erklärungen am 29. März 1955 auf dem Petersberg bei Bonn abgegeben wurden, waren Sie 22 Jahre alt. Waren die Erklärungen damals schon in Ihrem Bewusstsein, wussten Sie, dass es schon zuvor Gespräche dazu gegeben hatte?

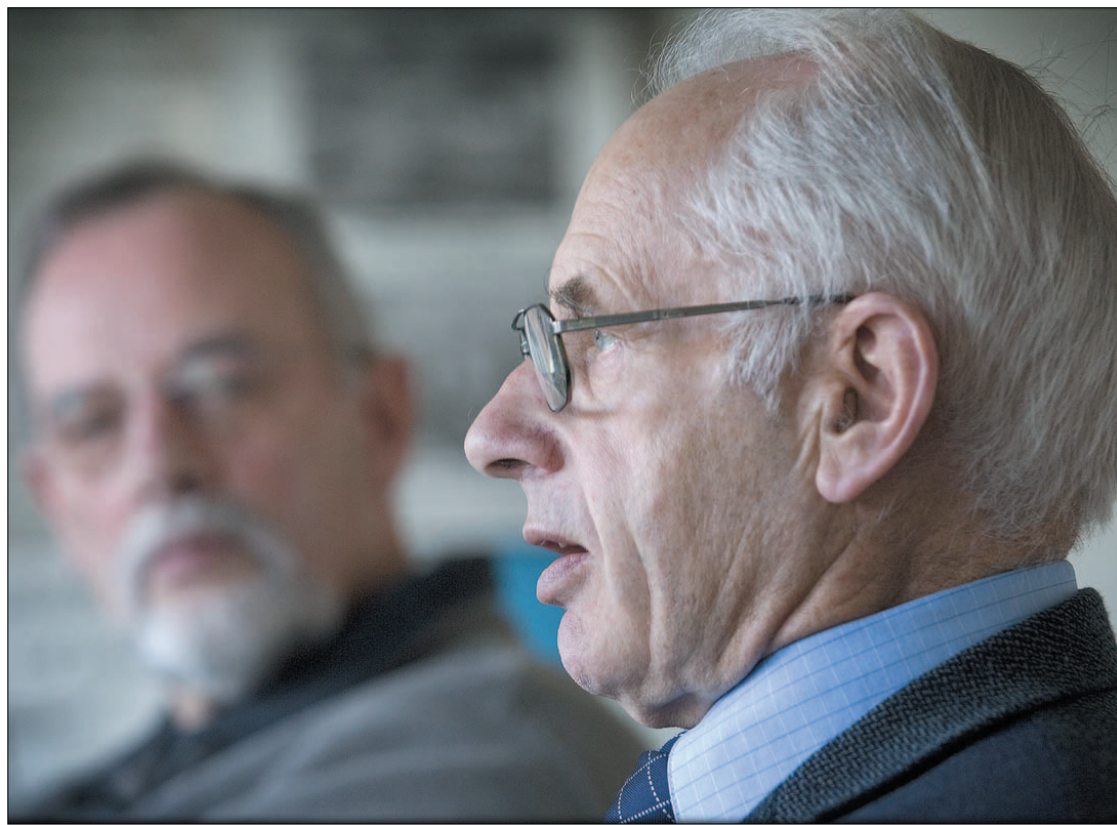
Gerhard Schmidt: Damals machte ich mich gerade als Landwirt selbstständig, darauf waren meine Gedanken stark konzentriert. Nichtsdestoweniger: Dass, was mir am stärksten im Bewusstsein war, war die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Nato. Aber man bekam ja mit, dass auch im Grenzland Ruhe einkehren sollte. Dass vor allem auch von dänischer Seite das Interesse da war und auch Verhandlungen liefen, war einem als damals noch nicht aktives Mitglied in der Volksgruppe nicht so im Bewusstsein.

Der Nordschleswiger: Herr Hansen, Sie waren damals 16 Jahre jung und Gymnasiast auf der »Haderslev Katedralskole«.

Hans Heinrich Hansen: Ich habe ein ganz besonderes Erlebnis, das ich mit 1955 verbinde. Ich besuchte damals die Klasse 2 G und wusste schon, dass es südlich der Grenze einen enormen Anstieg der dänischen Stimmen gab, ...

Der Nordschleswiger: ... die 1955 aber wieder am Abnehmen waren.

Hansen: Ja. Damals war es an der Schule Tradition, dass die 2 G ein Theaterstücke einübte. Es hieß »Sparekassen« und sollte in Kappeln aufgeführt werden. Als mein Vater das erfuhr, rastete er fast völlig aus: »Du kannst doch nicht als deutscher Nordschleswiger in der dänischen Minderheit auftreten! Das ist doch unmöglich!« Ich sagte ihm, ich hätte die zweite männliche Hauptrolle als junger Liebhaber. Meine Nebenspielerin war die Tochter Kirsten des Amtsschulinspektors Roust, dem mein Vater schon im Juni 1945 erklärt hatte, er wolle eine deutsche Privatschule eröffnen. Er erhielt klar zu wissen: Herr Apotheker, wir brauchen hier im Amt Hadersleben keine deutsche Privatschule mehr. Wir kamen also mit »Sparekassen« in die dänische Schule in Kappeln; dort trat unser Lehrer vor den Bühnenvorhang und erklärte, zehn Jahre nach dem Krieg, die Handlung des Stückes auf Deutsch. Dann führten wir das Stück auf – völlig über die Köpfe der Leute hinweg. Dann kam der Hammer: Als der Vorhang wieder aufging, dankte der Vorsitzende des örtlichen dänischen Schulvereins uns »lieben Haderslebener Gymnasialschülern« und sagte alles auf Deutsch! Kirsten Roust stieß mir ihren Ellenbogen in die Seite und sagte: »Så nogle forbandede tyskere!« (solche verdammten Deut-



Hans Heinrich Hansen (66; links), Heisagser, Hauptvorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) seit 1993, und sein Vorgänger Gerhard Schmidt (72), Laygaardholz, BDN-Hauptvorsitzender von 1975 bis 1993, im Nordschleswiger-Interview. (Foto: Karin Riggelsen)

schen). Am nächsten Tag »überfielen« meine Mitschüler unseren Lehrer: Wie kann das sein? Er erklärte: Ja, die Alten können kein Dänisch... Er musste sich verteidigen. Für meine Klassenkameraden war das ein Schockerlebnis.

Der Nordschleswiger: 1955 also Ihr Gastspiel bei der dänischen Minderheit und ...

Hansen: ... von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen wusste ich damals nichts!

Der Nordschleswiger: Wann sind die Erklärungen in Ihre Köpfe gesickert?

Schmidt: Recht schnell, als ich 1960 in den Stadtrat Gravenstein kam. Wir wollten unseren Kindergarten wegen der Zuschüsse anerkennen lassen. Der Stadtrat musste einen Beschluss fassen, ob dafür ein Bedarf vorhanden sei. Da wurde die Kopenhagener Erklärung plötzlich wichtig: Wir sind Bürger dieses Landes!

Hansen: Ich ging nach meinem Abitur zum Tiermedizin-Studium nach Hannover, dann nach Kopenhagen und war sehr aktiv in der Verbindung Schleswigscher Studenten, muss aber ehrlich gestehen, dass für mich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen überhaupt kein Thema waren. Mich interessierten damals vielmehr die deutsche Wiederaufrüstung und die Debatte darüber, die wir mit Interesse verfolgten, zumal wir sehr im Zweifel waren, ob die Neuaufrüstung richtig war. Die Erklärungen interessierten mich erst seit Ende der 1980er Jahre, als ich politisch tätig wurde.

Schmidt: Als ich mich auf die Erklärungen berief, musste ich feststellen, dass man in

der Gemeinde Gravenstein davon nichts wusste. Also bat man mich um den Text. Als sich die Verwaltung damit befasste, erkannte sie, dass die Erklärungen wirklich eine Bedeutung haben. Auch der letzte Sozialinspektor, der nach Gravenstein kam, sagte zu mir: Ich habe gelernt, welche Bedeutung die Erklärungen hier im Grenzland haben. Bevor er ins Grenzland kam, hatte ihn das auch nicht interessiert.

Hansen: Als ich 1972 Mitglied vom »Round Table« in Hadersleben, einer Art internationaler Nachwuchsorganisation von »Rotary« für bis 40-Jährige, wurde, gab es eine Diskussion, ob man mich als Mitglied der deutschen Minderheit aufnehmen könnte.

Der Nordschleswiger: Ein merkwürdiges Internationalitätsverständnis!

Hansen: Ja! Über meine Aufnahme hat diese internationale Organisation allen Ernstes 17 Jahre nach den Bonn-Kopenhagener Erklärungen und 27 Jahre nach Kriegsende diskutiert!

Der Nordschleswiger: Sind die Erklärungen erst mit der Markierung ihres 30-jährigen Bestehens 1985 – auch damals mit der Herausgabe motivgleicher deutscher und dänischer Sonderbriefmarken – einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewusstsein geraten?

Hansen: In der Rückschau hätte man ja auch das 25-jährige Jubiläum zum Anlass nehmen können. Aber erst nach 30 Jahren, schätze ich, ist auch ein Ausdruck dafür, dass es tatsächlich diese Zeit gedauert hat – von 1955 bis 1985 –, bis hier eine gewisse Normalität eintrat.

Ein Beispiel: In einem kleinen Kreis berichtete ich Ende der 1990er Jahre einmal von der Stigmatisierung der deutschen Geschäfte, Ärzte, Apotheken in den Nachkriegsjahren. Da erzählte mir jemand, als er 1978 nach Hadersleben zuzog, sei ihm gesagt worden, dort gebe es die und die Geschäfte, in denen man nicht kaufe, und es gebe die und die Ärzte, zu denen gehe man nicht. Das war noch 1978! Ich kenne alte Geschäftsbücher meines Vaters, aus denen hervorgeht, dass der Umsatz seiner Löwenapotheke, die es seit 1823 in Hadersleben gibt, zwischen 1944 und 1947 um die Hälfte sank. Das war die Konsequenz des Deutscheins.

Eine andere interessante Geschichte: Mein Vater wurde in den 1950er Jahren von Bauern von der Insel Aarö aufgefordert, dort eine Verkaufsstelle für nicht rezeptpflichtige Waren zu eröffnen. Mein Vater erklärte ihnen, er würde diese Genehmigung aus nationalen Gründen nicht bekommen. Doch, sagten die Bauern, sie seien bei der Hirschapotheke gewesen; ihr Apotheker hätte ihnen gesagt, er wolle keinen »Håndkøb« machen. Mein Vater stellte also beim Innenministerium einen Antrag, erhielt aber keine Antwort. Als er nach geraumer Zeit im Ministerium anrief, wurde ihm gesagt, es liege auch ein Antrag der Hirschapotheke vor. Damit erhielt mein Vater keine Genehmigung.

In der Rückschau: Wenn man die Bonn-Kopenhagener Erklärungen erst 1985 größer gefeiert hat, dann deswegen, weil man ganz genau wusste, dass auch noch in den 1970er

Jahren eine ganze Menge Vorbehalte da waren und Sachen liefen, die nicht alle das Licht des Tages vertragen konnten.

Der Nordschleswiger: Sind die Erklärungen somit tatsächlich erst in den letzten 20 Jahren ins Bewusstsein gerudert?

Schmidt: Das Hauptanliegen war 1955, die Zustimmung Dänemarks zum Nato-Eintritt der Bundesrepublik zu erhalten. Um sie zu erreichen, musste man also dieses andere Problem – Grenzland, Minderheiten – mit lösen. Gleichzeitig dürfen wir auch nicht aus dem Auge verlieren, dass Dänemark nicht bereit war, über die Minderheitenfrage einen Vertrag zu schließen. Dann fand man eine Lösung, die international nicht verpflichtet: die beiden Erklärungen.

Hansen: Ein Vertrag ist wahrscheinlich aus dem Grunde abgelehnt worden, weil man nicht riskieren wollte, dass das große Land dem kleinen auf die Finger guckt.

Der Nordschleswiger: Haben sich die Erklärungen aus Ihrer Sicht dennoch bewährt?

Schmidt: Ja. Sie haben sich dadurch bewährt, indem man eine Erklärung abgab, von der man nicht mehr abweichen konnte: Anerkennung des Examenrechtes deutscher Schulen, Mitfinanzierung nach der Gesetzgebung usw. Damit übernahm Dänemark eine Verpflichtung, die sich auf uns positiv ausgewirkt hat – genauso wie umgekehrt südlich der Grenze. Aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass man die Verpflichtungen in den Erklärungen nachvollzogen hat, sodass es sich positiv entwickelt hat. Zugleich führte der Eintritt der Bundesrepu-

blik in die Nato dazu, dass es zu engen Kontakten kam, sodass sich die dänische Haltung gegenüber Deutschland in gewissen Kreisen auflockerte. Man sah nicht länger nur Negatives, sondern auch Positives. Gleichzeitig wuchs das Verständnis für und die Gleichwertigkeit der deutschen Volksgruppe.

Der Nordschleswiger: Hat das auch damit zu tun, dass mit Ihnen als BDN-Hauptvorsitzender eine neue Generation antrat?

Schmidt: Nicht nur in der Minderheit, auch bei den Dänen. Bei den Verhandlungen im Kopenhagener Kontaktausschuss kam mit der Verjüngung der Parlamentarier auf dänischer Seite Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre ein ganz anderes offenes Gespräch zustande. In der dänischen Bevölkerung und auch in den offiziellen Gremien kam eine andere Grundhaltung zum Tragen, die dazu führte, dass sich dieses Verständnis in immer größere Kreise auswirkte: vom Gegenüber zu einem Miteinander bis zur heutigen Situation.

Der Nordschleswiger: Ist sie bereits ein Füreinander?

Hansen: Das kann man schon so auslegen. Das Miteinander ist immer eine Parallelität. Was das Füreinander betrifft: Wir setzen uns für unseren Landesteil in Deutschland als Türöffner in allen möglichen Sachen ein, in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, zum Nutzen von Dänemark. Wir sind gute Diplomaten für das Land!

Eine der wichtigsten Sachen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen ist das Examenrecht für unsere Schulen, um kurz darauf zurückzukommen. Man muss sich das vorstellen: Erst zehn Jahre nach dem Krieg und trotz der Abgabe einer Loyalitätserklärung seitens des BDN 1945 hat man dies erst mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen erreicht. Ohne Examenrecht war das eine katastrophale Situation! Sie bewirkte natürlich auch, dass viele Kinder aus der Volksgruppe nicht in die deutsche Schule gingen. Die Verweigerung des Examenrechtes geschah damals ganz bewusst, um die deutsche Volksgruppe zu schädigen. Es war eine Art Racheakt.

Eine immense Bedeutung für einen Neuanfang hatte auch der Wechsel unseres Generalsekretärs. Gegenüber Rudolf Stehr hatte ich nie irgendwelche Vorbehalte. In der dänischen Bevölkerung war es aber so; sie sah seine Vergangenheit, aber nicht, dass er sich geändert hatte. Für die Änderung des Klimas hatte der Wechsel des Generalsekretärs zu Peter Iver Johannsen daher eine große Bedeutung. Hinzu kommt auch, dass die Zeit viele Dinge heilt und sich andere Auffassungen bilden.

Der Nordschleswiger: Auch

weil ein Teil der Erlebnissengeneration nicht mehr da war?

Hansen: Ja.

Schmidt: Mit Rudolf Stehr hatte die Volksgruppe eine Persönlichkeit, die als Jurist die Verhandlungen im Vorfeld der Bonn-Kopenhagener Erklärungen – gerade im Hinblick auf das Examenrecht für unsere Schulen – führen konnte.

Hansen: Es ist unbestritten, das Stehr ein fähiger Mann war. Aber der Wechsel 1973 spielte doch eine große Rolle.

Der Nordschleswiger: Welcher Satz in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen stellt für Sie die wichtigste Aussage dar?

Hansen: Minderheit ist, wer will; das darf von öffentlicher Seite nicht nachgeprüft werden. Damit ist ein grundlegendes Menschenrecht festgelegt!

Schmidt: Dem stimme ich hundertprozentig zu!

Der Nordschleswiger: Sind die Minderheitenerklärungen auch ein Instrument, das in den Verhandlungen der deutschen Volksgruppe mit der dänischen Regierung über die künftige politische Vertretung der deutschen Volksgruppe in den Kommunen und in der Region Süddänemark nach Inkrafttreten der Strukturreform ab 2007 eine Rolle spielt?

Hansen: Ich glaube, dass der Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen über dieser ganzen Sache geschwebt hat. Ihr 50-jähriges Jubiläum ist für uns ein Vorteil. Der dänische Staat hat sich bestimmt davon leiten lassen, jetzt nicht etwas Kontraproduktives zu bringen. Wenn es bei den jetzigen Vorschlägen bleibt und sie umgesetzt werden, haben wir eine Regelung, die sogar für Minderheitenvertretungen in anderen Ländern gut sein kann.

Schmidt: Auch in anderen Dokumenten – beispielsweise in der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen – hat sich Dänemark verpflichtet, die kulturelle Vielfalt zu erhalten und bewusst keine Dinge vorzunehmen, die die Rechte einer Minderheit beschneiden könnten. In einer Demokratie muss man politisch reden, um gehört zu werden. Dazu gehören Mandate für die Volksgruppe. Dies haben Regierung und Parlament erkannt. Das ist richtungweisend für ganz Europa! Was Dänemark jetzt vorlegt, ist wirklich ein Vorbild. Das alles beruht auf der Kopenhagener Erklärung.

Hansen: Heute sitzen wir an einem Tisch und können mit dem Minister in Kopenhagen oder mit dem schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten auf gleicher Augenhöhe verhandeln. Das ist ein ganz wesentlicher Schritt, der auf den menschenrechtlichen Erkenntnissen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen beruht: Minderheiten sind gleichwertig zu behandeln!

ULRICH KÜSEL

Brückenbauer der ersten Stunde

Jens Harrebye, Hadersleben: Erst Lehrling in der Minderheitenarbeit – später stellvertretender Hauptvorsitzender des BDN

Hadersleben/Haderslev

Ute Levisen

Für Jens Harrebye aus Hadersleben waren die ersten Nachkriegsjahre Lehrjahre. Jahre, in denen er lernen musste, sich in einer neuen Situation, geprägt von Misstrauen, wenn nicht gar Feindseligkeit gegenüber allem, was Deutsch war, zurechtzufinden.

Mehr noch: Der im Jahre 1947 aus dem Faarhus-Lager Entlassene sollte lernen, Brücken zu bauen – zwischen der dänischen Mehrheit auf der einen Seite und der deutschen Volksgruppe auf der anderen.

Keine einfache Sache, denn die deutsche Minderheit war sich in dieser Zeit der Umorientierung mit sich selbst nicht im Reinen.

»Es gab nach dem Krieg zwei Lager in der deutschen Minderheit: die Faarhus-Leute und die Loyalitätsleute«, erinnert sich der heute 87-Jährige. »Und ich? Ich stand mittendrin. War positiv eingestellt, gewillt mitzuarbeiten.«

Die Loyalitätserklärung, die Angehörige der Volksgruppe gegenüber dem dänischen

Staat abgaben, bezeichnet er als Wegbereiter für die Bonn-Kopenhagener Minderheiten-Erklärungen. Und noch ein Umstand hat aus Harrebyes Sicht eine entscheidende Rolle gespielt:

»Nach der gedrückten Stimmung der ersten Nachkriegsjahre brachte sich Deutschland mit seinem Wirtschaftswunder in den 50er Jahren endlich wieder positiv ins Gespräch. Ich freue mich, dass ich das 50. Jubiläum miterleben darf«, sagt er und fährt fort:

»Was damals mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen auf höchster Ebene ausgehandelt worden ist, das hat der damalige Hauptvorsitzende des Bundes Deutscher Nord-schleswiger (BDN), Harro Marquardsen, in intensiver Kleinarbeit in der Volksgruppe umgesetzt.«

Er selbst, sagt Harrebye bescheiden, sei damals ein Lehrling in Sachen Minderheitenarbeit gewesen, ein guter Zuhörer.

Was für ihn persönlich die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bedeutet haben?

Sie gaben Anlass zu frischem Optimismus:

»Wir waren erfüllt von dem Willen zum positiven Miteinander. Und dieser ist dadurch gestärkt worden. Kein Zweifel.«

Doch die anfängliche Begeisterung in der Volksgruppe angesichts der neuen Errungenschaft war überschaubar, sagt Harrebye rückblickend: Während die Loyalitätsleute keine Probleme damit hatten, brauchten die Faarhus-Leute ihre Zeit, sich daran zu gewöhnen:

»Die Kluft zwischen beiden Lagern war groß, und es bedurfte großer Aufklärungsarbeit, bis ein Stimmungsumschwung spürbar wurde. Daran hat der damalige BDN-Generalsekretär Rudolf Stehr maßgeblichen Anteil.«

»Schritt für Schritt nach vorne – das ist unsere Aufgabe« – mit dieser Schrift leistete der BDN 1956 – kurz nach Inkrafttreten der deutsch-dänischen Absichtserklärung – Aufklärungsarbeit in eigenen Reihen. Propagierte den Neuanfang, vom Gegeneinander zum Miteinander.

Doch es sollten noch Jahre vergehen, bis dieses hehre Ziel auch in der BDN-Ortsvereinsarbeit erreicht wurde.

Für Jens Harrebye waren diese Jahren des Umdenkens auch persönlich eine spannende Zeit: Nach seiner Entlassung aus dem Faarhus-Lager gelang es ihm, in seiner Geburtsstadt Hadersleben eine Arbeit als Arzheimischer zu finden. Der Lohn war spärlich, doch Harrebye glücklich, in seiner geliebten Heimatstadt bleiben zu können. Seitens seiner Arbeitgeber habe er trotz seiner Arbeit für den BDN, trotz der allgemein herrschenden Ressentiments gegen alles Deutsche, nie Repressalien zu spüren bekommen, betont er. Später fand Harrebye dann eine Anstellung im Haderslebener Familienunternehmen Engel.

Nach 1955 wurde die Arbeit im BDN um vieles leichter – dank der Bonn-Kopenhagener Erklärungen:

»Dennoch haben wir kleine Rückschläge einstecken müssen«, erinnert sich der Haderslebener. »Immer wieder gab es Angriffe in der dänischen Presse. Es hat auch bei den Medien eine Weile gedauert, bis sie sich mit dem neuen Kurs abfanden...«

Kontakte des BDN zur dani-

schen Mehrheit habe es damals zwar gegeben, doch nur auf hoher Ebene. »Vor Ort lief nichts!«

Ärger gab es vor allem immer dann, wenn sich die Volksgruppe politisch bemerkbar machte: auf dem Knivsbergfest, zum Deutschen Tag. Als Mitte der 60er Jahre erstmals Repräsentanten des offiziellen Dänemark zu diesen deutschen Veranstaltungen kamen, war das ein Novum, an das sich alle erst einmal gewöhnen mussten.

»Dass dänische Politiker – so wie das heute der Fall ist – mit der größten Selbstverständlichkeit zum Deutschen Tag kommen und so ihre Verbundenheit mit der Minderheit zum Ausdruck bringen, das wäre damals noch undenkbar gewesen«, resümiert Harrebye.

Vier Jahre lang war er in den 60er Jahren stellvertretender Hauptvorsitzender des BDN, 24 Jahre Haderslebener Ortsvereinsvorsitzender – in verschiedener Hinsicht ein verdientes Mitglied der Volksgruppe.

Harrebye ist einer, der die Volksgruppe kennt wie seine Westentasche.



Jens Harrebye über Bonn-Kopenhagener Erklärungen: »Sie haben uns die Minderheitenarbeit wesentlich erleichtert!« (Foto: Archiv DN)

Was wäre seiner Meinung nach anders gelaufen, wenn es die Bonn-Kopenhagener Erklärungen nie gegeben hätte?

»Alles!« – Seine Antwort kommt ohne zu zögern. Ohne dieses Dokument wäre der Brückenbau zwischen Mehr- und Minderheit, wie ihn beide Seiten im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts peu a peu vollzogen haben, so nicht möglich gewesen.

»Der Wunsch, Brücken zu

bauen, ist immer Kern der Sache gewesen!«, unterstreicht Jens Harrebye und fährt fort:

»Mit dieser Kooperation hat es damals, nicht nur, was die deutsche und dänische Minderheit angeht, sondern auch aus europäischer Sicht einen Neuanfang gegeben. Ja, wir können von Glück sagen, dass die Herren Adenauer und Hansen damals zusammengefunden haben...«

Entspannung kam im Alltag

Dieter Wernich, Tondern: Vater Dr. Niels Wernich entscheidend aktiv vor Vereinbarungen von 1955

Tondern/Tønder

Dieter Wernich verbindet mit dem Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärungen ganz persönliche Erinnerungen, denn durch seinen Vater, Dr. Niels Wernich, den ersten Hauptvorsitzenden des BDN (1947-1951) nach dessen Gründung 1945, lernte der 1931 geborene Konrektor a. D. im Sonderburger Elternhaus bei Besuchen von Spitzenpolitikern, u. a. ihnen die ersten Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Steltzer, Diekmann und Lübke, die spannungsreichen Jahre vor der Einigung auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen kennen.

»Mit Theodor Steltzer (CDU) war mein Vater sogar befreundet, so der damals junge Nordschleswiger, der sich an die sehr enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit über die Grenze hinweg erinnert.

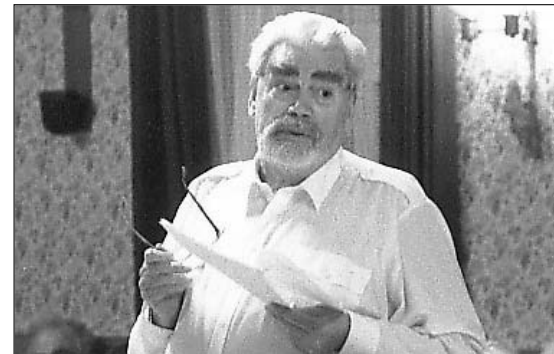
»Am wichtigsten war in den ersten Jahren nach 1945 für die deutsche Minderheit in Nordschleswig die vom BDN abgegebene Loyalitätserklärung«, so Wernich, der in Tondern u. a. als BDN-Vorsitzender und SP-Stadtratmitglied eine maßgebliche Rolle gespielt hat. »Hätte man damals in der gesamten deutschen Minderheit über die neue Linie abgestimmt, wäre sie vielleicht durchgefallen«, so Wernich, der noch heute den Mut der ersten Minderheitenspitze um den eigenen Vater, Ernst Siegfried Hansen und Matthias Hansen bewundert.

»Bei den ersten grenzüberschreitenden Kontakten kam der Gedanke der Gegenseitigkeit auf. Wenn wir etwas geben, dann hoffen wir auch, dass ihr etwas gebt«, beschreibt Wernich die Situation, die 1949 mit der Kieler Erklärung der dänischen Minderheit Zugeständnisse von deutscher Seite einbrachte – und auch für die deutschen

Nordschleswiger nach einem Besuch der Minderheitenspitze bei Staatsminister Hans Hedtoft Verbesserungen ergab. Im Umfeld großer Deutschfeindlichkeit versicherte der sozialdemokratische Regierungschef, dass der deutschen Minderheit in Nordschleswig die freiheitlichen und demokratischen Rechte zustehen, die in der dänischen Verfassung und Gesetzgebung verankert sind.

Die Kieler Erklärung, die den nationalen Minderheiten alle demokratischen Rechte und die Freiheit des nationalen Bekenntnisses gewährte, war übrigens von allen Landtagsparteien gebilligt worden. »Beim ersten Knivsbergfest 1947 hatte mein Vater die Auflage bekommen, er dürfe nichts Politisches in seiner Ansprache sagen«, erinnert sich Wernich, es liefen während der Veranstaltung dänische Polizisten in Zivil über das Knivsberggelände, um zu kontrollieren, ob die Auflagen eingehalten wurden. »Vater tat das natürlich nicht.«

Ein ganz wichtiger Aspekt, so Wernich, war nach dem Krieg die Position der Briten zu einer von starken Kräften in Dänemark angestrebten Grenzverschiebung. »Die beachtlich hohe Stimmenzahl für den deutsche Kandidaten Dr. Waldemar Reuter kurz nach dem Krieg hat auch die Briten beeindruckt. Da hatte man in Nordschleswig also trotz des Krieges die deutsche Minderheit noch nicht verdrängt. Es wurde gefordert, die Flüchtlinge aus Südschleswig zu entfernen und das Gebiet zu internationalisieren. Das wollten die Russen gerne, die an den Nord-Ostsee-Kanal heran wollten. Ich denke, die Engländer benutzten auch die deutschen Nordschleswiger als Argument gegen eine Grenzverschiebung nach Süden mit Bildung einer neuen



Dieter Wernich aus Tondern war jahrzehntelang Spitzenvertreter von Schleswiger Partei und BDN.

deutschen Minderheit«, so Wernich, der »die Ohren spitze«, wenn in seinem Elternhaus die Politik besprochen wurde.

Für Dieter Wernich ist aber auch die Erkenntnis wichtig, dass trotz der großen Bedeutung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die ja »von oben« kamen, die »Entspannung und Entgiftung« des Verhältnisses von deutschen Nordschleswigern und dänischer Mehrheit eher »im täglichen Zusammensein« erreicht wurde.

»Die eigentliche Arbeit dafür fand an der Basis statt«, so Wernich, der dafür als Beispiel die kulturellen Veranstaltungen in seiner Zeit an der Spitze des BDN in Tondern sieht. »Wir haben schon früh dänische Gäste bei unseren Veranstaltungen dabei gehabt, beispielsweise gab es schon in den 60er Jahren deutsch-dänische Kulturtage in der Wiedaustadt. »Es war zum Beispiel rammelvoll, wenn das Ohnsorg-Theater Gastspiele in Tondern gab, das interessierte auch die örtlichen Dänen, die das Theater vom Fernsehen kannten.« Auch so wurden Brücken gebaut, und es gab friedliche Konkurrenz.

Und er stellt heute auch fest, dass die Deutschen nach dem Krieg eher den Frieden wollten als die Dänen. Die

damals jüngeren deutschen Nordschleswiger trafen dabei aber auch auf Widerstand der älteren Deutschen, erinnert er sich, z. B. wurde extra eine Konferenz in der Schule einberufen, weil er mit seiner Klasse einer Einladung der dänischen Kaserne zum zehnjährigen Nato-Jubiläum folgen wollte.

Auch gab es Kontakte zur dänischen Minderheiten, doch das lehnte der K. O. Meyer noch in den 60er Jahren ab. Ganz entscheidend war für Wernich auch die Auseinandersetzung mit der eigenen, deutschen Vergangenheit, was in weiten Kreisen nicht ankam.

»Wer den Mut hat, sich der Vergangenheit ganz zu stellen, mit allen ihren Hypothesen, zeigt, dass er Selbstbewusstsein genug hat, trotzdem Deutscher zu bleiben«, zitiert Wernich Formulierungen aus einer eigenen Knivsbergrede, in der es weiter hieß: »Erst wer die Vergangenheit beim Namen nennt, weiß sich stark genug, der Wahrheit ins Auge zu sehen, ohne ängstlich zu sein, Identität zu haben. Dazu gehört, dass die Jugend einfach das Recht hat, über diese Zeit aufgeklärt zu werden, soll sie die Vergangenheit und die Zukunft mittragen.«

Volker Heesch

OVER 30 års erfaring

taler for sig selv...

Fritid	Flytning	Udlejning	Brændsel	Haven
<ul style="list-style-type: none"> jagt & fiskeri ridesport dyrefoder bure og tilbeh. halsbånd liner mm. 	<ul style="list-style-type: none"> privat og firma opbevaring specialtransport ind- og udland sjællandsture flyttekasser mm. 	<ul style="list-style-type: none"> telte - festtelle borde - stole service - duge lys - servietter slushicemaskine sofficemaskine mm. 	<ul style="list-style-type: none"> træpiller olivensten træbriketter pejsbrændende mm. 	<ul style="list-style-type: none"> sand grus sten muld containere mm.

www.meldgaard.com meldgaard
Askelund 10 • 6200 Aabenraa • Tlf. 74 33 72 00
meldgaard@meldgaard.com
Se meget mere på www.meldgaard.com



Hos os er du ikke bare et nummer, der forsvinder i mængden, men et navn, et ansigt og en stemme, som vi kender. Vores daglige mål er at lytte til dine behov, så vi bedre kan forstå og handle efter dine ønsker.

Uanset om du har en vision for fremtiden eller et aktuelt behov, får du en service, der bringer dig og din økonomi videre. Er det sådan en bankforbindelse, du søger, glæder vi os til at tage imod dig her i Sydbank!

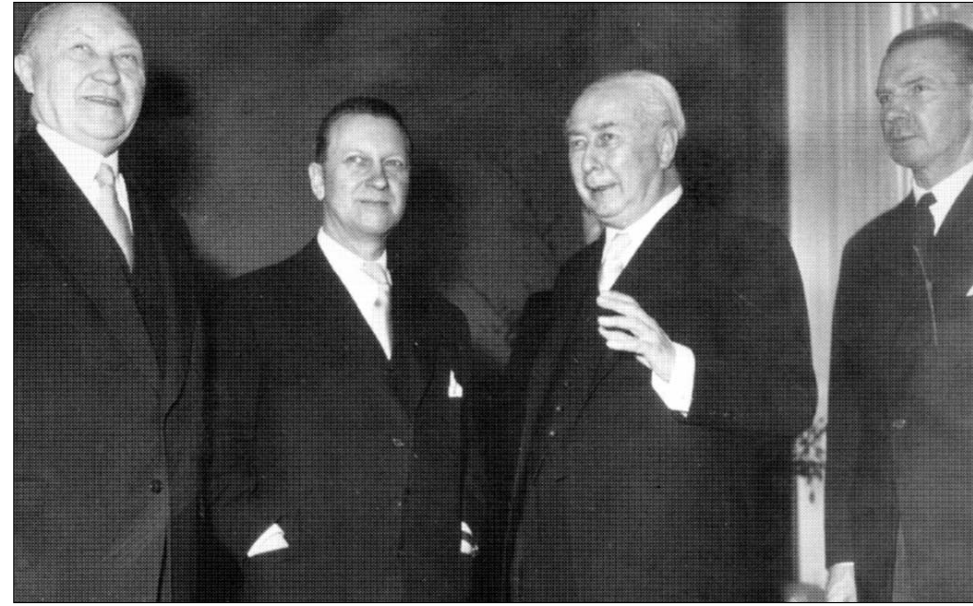
SYDBANK

Hvad kan vi gøre for dig

Telefon 70 10 78 79 • info@sydbank.dk • www.sydbank.dk



29. März 1955: Gespräch am runden Tisch: CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Heinrich von Brentano, Staatsminister H.C. Hansen, Bundeskanzler Konrad Adenauer und SPD-Vorsitzender Erich Ollenhauer (v.l.)



Empfang bei Bundespräsident Theodor Heuss (2.v.r.): Bundeskanzler Konrad Adenauer, Staatsminister H.C. Hansen und dänischer Botschafter Frants Hvass (v.) (Fotos: Bundesbildstelle, Bonn)

Wie es zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen kam

Chronologische Übersicht

26. September 1949

Kieler Erklärung des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Rechte der dänischen Minderheit.

27. Oktober 1949

Das Kopenhagener Protokoll (»Notat«) nach Gespräch zwischen Staatsminister Hans Hedtoft und dem BDN über Grundrechte der deutschen Minderheit.

September 1954

12. Sept. Landtagswahl in Schleswig-Holstein – Der Südschleswische Wählerverband (SSW), der 42.242 Stimmen erreicht, was einem Stimmenanteil von 3,5 Prozent im ganzen Land entspricht, scheitert an der Fünf-Prozent-Klausel und kann keine Abgeordneten mehr in den Landtag entsenden. In der dänischen Presse wird scharfe Kritik am schleswig-holsteinischen Wahlgesetz geäußert, zumal die deutsche Minderheit in Nordschleswig seit 1953 mit 9.721 Stimmen mit einem Abgeordneten im Folketing vertreten ist.

15. Sept. In der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg bringt der dänische Delegierte Hermod Lannung das schleswig-holsteinische Wahlergebnis zur Sprache und fordert die Bundesrepublik Deutschland auf, dafür zu sorgen, daß die dänische Minderheit im Landesteil Schleswig im Landtag vertreten werde.

17. Sept. Äußerung des dänischen Außenministers Hans Christian Hansen im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings zur Lage der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig.

Oktober 1954

11. Okt. Wahl Kai-Uwe von Hassels (CDU) zum schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten.

16. Okt. Auf einer Kreisdelegiertenversammlung der Partei Venstre in Apenrade wird eine Erklärung angenommen, in der als Voraussetzung für Dänemarks Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO die Zusicherung von demokratischen Freiheiten für die dänische Bevölkerung im Landesteil Schleswig angesehen wird.

19. Okt. Große Anfrage der Bundestagsfraktion der SPD zum nationalen Minderheitenrecht an die Bundesregierung.

19./20. Okt. Außenpolitische Debatte des Folketings zur Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Beinahe alle Parteien sprechen sich für die Aufnahme aus, gleichzeitig wird der Außenminister aber aufgefordert, die dänischen Gesichtspunkte hinsichtlich der Interessen der dänisch-gesinnten Südschleswiger auf der bevorstehenden NATO-Ratsversammlung in Paris vorzubringen.

20. Okt. Folketingsrede des deutsch-nord-schleswischen Abgeordneten Hans Schmidt-Oxbüll zum Lebensrecht der deutschen und der dänischen Minderheit.

22. Okt. Nach der Erklärung des dänischen Außenministers H.C. Hansen auf der NATO-Ratsversammlung in Paris kommt es zu einem Korridorgespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer, der erklärt, die Bundesregierung sei bereit, zu einer positiven Lösung der Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein beizutragen; er habe bereits Verhandlungen darüber mit Ministerpräsident von Hassel geführt; und man könne erwarten, daß es zu einer befriedi-

genden Lösung kommen werde.

November 1954

8. Nov. Regierungserklärung des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel. Vorgeschlagen wird ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die beiderseitigen Minderheiten.

12. Nov. In einer Rede in Aalborg wendet sich Außenminister H. C. Hansen gegen einen Minderheitenvertrag.

12. Nov. In einer Rede in Århus sieht der frühere dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft nach Lage der Dinge keinen anderen Weg, »als daß die dänische Regierung jetzt versuchen müsse, Fühlung mit der deutschen Bundesregierung aufzunehmen und dort Verständnis dafür zu wecken, daß eine Änderung der Bedingungen, unter denen die dänische Minderheit arbeitet, notwendig ist«.

17. Nov. Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings spricht sich gegen einen Minderheitenvertrag zwischen Dänemark und Deutschland aus.

17. Nov. In einer Rede in Gentofte erklärt der Vorsitzende des Südschleswischen Vereins (SSV), Niels Bøgh Andersen, daß die dänische Minderheit an einem Minderheitenvertrag nicht sonderlich interessiert sei.

18. Nov. Antrag der SPD-Landtagsfraktion betr. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes.

30. Nov. Erstes Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit in Kiel zur »umfassenden gegenseitigen Orientierung über die gegebene Lage«. In der Unterredung sind »die auf eine Minderheitenvertretung im Landtag abzielenden Wünsche, ferner kulturelle und wirtschaftliche Anliegen der dänischen Minderheit sowie verfassungsrechtliche Fragen eingehend erörtert« worden, die Besprechung habe sich auch auf die Wünsche der deutschen Minderheit in Nordschleswig erstreckt.

Dezember 1954

7. Dez. Entschließung des Grenzpolitischen Rates auf einer Vorstandssitzung in Flensburg zu einer Gesamtregelung der Minderheitenfragen.

7. Dez. Antrag der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, FDP, GB/BHE, DP zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht.

8. u. 10. Dez. Bundestagsdebatte zur Großen Anfrage der SPD betr. nationales Minderheitenrecht.

11. Dez. Rede H. C. Hansens beim Fest des Kopenhagener Journalistenverbandes zum Verhältnis Dänemarks zur Bundesrepublik Deutschland und zu den Minderheitenfragen.

14. Dez. »Wunsch nach guter Nachbarschaft« – In einem Artikel in den »Kieler Nachrichten« nimmt Ministerpräsident von Hassel zum deutsch-dänischen Verhältnis Stellung.

20. Dez. Erste Lesung des von der SPD-Landtagsfraktion vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Mit Rücksicht auf die laufenden Besprechungen ist die SPD mit einer kurzfristigen Zurückstellung des Gesetzentwurfes einverstanden.

29. Dez. Zweites Gespräch zwischen Ministerpräsident von Hassel und Vertretern der dänischen Minderheit. Der Ministerpräsident wird dem Kabinett als Übergangslösung bis zu

einer endgültigen Vertretung der Minderheit im Landtag die Bildung eines Beirats für Fragen der dänischen Minderheit vorschlagen, in dem diese angemessen vertreten sein soll. Dieser Vorschlag soll gleichzeitig der Leitung der dänischen Minderheit unterbreitet werden.

Januar 1955

5. Jan. Gespräch des Flensburger Bundestagsabgeordneten Will Rasner (CDU) mit dem konservativen Folketingsabgeordneten Karl Bøgholm in Kopenhagen zur Vorbereitung der deutsch-dänischen Verhandlungen.

6. Jan. Der dänische Unterrichtsminister Bomholt spricht sich in einer Rede in Tondern für das Examensrecht für die deutschen Schulen in Nordschleswig aus.

6. Jan. Das Landeskabinett stimmt dem Vorschlag des Ministerpräsidenten von Hassel zu, bei der Landesregierung einen Beirat zu bilden.

11. Jan. Der SSW weist von Hassels Vorschlag in einem Schreiben zurück.

15. Jan. Schreiben Karl Bøgholms an Will Rasner, in dem mitgeteilt wird, daß das dänische Außenministerium mit den im Gespräch vom 5. Januar gemachten Vorschlägen einverstanden sei.

17. Jan. Bericht Will Rasners an das Auswärtige Amt über den Inhalt des Gesprächs.

Februar 1955

2. Febr. Der deutsche Geschäftsträger in Kopenhagen überreicht dem dänischen Staats- und Außenminister H. C. Hansen eine Note, in der die Aufnahme von Verhandlungen über die Probleme der Minderheiten beiderseits der Grenze empfohlen wird.

5. Febr. Unterredungen H. C. Hansens im Staatsministerium mit Vertretern aller Parteien zur deutschen Note.

7. Febr. Behandlung der Südschleswig-Frage im britischen Unterhaus in London.

9. Febr. Der Außenpolitische Ausschuß des Folketings billigt die dänische Antwortnote. Überreichung dieser Note. Die dänische Regierung erklärt sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.

11. Febr. Veröffentlichung der Noten.

21./22. Febr. Äußerungen zu den bevorstehenden Minderheitenverhandlungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag während der Ersten Lesung des Haushaltsgesetzes

26. Febr. Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff (sog. Tingleffer Empfehlungen).

28. Febr. Eröffnung der deutsch-dänischen Verhandlungen in Kopenhagen.

März 1955

5. März Abschluß der Verhandlungen in Kopenhagen mit einem gemeinsamen Kommuniqué.

16. März Vollversammlung des Grenzpolitischen Rates in Flensburg.

25. März Bedenken von »Danske Samfund« (Erklärung der Hauptvorstandssitzung in Apenrade).

27. März Rede H. C. Hansens zum Verlauf der Verhandlungen in Sonderburg.

28./30. März Besuch H. C. Hansens in Bonn.

28. März Zum Abschluß der Verhandlungen wird in Bonn von den beiden Verhandlungsführern Dr. Wilhelm Nöldeke und Nils Svenningsen ein gemeinsames Protokoll unter-

zeichnet.

29. März Bundeskanzler Adenauer unterzeichnet die Erklärung der Bundesregierung (Bonner Erklärung), Staats- und Außenminister H. C. Hansen die Erklärung der dänischen Regierung (Kopenhagener Erklärung). Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen werden von allen Seiten begrüßt.

31. März Erklärung von Ministerpräsident von Hassel vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zu dem Ergebnis der deutsch-dänischen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten und Vorlage eines Gesetzes zur Änderung des Landeswahlgesetzes. Der Landtag begrüßt die Bonner Erklärung.

April 1955

1. April Staats- und Außenminister H. C. Hansen legt die Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit dem Folketing vor. Unterrichtsminister Bomholt legt ein Gesetz vor, durch das das früher erlassene Gesetz betr. private deutschsprachige Schulen in Nordschleswig geändert wird.

13. April Folketingsdebatte zur Kopenhagener Erklärung. Der deutsch-nordschleswische Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbüll stimmt der Kopenhagener Erklärung vorbehaltlos zu.

18. April Wahlrede von Hassels in Flensburg

19. April Das Folketing ratifiziert mit 145 Stimmen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO (dagegen 24 Abgeordnete) und mit 156 Stimmen die Kopenhagener Erklärung (dagegen neun Abgeordnete [acht Kommunisten und die Radikale Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade] sowie drei Enthaltungen [ein Konservativer und zwei Radikale]).

19. April Eine Deputation aus Nordschleswig (»Danske Samfund«) spricht sich in Kopenhagen vor dem Folketingsausschuß gegen das volle Examenrecht für die deutschen Minderheitenschulen aus.

28. April Zweite Lesung des Schulgesetzes im Folketing.

Mai 1955

9. Mai Rede H. C. Hansens auf der NATO-Ratsitzung in Paris.

11. Mai Die Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins verabschiedet das Kirchengesetz über den Gebrauch der dänischen Sprache bei Gottesdiensten und Amtshandlungen.

13. Mai Das Kirchengesetz tritt in Kraft.

16. Mai Das Folketing verabschiedet in dritter Lesung das Schulgesetz mit 154 gegen sieben Stimmen (sechs Kommunisten und die Radikale Ingeborg Refslund Thomsen, Apenrade) und bei einer Enthaltung. Ein gegen die deutsche Minderheit gerichtetes Ausnahmegesetz, das ihre deutschen Schulen schlechter gestellt hatte als die dänischen, fällt damit: Sie kann wieder Examenenschulen eröffnen.

23. Mai Der Schleswig-Holsteinische Landtag verabschiedet das Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel für die dänische Minderheit).

24. Mai Das Gesetz über Änderung des Gesetzes über private deutschsprachige Schulen, deutschsprachigen Hausunterricht u.a. in den südöstlichen Landesteilen (= Nordschleswig) tritt in Kraft.

31. Mai Landtag hebt die Fünf-Prozent-Sperrklausel für die dänische Minderheit auf.

Juni 1955

1. Juni Der schleswig-holsteinische Innenminister Dr. Dr. Pagel unterrichtet Vertreter der dänischen Minderheit in einem Gespräch über den Gebrauch des Danebrog bei den Jahrestreffen. Die Beflaggung wird gestattet. Der Innenminister äußert die »Hoffnung, daß in Nordschleswig bei entsprechenden Veranstaltungen der deutschen Minderheit eine ähnlich großzügige Einstellung gegenüber der Bundesflagge bekundet wird«.

7. Juni Bekanntmachung der Erklärung der allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit (Kopenhagener Erklärung).

18. Juni Auf der Hauptversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff bezeichnet der Vorsitzende, Folketingsabgeordneter Hans Schmidt-Oxbüll, das Zustandekommen der Bonner und Kopenhagener Erklärungen als »Annäherung an einen natürlichen und gesunden Gleichgewichtszustand«, der die Voraussetzung für die Funktion der Minderheiten als Mittler zwischen den Völkern sei.

23. Juni Der Außenpolitische Ausschuß des Deutschen Bundestages billigt die Erklärung der Bundesrepublik Deutschland über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit (Bonner Erklärung).

Juli 1955

5. Juli Das Gespräch zwischen der Landesregierung und Vertretern der dänischen Minderheit über eine Übergangslösung führt zu keinem Ergebnis.

6. Juli Der dänische Delegierte Hermod Lannung bittet die deutschen Delegationsmitglieder während der Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates, bei der Lösung der noch offenen Minderheitenfragen (Übergangslösung) mitzuhelfen.

6. Juli Der Deutsche Bundestag billigt die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit.

18.-21. Juli Privater Besuch von Hassels in Kopenhagen auf Einladung des deutschen Botschafters. Der Ministerpräsident erklärt gegenüber dänischen Politikern, daß die dänische Minderheit die Landesregierung hinsichtlich der Übergangslösung nicht »überfordern« solle.

August 1955

6. Aug. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Wilhelm Käber, schlägt für den Übergang bis zur nächsten Landtagswahl eine neue Lösungsmöglichkeit vor: »An Stelle des Beirates bei der Regierung sollte der Landtag einen besonderen Ausschuß einsetzen, in dem der Minderheit Gelegenheit zur Mitsprache und Mitberatung in den dafür geeigneten Fragen der Landespolitik gegeben wird.«

16.-20. Aug. Dänisch-deutsche Begegnung in der Heimvolkshochschule Magleås bei Kopenhagen; die Vorträge (1956 unter dem Titel »Grænsekampen i ny fase« veröffentlicht) finden starke Beachtung.

September 1955

13. Sept. Der Schleswig-Holsteinische Landtag bildet einen »Ausschuß für Angelegenheiten der dänischen Minderheit« und billigt die Erklärung der Landesregierung vom 13. September 1955 zur Aufhebung der Kieler Erklärung.

»Heute sieht es wieder heller aus...«

Auszug »Aus meinem Leben« von Ernst Kracht über die dramatischen Verhandlungen zu Bonn-Kopenhagen

»Auch Ministerpräsident von Hassel brachte einen besonderen Blick für die Situation im Grenzlande mit. Das Grenzreferat gehörte zum Ressort des Ministerpräsidenten und damit zur Landeskanzlei. Als meinen Mitarbeiter in diesen Fragen berief ich den Direktor des deutschen Gymnasiums in Apenrade und späteren Direktor der Petri-Schule in Kopenhagen, Dr. Gäde, der die dänische Sprache beherrschte und im Umgang mit der deutschen Grenzbevölkerung wie auch mit der dänischen Seite gleich erfahren war. Mit ihm nahm ich an den Sitzungen des Grenzausschusses teil, der sich aus Vertretern der vier Grenzorganisationen, des Vereins für deutsche Kulturarbeit im Grenzland, in dessen Vorstand ich 1958 eintrat, der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig, des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und des Grenzfriedensbundes zusammensetzte. Später gründeten angesehene Persönlichkeiten aus allen Kreisen des Grenzlandes den »Grenzpolitischen Rat«, an dessen Sitzungen ich auch heute noch teilnehme.

Sehr bald nach meinem Amtsantritt in Kiel hatte ich die alten Bekannten in Nordschleswig wieder aufgesucht. Wenn meine Zeit es irgend zuließ, nahm ich an den »Deutschen Tagen« und an den Knivsbergfesten teil. Eine besondere Freude war es mir, daß sich auf mein Drängen unser Botschafter in Kopenhagen Duckwitz, der zur dänischen Regierung besonders gute Beziehungen hatte, dafür einsetzte, daß die blau-weiß-

rote Flagge unseres Landes bei den Knivsbergfesten gehißt werden durfte. Der Erfolg seiner Bemühungen blieb nicht aus, nachdem ich noch ein klärendes Gespräch mit dem dänischen Botschafter Exzellenz Hvass gehabt hatte. In meine Zuständigkeit gehörte auch der deutsch-dänische Verständigungsausschuß, der sich mit kleineren Unstimmigkeiten aus dem täglichen Leben der Grenzbevölkerung befaßte. Er verdankte der »Kieler Erklärung« seine Entstehung, mit der die derzeitige Landesregierung 1949 unter Mitwirkung der englischen Besatzungsmacht die Auseinandersetzungen im Grenzgebiet zu mildern versucht hatte. Die Besprechungen in diesem Ausschuß verliefen im Allgemeinen in durchaus fairen Formen, und sicher hat der Ausschuß zu einem guten Teil seine Aufgabe lösen können. Die politischen Probleme der beiderseitigen Minderheiten jedoch waren in ihren Grundlagen immer noch ungelöst.

Für die deutsche Volksgruppe in Nordschleswig waren nach dem Zusammenbruch schwere Tage gekommen. Hatten sich schon durch den Tod so vieler junger Kriegsfreiwilliger bittere Verluste eingestellt, so kam jetzt eine Woge des Mißtrauens und – leider muß es gesagt werden – der Verfolgung auf sie zu, die auch vor unschuldigen Angehörigen nicht Halt machte. Den Heimkehrer aus dem Felde erwartete kein freundlicher Willkommensgruß aus seiner Gemeinde und keine finanzielle Hilfe, er mußte vielmehr



Ernst Kracht

erfahren, dass die Familienunterstützungen, die während seines Kriegsdienstes an Frauen und Kinder gezahlt wurden, zurückgefordert worden seien, und dass etwa vorhandenes Vermögen zur Sicherstellung herangezogen war. So fand er statt eines Heimkehrergeldes, wie es bei uns gezahlt wurde, eine Hypothek des dänischen Staates auf seinem kleinen Besitz vor. Eine große Anzahl von Strafverfahren wegen »Zusammenarbeit mit dem Feinde« waren angehängt, obwohl bis 1943 jedenfalls praktisch ein gewisses Zusammenarbeiten der dänischen Regierung mit dem deutschen Bevollmächtigten in Kopenhagen stattgefunden hatte und der Führer des dänischen Freiwilligenkorps vom König sogar empfangen worden war.

Unter den Internierten befanden sich auch die Männer der Volksgruppenleitung, denen bald darauf der mit Gefängnisstrafen endende Pro-

zess gemacht wurde. Der Versuch, Dr. Möller des Landesverrats zu überführen, scheiterte, nachdem auch ich als Zeuge ausgesagt hatte, dass dafür keinerlei Anzeichen bekannt geworden seien. Im Strafprozessverfahren wurde ich nicht mehr vernommen, nachdem ich vor der Polizei ausgesagt hatte.

So war es eine große Frage, ob die deutsche Minderheit wieder zu neuem fruchtbaren Leben erweckt werden könne. Was dann im Laufe der nächsten Jahre geschah, war so eindrucksvoll, dass es selbst für die deutschen Menschen südlich der Grenze in der Auseinandersetzung mit der dänischen Minderheit beispielhaft wirken musste. Am 22. November 1945 wurde der Bund deutscher Nordschleswiger begründet, der nun die Geschichte der deutschen Volksgruppe in die Hand nehmen sollte. Die Leitung des Bundes gab unverzüglich eine Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen Staat ab, eine Erklärung, die seitens der dänischen Minderheit bis heute fehlt. Dann machte sie sich an den wichtigen Wiederaufbau des deutschen Schulwesens. Er begann 1946 mit sieben Schulen und 174 Schülern. 1959 besuchten bereits 1.298 Schüler 31 deutsche Schulen. Es entstand die Nach- und Volkshochschule in Tingleff, die Schüler im Alter zwischen 14 und 18 Jahren aufnahm, von denen fast die Hälfte teilweise oder ganz nur eine dänische Schule hatte besuchen können. Hinzu traten fünf Mittel- und Realklassen, und schließlich kam

es auch am 18. August 1959 zur Wiedereröffnung des deutschen Gymnasiums. In den neun deutschen Kindergärten waren 1960 275 Kinder untergebracht. Der Besuch dieser Kindergärten und der deutschen Schulen beruhte allein auf dem freien Entschluss der Eltern, die den Wunsch hatten, dass ihre Kinder in die deutsche Kulturwelt eingeführt würden und mit der deutschen Sprache ihre geistige Heimat im deutschen Volkstum fänden, ohne damit die Geistes- und Kulturwelt des dänischen Volkstums zu missachten. Nicht nur das Schulwesen, sondern die ganze Arbeit der Volksgruppe wird auch heute geleitet von dem Wunsch, das Bekenntnis zum deutschen Volk mit einem positiven Verhältnis zum dänischen Staat und Volk zu verbinden. Für die deutsche Minderheit ist die Teilung Schleswigs nicht mehr ein nationales Unglück, sondern eine Aufgabe in europäischem Sinne.

Trotz dieser Haltung waren alle Bemühungen, die Auswirkungen der so genannten »Rechtsabrechnung« im Laufe der Zeit zu lindern, vergeblich. Nur in einigen wenigen Fällen kam es zu Gnadenerweisen, obwohl es sich um eine Strafgesetzgebung mit rückwirkender Kraft handelte und selbst auf dänischer Seite sich bedeutende Juristen fanden, die diese nur unter den ersten Gefühlsausbrüchen nach der Befreiung Dänemarks verständliche Reaktion missbilligten. Auch der Versuch, eine der »Kieler Erklärung« vom 26. September 1949 gleichlau-

tende Stellungnahme der dänischen Regierung zu erreichen, scheiterte. Es kam lediglich nach dem Empfang einer Vertretung des Bundes zu dem so genannten Kopenhagener Protokoll vom 27. Oktober 1949. In diesem Protokoll stellte der Staatsminister fest, dass die deutsche Minderheit bereits im Besitz aller Rechte sei, die in der »Kieler Erklärung« aufgezählt waren, und dass es weder angemessen noch zweckmäßig sei, einen Verständigungsausschuß in Nordschleswig zu schaffen. Auch meine Bemühungen, in den späteren Verhandlungen mit Kopenhagen einen solchen Ausschuß zu verankern, schlugen fehl. Die dänische Regierung nahm in Kauf, dass nun auch der Verständigungsausschuß auf deutscher Seite aufgelöst wurde.

War die Lage der Deutschen in Nordschleswig unter diesen Umständen recht schwer, so fehlte es andererseits auch nicht an Reibungen südlich der Grenze. Angesichts der jetzt völlig veränderten Volkstumslage war das nicht verwunderlich. Die deutsche Bevölkerung konnte es einfach nicht fassen, dass so viele Menschen, die ihnen bisher in der dörflichen Gemeinschaft nahe gestanden hatten, plötzlich der dänischen Minderheit sich anschlossen. Sie glaubten nicht an einen wahren Gesinnungswechsel in der überwiegenden Zahl der Fälle und fanden auch nur allzu oft sichtbare, rein äußere Gründe für die neue Haltung. So war man im Allgemeinen wenig geneigt, der »Kulturoffensive«, von der die Dänen offen sprachen,

noch besondere Unterstützung zu leihen, und es kam bei dem Grundstückserwerb für dänische Einrichtungen oft zu Schwierigkeiten. Immerhin war der Verständigungsausschuß ein gutes Ventil, und im Laufe der Zeit wurden auch manche Schwierigkeiten überwunden. Trotzdem ereiferte sich die dänisch gesinnte Presse, insbesondere die neu gegründete in deutscher Sprache erscheinende »Südschleswig'sche Heimatzeitung«, immer wieder über die schlechte Behandlung der dänischen Minderheit durch die deutsche Bevölkerung, aber auch durch die deutschen Behörden und insbesondere die Landesregierung. Neuen Zündstoff in dieser Hinsicht gab die Wahlgesetzgebung. Am 10. Oktober 1951 hatte der Landtag mit dem neuen Wahlgesetz durch eine 7,5-Prozent-Sperrklausel die Möglichkeit der Erreichung eines Abgeordnetensitzes begrenzt. Auch die dänische Wahlgesetzgebung kannte solche Begrenzungen, jedoch war es der deutschen Minderheit gelungen, in verhältnismäßig kurzer Zeit einen Abgeordnetensitz im dänischen Reichstag durchzusetzen. Diese Möglichkeit war dadurch gegeben, dass Nordschleswig anteilig einen Sitz mehr zugesprochen erhielt, als nach der Bevölkerungszahl in Frage kam. Natürlich geschah dies nicht, um der Minderheit einen Sitz zu verschaffen, vielmehr war diese Rücksicht auf eine Grenzbevölkerung bezogen, in der die Dänen weitaus die Mehrheit hatten. Immerhin gab dieser Tatbestand

Tusindvis af sønderjyder nyder økonomiske fordele i Kreditbanken

Hvis du værdsætter gode gammeldags dyder som imødekommenthed, troværdighed og respekt for den enkelte, så vil du føle dig rigtig godt tilpas i Kreditbanken. Her kan du i øvrigt altid regne med at få

- en god personlig rådgivning og service
- individuelt tilpassede løsninger
- konkurrencedygtige priser og produkter
- en seriøs vurdering af dine ønsker
- et hurtigt svar

Alt sammen fordele, som er med til at sikre, at du får mest muligt ud af dine penge.

Ring og aftal en uformel snak og hør nærmere om, hvad vi kan gøre bedre for dig. Hvis du herefter beslutter dig for at skifte til os, sørger vi for det hele uden omkostninger til Kreditbanken.



Kreditbanken

- den lokale bank

Ramshered 27 · 6200 Aabenraa · Tlf. 7333 4600 · Fax 7333 4646 · e-mail: aab@kreditbanken.dk
Perlegade 40 · 6400 Sønderborg · Tlf. 7342 0200 · Fax 7342 0202 · e-mail: sdbg@kreditbanken.dk
Nørregade 15 · 6100 Haderslev · Tlf. 7322 1600 · Fax 7322 1616 · e-mail: hds@kreditbanken.dk

En lokalbank der forstår sig på sønderjyder

”Det er bedst at handle i en forretning, der går godt, for dér er der altid friske varer på hylderne”.

Sådan lyder et gammelt ”husråd”, og det mener man i Kreditbanken også gælder, når varene er bankydeler.

For det går faktisk godt for Kreditbanken, som er en økonomisk velfunderet, selvstændig lokalbank med dybe rødder i sønderjysk kultur.

Derfor er det også naturligt, at man i banken nærer en særlig forkærlighed for de mennesker, der bor, arbejder, uddanner sig eller driver virksomhed i de områder, hvor banken har afdelinger - dvs. Aabenraa, Sønderborg og Haderslev.

Nærværet er vigtigt

- Vi tror på, at mange mennesker i dag savner lidt nærvær og en mere personlig betjening i deres pengeinstitut, - siger Kreditbankens underdirektør i Aabenraa, Wilfred Sass, og fortsætter:

- Derfor har alle vores

kunder en fast rådgiver i banken - for man taler nu engang bedst økonomi med et menneske, man kender og har tillid til. -



Underdirektør
Wilfred Sass

Fornuftige priser

Underdirektøren indrømmer dog, at selv om de personlige relationer er vigtige, så forventer kunderne altså også at få konkurrencedygtige løsninger. Og

det får de i Kreditbanken, som selv peger på godt købmandskab som baggrunden for bankens fornuftige priser.

- Godt købmandskab og en effektiv organisation er med til at holde vores omkostninger nede, og det kommer selvfølgelig kunderne til gavn i form af gunstige renter og gebyrer, - forklarer Wilfred Sass.

Lokalt engagement

Ud over arbejdet med de egentlige bankforretninger er Kreditbanken også bredt engageret i de respektive lokalsamfund - både kulturelt og i erhvervssammenhænge.

- Det skaber automatisk større personligt engagement hos vores medarbejdere, at banken og kunderne er på bølgelængde også på det område. Vi taler samme sprog - i mere end én forstand, slutter Wilfred Sass.

Möglichkeiten zum Vergleich, nachdem trotz der durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Herabsetzung des Satzes auf 5 Prozent die dänische Minderheit ohne Abgeordneten geblieben war, obwohl sie reichlich 40.000 Stimmen aufgebracht hatte, während die deutsche Minderheit nur über reichlich 8.000 Stimmen verfügte. In der ganzen dänischen Presse setzte ein Sturm der Entrüstung ein. In der deutschen Presse las man leider wenig von dem, was zur Unterrichtung der Bevölkerung über die tatsächlichen Verhältnisse hätte führen können. Als dann der Bundestag die 5-Prozent-Sperrklausel des Bundeswahlgesetzes zugunsten der dänischen Minderheit im Jahre 1953 aufhob, verstärkten sich die Bemühungen der dänischen Seite, insbesondere auch über den Europarat, auf eine angebliche Diskriminierung der dänischen Minderheit durch Schleswig-Holstein hinzuweisen und die heftigsten Angriffe gegen Landtag und Landesregierung immer wieder vorzubringen. Für die Wünsche der dänischen Minderheit hatte sich nicht nur die SPD-Opposition im Landtag, sondern auch der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Folketings-Abgeordneter Schmidt-Oxbüll, ausgesprochen. Die SPD-Fraktion des Bundestages brachte in dieser Angelegenheit eine nicht sehr glücklich formulierte »große Anfrage« ein. Die Bundesregierung war in einer nicht ganz einfachen Lage. Ohne Zweifel hatte sie angesichts der notwendigen Zusammenarbeit mit dem Königreich Dänemark in Wirtschafts- und Verteidigungsfragen ein Interesse an einer guten Lösung der Angelegenheit. Der Bundeskanzler selbst war durch den Staats- und Außenminister H. C. Hansen anlässlich einer Nato-Tagung in Paris auf die Sache angesprochen worden. Die Landtagsmehrheit in Kiel war andererseits nicht geneigt, ohne weiteres der dänischen Minderheit die gewünschte Konzession zu machen, da sie

wußte, dass die deutsche Bevölkerung die »Echtheit« der Minderheit immer wieder in Zweifel zog. Ministerpräsident Lübke hatte mehrfache Besprechungen mit der dänischen Minderheit über eine irgendwie geartete Zwischenlösung in meiner Gegenwart geführt. Die Einsetzung eines Landtags-Ausschusses für Minderheitenfragen, an dem zwei Vertreter der Minderheit als Sachverständige teilnahmen, führte zu keinen praktischen Ergebnissen. Die Minderheit selbst nahm zwar teil, lehnte aber die Ersatzlösung grundsätzlich ab; sie bestand auf der gleichen Regelung, wie der Bundestag sie getroffen hatte. Die Dinge schienen festgefahren zu sein, als Ministerpräsident Lübke starb.

In seiner Regierungserklärung vom 8. November 1954 machte der neue Ministerpräsident von Hassel den Vorschlag, umfassende Besprechungen über den Status der beiden Minderheiten seitens der Bundesregierung und der dänischen Regierung zu führen. Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden. Der Ministerpräsident ersuchte mich, an den notwendigen Vorbesprechungen im Auswärtigen Amt teilzunehmen. Als Vorsitzender der deutschen Delegation, der ich als Vertreter Schleswig-Holsteins angehörte, wurde der frühere Gesandte in Kopenhagen Dr. Nöldecke bestimmt. Am 28. Februar 1955 begannen die Verhandlungen in Kopenhagen. Sie verliefen im Anfang nicht einfach; offensichtlich hatte man sich auf dänischer Seite die Regelung so vorgestellt, dass man das dänische Ausnahmegesetz, das den Ausbau des deutschen Schulwesens über die Volksschulen hinaus begrenzte, in Bezug auf Mittel- und Realschulen änderte, wogegen Schleswig-Holstein die 5-Prozent-Klausel zugunsten der dänischen Minderheit zu streichen hatte. Im Übrigen sollte alles so wie bisher bleiben. Ein für den nächsten Abend auf Einladung des Staatsministers bereits angesetztes Essen sollte offensichtlich schon das Abschiedessen

sein. Ich vertrat mit Nachdruck die Forderung, für beide Minderheiten unter Aufhebung der »Kieler Erklärung« und des so genannten »Kopenhagener Protokolls« den gleichen Status herzustellen. Damit zugleich forderten wir auch die Genehmigung einer deutschen höheren Schule für Nordschleswig. Nach sehr zähen, wenn auch im Ton immer gleich freundlichen Verhandlungen, gelang es, unseren Standpunkt durchzusetzen. Es ist das Verdienst des dänischen Staatsministers H. C. Hansen, dass er trotz starker widerstrebender Kräfte im Parlament den Mut hatte, diese Entscheidung zu fällen. Ein kleiner Zwischenfall ereignete sich in den Verhandlungen, als die dänische Delegation das Wörtchen »loyal« in dem Entwurf streichen wollte. Wir waren zunächst ein wenig ratlos, wie wir um diese Differenz herumkommen sollten. Am Abend blätterte ich noch einmal, schon im Bett, in meinen Unterlagen, überflog auch das »Kopenhagener Protokoll« und fand, dass sich in dieser vom Staatsminister vorgetragenen Erklärung das Wörtchen »loyal« bereits fand, indem von einer Toleranz gesprochen wurde, die die Regierung »allen loyalen Bürgern gegenüber« zeigen werde. Unser Vorsitzender begab sich zu einer vertraulichen Besprechung zu seinem Kollegen, und in der Folge war von diesem Punkt nicht mehr die Rede.

Am letzten Tage vereinte, auf Einladung des dänischen Delegationsführers Staatssekretär Svenningsen, ein Frühstück die Mitglieder der Delegationen noch einmal zu einer Abschiedsstunde. Herr Svenningsen trank mir zu mit einer Bemerkung, die auf den diplomatischen Dienst deutete. Als ich ihm erwiderte, dass ich nicht die Ehre hätte, dem diplomatischen Korps anzugehören und kein Gesandter meines Landes sei, meinte er unter Anspielung auf das Bismarck-Wort: »Das zwar nicht, kein Gesandter, aber ein Geschickter!« Ich nahm diese Anerkennung der anderen Sei-

te gern zur Kenntnis.

Ein vom dänischen Ministerpräsidenten gegebenes Mittagessen auf Schloss Christiansborg schloss Ende der Woche offiziell die Zusammenkunft ab. Ich war sein Tischnachbar und hatte einen vorzüglichen Eindruck von dieser in sich geschlossenen liebenswürdigen Persönlichkeit, die leider inzwischen die unheimliche Krebskrankheit mitten aus seinem erfolgreichen Leben gerissen hat. Schleswig-Holstein und Deutschland verdanken seiner fairen Haltung viel.

Unser Ministerpräsident befand sich übrigens in dieser Zeit in Urlaub in Meran. Ich erstattete ihm täglich eingehende Berichte, von denen die ersten, die den unbefriedigten Beginn der Verhandlungen aufzeigten, wie er mir später sagte, wahrscheinlich zur Abberufung des schleswig-holsteinischen Vertreters geführt hätten, wenn der Ministerpräsident in Kiel gewesen wäre. Ich war auch einige Stunden zum mündlichen Vortrag in Meran, wo mir die Richtigkeit meiner festen Haltung bestätigt wurde.

Die Erklärungen der beiden Regierungen wurden Ende März 1955 in Anwesenheit des Bundeskanzlers Dr. Adenauer und des Staatsministers Hansen sowie unseres Ministerpräsidenten in einem Staatsakt feierlich bekräftigt. Ich selbst hatte auf Wunsch des Ministerpräsidenten die Aufgabe übernommen, vorher mit einer Reihe von Abgeordneten persönlich zu sprechen, um eine möglichst einhellige Zustimmung des Landtages zu erreichen. Erfreulicherweise glückte es auch trotz des Grolens einiger weniger älterer Abgeordneter, von denen einer mir einen Kotau vor der dänischen Regierung vorwerfen wollte, die Einstimmigkeit herbeizuführen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Bonn-Kopenhagener Erklärungen für die Situation im ganzen Grenzland eine Erleichterung mit sich brachten und sie in der Folge auch für die Landesregierung wie für die Bundes-

regierung im europäischen Raum entlastend wirkten. Zwar kam es in der dänischen Presse südlich der Grenze immer noch einmal zu Beschwerden, besonders was die kirchlichen Verhältnisse anbelangte, für die aber die Landesregierung nicht zuständig war; in der großen Presse aber herrschte von nun an Friede.

Zwei dänische Stimmen mögen meinen Eindruck bestätigen. Der Vorsitzende des Folketingsausschusses für südschleswigsche Angelegenheiten, P. Gorsen aus Sonderburg, sagte in seinem Neujahrsgruß in »Sønderjyden« vom 31. 12. 1959: »Es scheint, als ob der Geist der Kopenhagener-Bonn-Vereinbarungen langsam niederschlägt und der nüchternen Erwägung Raum gibt, die immer Respekt und Verständnis für die Gesichtspunkte der Gegenseite wird ergeben können.« Und der Berater dieses Ausschusses Björn Hansen, ein Sohn H. P. Hansens, des »Vaters« der Grenze von 1920, äußerte in der gleichen Zeitung unter dem 10. 2. 1960: »Es ist – auch als Folge der großpolitischen Entwicklung nach 1945 – eine Basis für eine gute Nachbarschaft zu unserem südlichen Nachbarn geschaffen, und die politische, kulturelle und wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten sind in jeder Hinsicht gesichert. Von dänischer Seite besteht somit aller Grund, national- und grenzpolitisch gesehen, mit der vergangenen Entwicklung zufrieden zu sein.« Beide Männer betonten anschließend allerdings die Notwendigkeit einer weiteren Unterstützung der dänischen Minderheit und einer auch wirtschaftlichen Festigung des dänischen Volkstums im Grenzland.

Auch diese Hinweise müssen die deutschen Grenzorganisationen veranlassen, weiterhin der Entwicklung Aufmerksamkeit zu schenken und kulturell, sozial und wirtschaftlich ihrerseits alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auch der Ministerpräsident wird die ihm zur Förderung des Grenzlandes zur Ver-

fügung gestellten Mittel weiterhin voll ausnutzen müssen, wobei ich persönlich die Einrichtung von Jugendheimen der offenen Tür nach wie vor für besonders vordringlich halte.

Abschließend hätte ich noch eine gewichtige deutsche Stimme zur Entwicklung im Grenzland anzuführen. Der greise Pastor Schmidt-Wodder schrieb mir kurz vor seinem Tode auf meinen Glückwunsch zum 90. Geburtstag am 23. September 1955: »Wir standen ja beide stets im Dienste Schleswig-Holsteins, und heute sieht es wieder heller aus als zeitweilig in den letzten Jahren. Ich bin auch der Zuversicht, dass es noch heller für unser Volk und unser Grenzland sich gestaltet.«

Dass ich an den grundlegenden Verhandlungen in Kopenhagen als Vertreter meiner Heimat teilnehmen durfte, habe ich immer als Krönung meiner dienstlichen Tätigkeit empfunden. Möge der zuversichtliche Wunsch Pastor Schmidt-Wodders in Erfüllung gehen!«

Ernst Kracht

Geboren 1890 und 1983 92-jährig verstorben, war Amtschef der Kie-ler Staatskanzlei unter den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Walter Bartram, Friedrich-Wilhelm Lübke und unter Kai-Uwe von Hassel, der ihn zum schleswig-holsteinischen Verhandlungsführer bei den Bonn-Kopenhagener Verhandlungen machte. Obwohl Kracht als ehemaliger nationalsozialistischer Oberbürgermeister in Flensburg von 1935 bis 1945 wahrlich vor allem auf dänischer Seite umstritten war, zog von Hassel am 30. Jahrestag der Erklärungen über ihn folgendes Fazit: »Wenn der Bonn-Kopenhagener Erklärungen gedacht wird, dann muss Ernst Kracht genannt werden, dessen Zähigkeit die Gegenseitigkeit der Lösungen für Deutsche und Dänen brachte.«

Transport und Einlagerung von Kühl- und Gefrierprodukten:

Hurtig, Präcis Transport von temperaturempfindlichen Gütern

Hurtig

HPT ist die schnellste Verbindung mit einer zentralen Lage zwischen Skandinavien und Europa.

Präcis

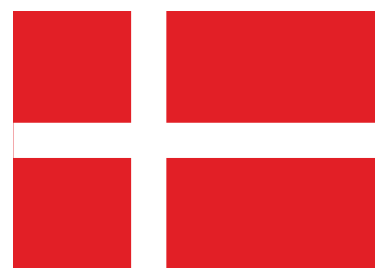
HPT liefert Ihre Güter zur vereinbarten Zeit an der vereinbarten Stelle - und im vereinbarten Zustand.

Transport

Kühl- und Gefrierprodukte. HPT ist ein Experte im Bereich des Transportes und der Einlagerung von temperaturempfindlichen Gütern.

H. P. THERKELSEN
HPT

DK-6330 Padborg • D-27283 Verden / Aller
e-mail: hpt@hpt.dk • www.hpt.dk



DANSK-TYSK INDUSTRI- & HANDELSKLUB



DEUTSCH-DÄNISCHER INDUSTRIE- & HANDELSKLUB

Der Deutsch-Dänische Industrie- & Handelsklub hat sich zum Ziel gesetzt, an der Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland mitzuwirken und Kontakte zwischen Interessenten beider Länder zu schaffen. Dieses gilt sowohl für Einzelpersonen als auch für Firmen und Institutionen.

Der Deutsch-Dänische Industrie- & Handelsklub ergreift Initiative zu Firmenbesuchen und Vorträgen über aktuelle Themen aus Wirtschaft, Handel und Politik und schafft hiermit ein Forum für Gespräche und gesellschaftliche Kontakte zwischen Klub-Mitgliedern und Gästen. Diese Veranstaltungen und ein Jahresfest tragen dazu bei, die Zielsetzungen des Klubs zu verwirklichen.

Der Vorstand nimmt gerne Neuanmeldungen entgegen.

DANSK-TYSK INDUSTRI- & HANDELSKLUB

Stamholmen 193 D - DK-2650 Hvidovre - Tlf. 7025 4544 - Fax 3677 1999 - www.dtih.dk - E-mail: info@dtih.dk

An einem Freitag um 15.15 Uhr in Paris

Der historische Meilenstein vom 29. März 1955: Die Interessen-Parallelität zwischen Adenauer und H. C. Hansen

Am 29. März begehen die beiden Minderheiten und die Regierungen in Berlin, Kiel und Kopenhagen im Sonderburger Schloss den 50. Jahrestag der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen, mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und Staatsminister Anders Fogh Rasmussen.

Die Erklärungen wurden 1955 von den Regierungschefs Konrad Adenauer und H. C. Hansen unterzeichnet, die damals beide, also im Gegensatz zu Schröder und Fogh, gleichzeitig auch Außenminister waren. Sowohl für Deutschland als auch Dänemark hatte die Lösung der Schleswig-Frage, die mehr als 100 Jahre zu Konflikten und Spannungen geführt hatte, außenpolitisch große Bedeutung. Es war das letzte Mal, wo sich die internationale Politik mehr oder weniger über die innenpolitischen Bedenken beider Seiten durchsetzte und damit – damals auch teilweise gegen den Willen beider Minderheiten – neue Rahmenbedingungen für das Grenzland schuf, die sich später als entscheidendes Element auf dem Wege zur Befriedung zwischen Deutschen und Dänen erwiesen.

Dänemark trat 1949 der NATO bei, nachdem die bisherige Doktrin einer (militärisch zu schwachen) Neutralitätspolitik aufgegeben und der Traum einer nordischen Verteidigungsgemeinschaft zerplatzt war. Norwegen hatten sich frühzeitig für den amerikanischen NATO-Schirm entschieden, und Dänemark suchte Schutz vor dem großen Nachbarn im Süden, der in den fünf dunklen Jahren von 1940-1945 das Land besetzt gehalten hatte und von dem man ja nicht wußte, wie sich das am Boden zerschlagene Deutschland wieder erheben würde – ob nun wiedervereinigt oder nicht.

Die dänische Regierung hatte am 31. Januar 1947 in einem Memorandum an die Alliierten von einer deutschen Wiederbewaffnung scharf Abstand genommen. »Die dänische Regierung geht davon aus, daß effektive Maßnahmen getroffen werden, um zu verhindern, daß die deutsche Jugend wieder militärisch ausgebildet wird... Dänemark hat besonderes Interesse, daß der deutsche Militarismus für immer verschwindet.« Die großpolitische Wetterlage stand jedoch auf Sturm. Als von dänischer Seite nach 1945 an der Grenze von 1920 gerüttelt wurde, hatte der Unterstaatssekretär im britischen »Foreign Office«, Lord Henderson, die dänischen Regierungsvertreter 1948 in London darauf hingewiesen, es sei »nicht länger möglich, die provinzielle (Minderheiten-) Frage isoliert von der Welt zu sehen«. Er wies auf die militärstrategisch wichtige Ostsee-Platzierung Dänemarks und auf die neuen Gefahren aus dem Osten hin. Amerikaner und Briten erkannten frühzeitig die Notwendigkeit, Deutschland in das westliche, demokratische Bündnis einzubeziehen. Die Briten wußten seit dem Moskau-Besuch ihres Außenministers Anthony Eden im Dezember 1941, daß Stalin Ostpolen und das Baltikum nicht wieder herausgeben

wolle und weitergehende Pläne für den Balkan und die dänischen und türkischen Meerengen hegte. Nach Ausbruch des Korea-Krieges 1951 setzte auch das Folketing neue Signale, hieß es in einem Beschluß, »daß auch deutsche Truppen an der Errichtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung beteiligt werden sollen«.

Bereits im Mai 1952 war in Bonn ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten abgeschlossen worden, der ein vereintes Deutschland als Ziel hatte und gleichzeitig mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Kraft treten sollten. Ende August 1954 lehnten die Franzosen den EVG-Vertrag ab, weil sie die Bedrohung durch die Sowjets damals geringer einschätzten als die Partner. Nun wurde statt dessen überlegt und in Aussicht genommen, Deutschland in die NATO aufzunehmen, womit auch die Besatzungszeit als beendet angesehen und die Bundesrepublik ihre – danach nur eingeschränkte – Souveränität erhalten sollte.

Das Verhältnis zu Deutschland war für Dänemark in den Jahren nach 1945 die entscheidende (innen-) und außenpolitische Frage. Es galt unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen des kalten Krieges ein neues Verhältnis zum Nachbarn aufzubauen. Da gab es nach 1945 zunächst nur wenige deutsch-dänische Kontakte; eine der ersten Spuren zu den späteren Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen führt ins schweizerische Caux, wo die Moralische Aufrüstung (»Moral Re-Armament«) im »Mountain House« ihr Zentrum hatte. Sie war als Oxford-Bewegung 1921 vom lutheranischen US-Pastor Frank Buchmann gegründet worden und hatte vier moralische Gebote: Ehrlichkeit, Reinheit, Uneigennützigkeit und Liebe. In

Die Spuren aus dem »Mountain House«

Caux waren u.a. auch Konrad Adenauer und der Konservative Ole Bjørn Kraft – und gleich mehrfach der dänische Staatsminister Knud Kristensen, der am 4. November 1947 wegen seiner revisionistischen Südschleswig-Politik (von den Radikalen) gestürzt worden war. »A er væk«, teilte Kristensen mit, ohne daß seine Minister wußten, wo er heimlich untergetaucht war: in Caux! Eine Spur führte via Caux nach Cochem, einer Stadt im Moseltal zwischen Trier und Koblenz. Dies hat 1962 der damalige Bonner Korrespondent von »Jyllands-Posten«, Karl Christiansen, dankenswerterweise nachrecherchiert. In Caux waren nach 1945 erstmalig auch Persönlichkeiten des bürgerlichen Deutschland eingeladen, um mit anderen ausländischen Gästen zusammenzutreffen. Unter ihnen befand sich der damals 37jährige CDU-Politiker Willy Massoth (1911-1978), von 1949 bis 1957 CDU-Bundestagsabgeordneter und von 1957 bis 1969 Bürgermeister von Cochem. Er lernte in Caux den Journalisten F. Weltmann aus Kopenhagen

kennen, der in den 30er Jahren als Jude Deutschland verlassen und in Dänemark Zuflucht gefunden hatte. Weltmann, der später zum Katholizismus konvertierte, war inzwischen dänischer Staatsbürger, Herausgeber eines Pressedienstes und Anhänger des konservativen Außenministers Christmas Møller, der nach 1945 für eine »Die Grenze-liegt-fest-Politik« eingetreten war. In Massoth lernte er das »andere Deutschland« kennen; Massoth war Mitbegründer der Jungsozialisten in Hessen und saß wegen seines Widerstandes gegen die Nazis vorübergehend in Gestapo-Schutzhaft. Weltmann versuchte den Süddeutschen Massoth für die »Nordfrage« zu interessieren, ausgehend



Zwei Staatsmänner im Gespräch: Konrad Adenauer mit H. C. Hansen am 29. 3. 1955 in Bonn

von der Einschätzung, daß die zugespitzte Grenzland-Frage eine Initiative von schleswig-holsteinischen CDU-Politikern ausschloß. Der Weg zur Entspannung führe auch für die CDU über Südschleswig, vermerkte Massoth, der im Mai 1953 als erster deutscher Politiker in Kopenhagen sprach. Im »Academicum Catholicum« lautete sein Vortragstitel »Christentum und Politik«, doch das Interesse der Zuhörer galt der Südschleswig-Frage. Nun vermittelte Massoth ein Gespräch zwischen Weltmann und den CDU-Spitzen Heinrich von Brentano und Heinrich Krone, die eine Konferenz über das deutsch-dänische Verhältnis unterstützten – ebenso wie in Kopenhagen der konservative Folketingsabgeordnete Karl Bøgholm (1889-1976). Die Konferenz fand am 6. Juli 1954 in Bonn statt; Kanzler Adenauer, der 1951 in Bonn den dänischen Außenminister Ole Bjørn Kraft begrüßt hatte, war eingeweiht, nahm selbst nicht teil, empfing aber am Tage danach Massoth, Bøgholm und Weltmann. Teilnehmer an der Konferenz waren auf CDU-Seite u.a. der spätere Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (der über den Europarat Kontakte hatte zum Radikalen Hermod Lannung), von Brentano (der am 7. Juni 1955 Adenauer als Außenminister ablöste), der Flensburger Bundestagsabgeordnete Will Rasner und Massoth. Beobachter war u.a. auch Legationsrat Dr. Hansen aus dem Auswärtigen Amt.

Zwar gab es bereits seit 1949 die Kieler Erklärung zugunsten der dänischen Minderheit und das Kopenhagener Protokoll zugunsten der deutschen Minderheit, aber als am 12. September 1954 der SSW bei den Landtagswahlen mit 42.242 Stimmen an der Fünf-

prozent-Sperrklausel scheiterte, während Schmidt-Oxhöll mit 9.721 Stimmen dem Folketing angehörte, gab es Proteststürme auf dänischer Seite. Just da fiel die Minderheiten-Frage nach oben – aufs internationale Parkett. Während einer NATO-Ratssitzung am Freitag, 22. Oktober 1954, in Paris hatte Staats- und Außenminister Hans Christian Svane Hansen (Vorgänger Hans Christian Hedtoft-Hansen, seit 1946 auf das Hansen verzichtend, war am 29. Januar 1955 nur 51jährig in einem Stockholmer Hotelbett tot aufgefunden worden) unterstützt vom norwegischen Außenminister Halvard Lange erklärt, es falle Dänemark schwer, eine deutsche NATO-Mitgliedschaft zu unterstützen, solange die Süd-

schleswig-Frage nicht geklärt sei. Zuvor hatte das Folketing (auf Drängen der nordschleswigschen Venstre-Abgeordneten Jørgen Gram und Fr. Heick) am 19. Oktober den Außenminister mit 133:22 Stimmen bei sechs Enthaltungen aufgefordert, in Paris »die Zustimmung zur Aufnahme Deutschlands in das westliche Verteidigungsbündnis mitzuteilen, zugleich aber auf der NATO-Ratssitzung die dänischen Gesichtspunkte über die Interessen der dänischen Südschleswiger vorzutragen«. Sozialdemokraten, Konservative (Bjørn Kraft) und Venstre (Thorvald Kristensen) hatten den Antrag gemeinsam eingebracht und verabschiedet; damals praktisch als stille Nordatlantikkpakt-Koalition, denn es ging in erster Linie um dänische Sicherheitspolitik. Von Vorteil war dabei, daß Oppositionsführer Kraft auch Kontakte zum Bundesminister Heinrich Hellwege unterhielt, der ebenfalls zur moralischen Aufrüstung gehörte. Kraft traf Hellwege 1955 in Hamburg, hatte vorher von H. C. Hansen grünes Licht bekommen. Hansen sollte – so

Dänisches Junktim

der Auftrag des Folketings – deutlich machen, »daß als Voraussetzung für die dänische Zustimmung zur Aufnahme der Bundesrepublik in das demokratische System betrachtet werden muß, daß man von westdeutscher Seite Demokratie gegenüber der dänischen Minderheit praktiziert«. Eine Art von Gegenseitigkeit, Junktim, zwischen Ja zur NATO und Rechten für die dänische Minderheit. Vor diesem Hintergrund kam es zum Pariser Korridorgespräch zwischen H. C. Hansen und Konrad Adenauer (1876-1967), der

als Beobachter teilgenommen hatte. Adenauer äußerte Gesprächsbereitschaft in der Sperrklausel-Frage und erklärte anschließend vor Journalisten, er werde sich gemeinsam mit dem neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel für eine Lösung einsetzen.

In der nüchternen Sprache eines amtlichen Protokolls hieß es: »15.15 Uhr. Sitzung des NATO-Rats unter Hinzuziehung von deutschen Beobachtern. Einstimmiger Beschluß, die Bundesrepublik in die NATO einzuladen. Der Beschluß ist in den einzelnen Mitgliedsstaaten ratifizierungsbedürftig.«

Adenauer dazu in seinen Erinnerungen: »Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, die Aufnahme des früheren Feindstaates in diese größte Verteidigungsorganisation der freien Völker, war ein Ereignis für uns Deutsche, das mich tief bewegte. Die Bundesregierung erkannte mit großer Dankbarkeit an, daß sämtliche Regierungen der Staaten des Nordatlantikkpaktes diesen Schritt vorbehaltlos vollzogen.«

Vorbehaltlos? Weltmann besuchte von Hassel, und Anfang 1955 gab von Hassel seinem Landesbevollmächtigten in Bonn Anweisung, Kanzleramtschef Globke mitzuteilen, die Kieler Regierung »habe positives Interesse an einer ruhigen Entwicklung im Grenzland«. Anfang Januar kam Rasner, der noch im Dezember 1954 im Bundestag eine von dänischer Seite kritisierte Rede gehalten hatte, nach Kopenhagen. Er war bis zu seiner ersten Wahl 1953 in den Bundestag stellv. Chefredakteur des »Flensburger Tageblatts« und brachte nun einen ersten Entwurf für eine deutsch-dänische Minderheitenerklärung mit. Rasner unterzeichnete, er habe kein Mandat des Bonner Auswärtigen Amtes, das sich bedeckt halten wolle, bis Gewißheit über die Chancen für eine deutsch-dänische Verständigung bestehe. Rasner, sein konservativer Folketingskollege, Bøgholm, ebenfalls Redakteur, und Weltmann nahmen noch gewisse Änderungen vor, doch am 15. Januar konnte Bøgholm, der H. C. Hansen und andere dänische Spitzenpolitiker vertraulich informiert hatte, Rasner inoffiziell mitteilen, Dänemark sei jetzt zu konkreten deutsch-dänischen Verhandlungen bereit. Daß Rasner großen Anteil am Zustandekommen hatte, bescheinigte ihm später auch der dänische Verhandlungsführer, Nils Svenningens, Departementchef des dänischen Außenministeriums. Der Historiker Viggo Sjøqvist bemerkt in seinem kürzlich erschienenen Svenningens-Porträt, Rasner sei im Auftrage Adenauers als Vermittler (»udsending«) nach Kopenhagen gekommen und habe mehrere Vorschläge zu einer Lösung mitgebracht – u.a. auch die Idee zweier einseitiger, unabhängiger Erklärungen über die Minderheiten-Rechte; das Ei des Kolumbus! Der spätere parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion starb 51jährig 1971 in Flensburg.

Bonn und Kopenhagen hatten gemeinsame außenpolitische Interessen: von Hassel

hat zwar die völlige Einigkeit mit Adenauer unterstrichen, zugleich aber darauf hingewiesen, daß Bonn die Probleme »aus der Ferne nicht mit der Präzision und Tagesschärfe wie wir hier sah«; gemeint war die starke dänische Kultur-offensive noch mit grenzüberschreitenden Elementen. Mit anderen Worten: Adenauer wollte um jeden Preis den NATO-Beitritt der Bundesrepublik, sie hatte entscheidende internationale Bedeutung für Adenauer zu einem Zeitpunkt, da das Verhältnis zu den anderen Nachbarn (Frankreich, Holland und Belgien) noch im argen lag. Eine deutsch-dänische Lösung bahnte deshalb nicht nur den Weg für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, sondern brachte auch eine Aufwertung der Bundesrepublik gegenüber den anderen westlichen Ländern, konnte sie doch so beweisen, daß das neue Deutschland seine ehemaligen Gegner gut und demokratisch behandelte.

»Es fiel eine Apfelsine in den Turban von H. C. Hansen«, schrieb Paul Hammerich über die damalige Situation, in der sich das Gespann Hansen/Svenningens als Glücksfall für Dänemark erwies. Svenningens war während der Besatzungszeit nach dem 29. August 1943 als beamteter Leiter des Außenministeriums nicht unumstritten verantwortlich für die sog. Departementchef-Regierung, die mit Werner Best bis Kriegsende verhandelt hatte. 1953 war die V-K-Regierung Erik Erikssens mit dem konservativen Außenminister Ole Bjørn Kraft zurückgetreten und durch eine sozialdemokratische Minderheits-Regierung abgelöst worden. Das Verhältnis zwischen Kraft und Svenningens war belastet, weil Kraft September 1944 (vergeblich) den Rücktritt der Departementchef-Regierung Svenningens gefordert hatte. Hansen und Svenningens waren sofort auf gleicher Wellenlänge. Dem Aristokraten Svenningens imponierte der aus Århus stammende Typograph. Für Svenningens war Hansen ein Mann der Realitäten und »der erste Sozialdemokrat, der sich international für Dänemark Geltung verschaffte«. Hansen – ausgezeichnet deutsch sprechend, er hatte wie Hedtoft an einem Halbjahreskurs der thüringischen Volkshochschule Tinz teilgenommen – wußte als neuer Chef einer sozialdemokratischen Minderheits-Regierung (seit dem 1. 2.1955) um die innenpolitischen Gefahren: Hunderttausende – unter ihnen viele ehemalige Widerstandskämpfer – demonstrierten auf dem Schlossplatz vor Christiansborg gegen die deutsche Wiederbewaffnung. Und die Freunde in der SPD waren wegen der Hoffnung auf Wiedervereinigung gegen die deutsche NATO-Mitgliedschaft. Am 15. Dezember hatte der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer in der Bundestagsdebatte erklärt: »Das Kernstück der Pariser Verträge bildet die Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ... des Nordatlantikkpaktes.« Die SPD betonte immer wieder, »daß die Bundesrepublik nicht Mitglied der

NATO werden dürfe, weil das eine Provokation für Rußland bedeute, weil Sowjetrußland dann niemals mit uns den anderen Mächten über die Wiedervereinigung verhandeln würde«.

In einer Resolution warfen dänische Werftarbeiter den führenden Sozialdemokraten u.a. vor, »in Dänemark rasend zu kämpfen, um dem widerstrebenden westdeutschen Volk und seiner Jugend wieder Waffen in die Hände zu drücken«. Höchste Alarmstufe bei den dänischen Sozialdemokraten. SPD-Hauptvorsitzungsmitglied Heinrich Albertz, damals niedersächsischer Sozialminister, später Regierender Bürgermeister von Berlin, fragte bei den dänischen Genossen an, ob er auf einer Kopenhagener Veranstaltung dänischer Freunde gegen die deutsche Wiederbewaffnung sprechen dürfe. Der Generalsekretär der dänischen Sozialdemokratie, Oluf Carls-

H. C. Hansen und die SPD

son, schickte ihm am 9. November 1954 folgendes Telegramm, das in »Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv« in Kopenhagen zu finden ist: »Wird abgeraten – stop – genannte Kreise sind verschiedener Art und werden gegen die Partei ausgenutzt.« Zwei Tage später fügte er brieflich hinzu: »Wir wissen ja, daß die sozialdemokratischen Parteien in Europa nicht alle einig sind auf dem Gebiet, worum es sich hier dreht. Die dänische Sozialdemokratie ist für den Atlantik-Pakt und für die Lösung betreffend Westdeutschland, die jetzt zustande zu kommen scheint.«

Gleichzeitig gab es sehr enge Kontakte zwischen H.C. Hansen und der schleswig-holsteinischen SPD; so hatte Kiels OB Andreas Gayk Hedtoft schon 1952 eine gemeinsame Erklärung beider Parteien (»Frieden und Freundschaft auch an der Grenze«) vorgeschlagen. Für die Kontakte sorgte der langjährige Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag, Richard Hansen, der schon 1933 vor den Nazis nach Dänemark geflüchtet war und dort bis zur Besetzung enge Kontakte zur Sozialdemokratie knüpfte – zu Hedtoft und H. C. Hansen.

Dessen persönlichen Wunsch nach einem Treffen am 9. Februar 1955 in Kopenhagen lehnte H. C. Hansen ab; am 11. Februar schrieb Richard Hansen an Carlssohn über die Motive der Kieler SPD: »Selbstverständlich handelt es sich um eine ganz vertrauliche Angelegenheit zwischen uns und Euch, damit wir bei der endgültigen Entscheidung über die Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag wissen, ob wir mit Euch in dieser Frage übereinstimmen.« Die dänischen Genossen wurden auch darüber aufgeklärt, daß Kai-Uwe von Hassel »nicht aus der anständigen Familie von Hassel stammt«.

H. C. Hansen wußte, daß der Beschluß über den deutschen NATO-Beitritt Einstimmigkeit unter den Mitgliedsländern voraussetzte, weshalb Dänemarks Ratifizierung damals große Bedeutung hatte.

Was geschah 1955 vor dem 29. März?

Wirtschaftspolitiches Krisenpaket der Minderheits-Regierung H. C. Hansen wird mit 89:86-Stimmen verabschiedet – mit der Stimme des früheren Venstre-Finanzministers Thorkild Kristensen. Verbrauchsämpfender Eingriff war notwendig geworden; für 1955 wurde nach schlechter Ernte 1954 ein Defizit von 500 Millionen Kronen in der Leistungsbilanz befürchtet.

Frau eines Polizeimeisters kam beim Haarewischen durch Giftdämpfe ums Leben.

Meierei-Streik im ganzen Lande: 1.200 verweigern die Milchannahme.

Schwerer Wintersturm über Dänemark; Eisbrecher im Einsatz.

Parlamentarische Untersuchungskommission beendet ihre Arbeit: wegen des 9. April 1940 keine Reichsgerichtsanklage gegen einen dänischen Politiker.

Vor diesem Hintergrund hatte er am 9. Februar, also nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Staatsminister, Svenningsen ein Verhandlungsmandat, das einen Minderheitenvertrag ausschloß – aus Angst vor Einmischung in innere Angelegenheiten. Svenningsen hat »die glückliche deutsch-dänische Lösung als Ergebnis des persönlichen Einsatzes und klugen Mutes von Hansen« bezeichnet – »eines der bemerkenswertesten Ereignisse in dessen Zeit als Außenminister«. Dabei darf Svenningsens eigene Rolle nicht unterschätzt werden. Der spätere dänische Genralkonsul in Flensburg, Prof. Troels Fink, der an den Verhandlungen teilnahm, hat Svenningsens »überlegene Verhandlungsführung« in Kopenhagen gerühmt. Innerhalb von zwei Tagen standen die beiden Erklärungen in ihren Hauptzügen. Svenningsen kam dabei zugute, daß er, der ja mit der Besatzungsmacht um jedes (oft lebenswichtige) Komma hatte feilschen müssen, der deutschen Sprache so mächtig war, daß er, wenn die deutsche Delegationsmitglieder in der Übersetzung um ein geeignetes deutsches Wort rangen, ihnen zur Hilfe kam. Als man jedoch zu sehr ins Detail ging, soll Svenningsen laut Fink an den Grundsatz eines Prätors, eines hohen Justizbeamten im alten Rom, erinnert haben, wonach »Bagatellen nicht interessieren«.

So schnell und einfach, wie sich dies aus heutiger Sicht manchmal darstellt, ging es aber wahrlich nicht: die Verhandlungen begannen am 28. Februar in Kopenhagen – in der deutschen Delegation unter der Leitung von Botschafter a. D. W. Nöldecke vertrat der Leiter der Kieler Staatskanzlei, Dr. Kracht, die schleswig-holsteinische Landesregierung. Von Hassel hat sich nachdrücklich vor und hinter Kracht gestellt, doch als ehemaliger Nazi-Bürgermeister von Flensburg wurde seine Teilnahme auf dänischer Seite als »schwere Belastung« empfunden. Es gab zwar keinen Zusammenhang, aber die dänische Seite betrachtete als ganz besondere deutsche Geste, daß just in diesen Tagen der Bundeskanzler den ehemaligen Schiffahrtssachverständigen an der deutschen Gesandtschaft, Georg Ferdinand Duckwitz, als neuen deutschen Botschafter nach Kopen-

hagen schickte. Duckwitz wurde persönlich und herzlich von König Frederik IX. in Empfang genommen; Duckwitz hatte einen guten Ruf wie kein anderer Deutscher: Schließlich war er es gewesen, der den dänischen Behörden (via Hedtoft und H. C. Hansen) die rechtzeitige Warnung vor der Juden-Aktion übermittelt und so im Oktober 1943 zur Rettung der meisten dänischen Juden beigetragen hatte. Duckwitz nahm zwar nicht selbst an den Verhandlungen teil, aber hinter den Kulissen spielte er eine bedeutende Rolle – nicht nur atmosphärisch, denn er hatte beste persönliche Kontakte

Dänischer 3:1-Sieg

zum Staats- und Außenminister.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hatte als »Schlüssel« (so von Hassel) die Fünf-Prozent-Sperreklause, die Bonn ohne Kiel nicht abschaffen konnte. Die Landesregierung empfand auch aus innenpolitischen Gründen eine Verpflichtung gegenüber der deutschen Minderheit in Dänemark, forderte deshalb bei den Verhandlungen eine Gegenseitigkeit beim Geben und Nehmen. Nachdem Bonn auf einen eigentlichen deutsch-dänischen Minderheitenvertrag verzichtet hatte, was Dänemark bereits 1921 wegen Souveränität in inneren Angelegenheiten abgelehnt hatte (im Hinterkopf spukte der Artikel V des Prager Friedens) und auch die Kieler Forderung nach einer Loyalitätserklärung der dänischen Minderheit nicht durchzusetzen war (wie sie die deutsche Volksgruppe nach 1945 abgegeben hatte), konnten die Verhandlungen am 28. März 1955 in Bonn abgeschlossen werden, wobei Kracht vorübergehend mit seiner Abreise »gedroht« haben soll, jedoch am Verhandlungstisch blieb, weil er den in Südtirol urlaubenden von Hassel telefonisch nicht erreichen konnte.

Am 29. März unterzeichneten Adenauer und H. C. Hansen im Kanzleramt die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen. Sie waren zwar keine völkerrechtlichen Verträge, aber auf der Grundlage des Artikels 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention war die Entscheidung Aussage der im Wortlaut fast identischen Erklärungen, daß die Gesinnung der Mitglieder der deutschen und dänischen Minderheit »von Amts wegen nicht nachgeprüft werden darf«. Die »Magna Charta« des Grenzlandes war aus der Taufe gehoben. Zwar waren die Erklärungen »nur« eine Bestätigung allgemeiner demokratischer Bürgerrechte in beiden Ländern, aber beide Regierungen gaben zugleich politische Absichtserklärungen ab, die für die parlamentarische Annahme von größter Wichtigkeit waren. Kiel versprach, die Fünf-Prozent-Sperreklause zu beseitigen, die Examenrechte für die dänischen Minderheitenschulen einzuführen und die Schulzuschüsse auf 80 Prozent zu erhöhen. Auf dänischer Seite billigte man der deutschen Minderheit ebenfalls Examenrechte für ihre neu gegründeten Privatschulen zu. Die Forderung nach Beseitigung der Folgen aus der Rechtsabrechnung ebenso wie die Bildung eines Grenzlandausschusses, dem Vertreter der Mehr- und Minderheiten sowie der Regierungen angehören sollten, war von dänischer Seite abgelehnt worden. An die Abschaffung der Zwei-Prozent-Sperreklause dachte damals niemand; Hans Schmidt-

Oxbüll saß zu dem Zeitpunkt »sicher« im Folketing.

Beide Minderheiten waren nicht direkt an den Verhandlungen beteiligt. Sie standen zwar in ständigem Kontakt zu ihren »jeweiligen« Regierungen, aber ohne sie – so das Kalkül in den Hauptstädten – sei eine Lösung wohl leichter erreichbar, eine Haltung, die in beiden Minderheiten auf Kritik stieß – aber hinter den Kulissen!

Das Hamburger Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« bezeichnete das Ergebnis der Verhandlungen als dänischen 3:1-Sieg. Ob Sieg oder Unentschieden; nun ging es darum, die parlamentarischen Hürden zu nehmen – im Folketing um die Ratifizierung des Protokolls der Pariser Verträge und um den Beschluß, der vom Staats- und Außenminister abgegebenen Erklärung »über die allgemeinen Rechte für Personen, die zur deutschen Volksgruppe

tet des eifrig westeuropäisch eingestellten deutschen Kanzlers »es keine Beweise dafür gibt, daß sich die Psyche des deutschen Volkes und die deutsche Verwaltung von gestern wesentlich verändert haben«. Gegen Aksel Larsens Behauptung, eine wiederbewaffnete Bundesrepublik werde bald einen neuen Krieg starten, wandte sich der Staats- und Außenminister: »Wer behauptet, daß ... dies nur ein Fetzen Papier ist wie der traurige deutsch-dänische Nichtangriffspakt vor dem Zweiten Weltkrieg, der begehrt Unrecht, wenn er die heutigen Staatsmänner der Bundesrepublik mit denen des kriegswütigen Deutschlands identifiziert. Wir sollten nicht vergessen, was wir selbst erlebt haben, aber die richtigen Schlüsse aus der Vergangenheit ziehen. Für mich eine große Frage, ob wir es nicht versäumt haben, in den Jahren vor dem Krieg den



Späteres Treffen (1958) zwischen H. C. Hansen und den SPD-Führern Ollenhauer und Willy Brandt, der als Bundeskanzler in seinen Erinnerungen berichtet, daß noch Hansen-Vorgänger Hedtoft nach 1945 mit dem Gedanken liebäugelte, Flensburg in Dänemark einzugliedern. Es gab heftigen Streit um die Flensburger SPD. FOTO: Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv.

in Nordschleswig gehören«, zuzustimmen. Anti-deutsche Ressentiments spielten eine wichtige Rolle während der leidenschaftlich geführten Debatte, in der es oft zu heftigen Zusammenstößen zwischen H. C. Hansen und Kommunistenführer Aksel Larsen kam, der selbst längere Zeit in einem deutschen Konzentrationslager saß und dort schwer mißhandelt worden war. Larsen war damals Moskau-treues Sprachrohr und wußte um die innerparteilichen Probleme der Sozialdemokraten. Am 1. April 1955 waren nur 25 Prozent der sozialdemokratischen Wähler für die deutsche NATO-Mitgliedschaft, der Rest dagegen. In der Gesamtbevölkerung gab es mit 37:29-Prozent eine Mehrheit gegen die deutsche Wiederbewaffnung. Der sozialdemokratische Folketingsabgeordnete Frode Jakobsen war eine wichtige Stütze für H. C. Hansen. Jakobsen war einer der führenden Mitglieder der Widerstandsbewegung und nach 1945 Minister in der Befreiungs-Regierung. In der 1. Lesung wandte er sich »gegen den schlimmen Mißbrauch meiner toten Kameraden, die im Kampf für die Freiheit gefallen sind«. Jakobsen begründete sein Ja zur deutschen NATO-Mitgliedschaft mit diesen denkwürdigen Worten: »Ich habe selbst in den dunkelsten Stunden der deutschen Besatzung meines Landes nie gefühlt, daß wir gegen Deutschland kämpften. Unsere richtige Perspektive war, daß der Kampf gegen Hitler auch ein Kampf für die Befreiung Deutschlands war.« »Entspannung sei nur über eine deutsche Wiedervereinigung in Freiheit möglich«, so Jakobsen 1955! Der nordschleswigsche Venstre-Abgeordnete Jørgen Gram war für die Annahme, befürchtete aber, daß ungeach-

demokratischen Kräften in Deutschland genügend Unterstützung zu geben, so daß man die extremistischen Kräfte hätte verhindern können, die aus der Machtübernahme der Nazis resultierten. Durch das Angebot einer weitgehenden Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und durch ihre Aufnahme als gleichberechtigten Partner im demokratischen Kreis der Westmächte leisten wir den besten Beitrag, damit sich eine solche nationalsozialistische Katastrophe in Deutschland nicht mehr wiederholt.«

Die Forderung nach einer Volksabstimmung über den deutschen NATO-Beitritt lehnten Sozialdemokraten, Konservative und Venstre geschlossen ab. H. C. Hansen stand aber nicht nur innenpolitisch unter Druck: Er konnte die deutsche Karte international nicht überzeugen. Der NATO-Oberkom-

Die Angst vor dem neuen Deutschen Gymnasium

mandierende, US-General Gruenter, war am 26. Januar in Kopenhagen. Der Westen war sich einig, die Ratifizierung der Verträge so schnell wie möglich durchzuführen. Die Franzosen, den EVG-Vertrag gerade abgelehnt, hatten die Pariser Verträge schon im Dezember 1954 in der Nationalversammlung durchgebracht, und am 15. Januar hatte TASS eine amtliche Erklärung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage veröffentlicht: »Die Regierung der Sowjetunion erachtet es als notwendig, erneut die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Pariser Abkommen, welche die Remilitarisierung Westdeutschlands vorsehen, zu einer ernsthaften Komplizierung der gesamten Lage in Europa führen.« Und: »...Nordatlantikblock aggressive Gruppierung... eine Handlung,

die zur Verstärkung der Gefahr eines neuen Krieges in Europa führt.«

Die Minderheitenerklärungen waren nach Ansicht von Kommunisten-Führer Aksel Larsen (seine Frau stammte von der Insel Alsen) nur ein Versuch der Regierung, »sich bestmögliche Bedingungen für die Ratifizierung des deutschen NATO-Beitritts zu verschaffen«. Die Erklärungen für die deutsche Minderheit lehnte Larsen bei der 1. Lesung als »innerlich überflüssig« ab – ebenso wie die vorgeschlagene Änderung des Paragraphen 4 im dänischen Schulgesetz vom 12. Juli 1946/7. Juni 1952, wonach den deutschen Privatschulen in Nordschleswig die Examenrechte zuerkannt werden sollten. Während verglich er den Empfang, den Bonn dem Staats- und Außenminister am 29. März bereitet hatte, obwohl nur ein Beamter des Bundesgrenzschutzamtes vor dem Kanzleramt H. C. Hansen salutierte, hatte, mit dem Empfang, den Hitler 1941 dem damaligen Außenminister Erik Scavenius gegeben hatte, als dieser in Berlin für Dänemark den Antikomintern-Pakt unterschrieb.

Jørgen Gram: »Hoffe, daß sich der Geist, der Triebfeder der Bonn-Verhandlungen und der Erklärungen gewesen ist, nun in allen Beziehungen zwischen dem dänischen und dem deutschen Volk durchsetzt.«

Der Konservative Bogholm: »Wir haben mit Zufriedenheit neue Töne aus der deutschen Minderheit vernommen. Die Erklärungen sind als eine ausgestreckte Hand zu betrachten.« Der deutsche Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbüll betonte, erst die Fortschritte im Grenzland hätten die Gespräche zwischen den Regierungen ermöglicht. Er gab den Erklärungen seine »unvorbehaltene Zustimmung« unter Hinweis auf die europäische Menschenrechtskonvention und sagte, daß die bisherige Verweigerung von Examenrechten für die deutschen Privatschulen die Verhinderung eines »kontinuierlichen Unterrichts« dargestellt hätte. Schmidt-Oxbüll bedauerte, daß der Grenzlandausschuß nicht realisiert werden konnte, stellte aber abschließend fest, »daß nun ein glücklicher Status für beide Minderheiten zustande gebracht worden ist«. H. C. Hansen dankte Schmidt-Oxbüll für »seine besonnene Rede«. Ausgerechnet die Abgeordnete der Radikalen Venstre, Ingeborg Refslund-Thomsen, Tochter des berühmten Dänenführers H. P. Hansen, der 1920 eine dänische Abenteuerpolitik in der Flensburg-Frage verhindert hatte, und Ehefrau des gerade nach 1945 sich so liberal gegenüber der deutschen Minderheit verhaltenden Apenrader Amtmannes war, kritisierte die Examenrechte. Sie befürchtete, daß ein neues Deutsches Gymnasium einen »neuen Grenzkampf auslösen« würde. Sozialdemokrat Jens Bladt aus Guderup, der ebenso wie andere nordschleswigsche Abgeordnete vor 1920 die deutsche Schule besucht hatte, meinte dazu: »Es gibt welche, die wegen eines neuen Deutschen Gymnasiums besorgt sind, daß diese eine Bastion werden kann als Ausgangspunkt eines deutschen Vorstoßes gen Norden. Ich teile diese Auffassung nicht. Die nationale Überzeugung ist in der dänischen Bevölkerung tief verankert. Sie war nie und wird nie eine Handelsware. Der nationale und kulturelle Wettbewerb südlich und nördlich der Grenze geht weiter. Ich begrüße jeden Schritt auf dem Wege des Ver-

ständnisses mit Zufriedenheit, und ein solcher Schritt ist diese Lösung.«

H. C. Hansen sagte, »die Art und Weise, wie eine Minderheit behandelt wird, könne sehr wohl das Symbol, der künftigen Zusammenarbeit in der NATO sein.« »Sowohl die dänische Regierung als auch Bonn – im Einvernehmen mit der Landesregierung – haben

Don Juan Hansen und die Mutter Germania

mit den Erklärungen ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß alle in Frage kommenden Instanzen sich bestreben werden, die Rechte der Minderheiten zu achten und zu schützen. Die Regierung hofft, und glaubt, daß es ohne Kleinlichkeit gelingt, die Prinzipien im täglichen Leben des Grenzlandes zu verwirklichen, so daß die Minderheiten künftig beide Länder näher bringen werden und durch einen friedlichen Wettbewerb dazu beitragen, das Verständnis und den Respekt für beide Nationen und für ihre kulturellen Eigenarten zu vertiefen. Worauf es jetzt ankommt, ist die Durchführung dieser Grundsätze im Alltag. Mit anderen Worten: die richtige Gesinnung und den guten Willen der Behörden, nicht zuletzt bei den lokalen Behörden.«

Am 19. April 1955 wurde der deutsche NATO-Beitritt in zweiter und dritter Lesung mit 145:24-Stimmen ratifiziert. Dafür votierten Sozialdemokraten, Venstre, Konservative und Schmidt-Oxbüll, während Radikale und Kommunisten gemeinsam mit einigen Abgeordneten der Rechtsstaatspartei (in dieser Frage geteilt) dagegen stimmten. Ein Änderungsvorschlag des Radikalen Jørgen Jørgensen, Lejre, die Frage der deutschen NATO-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung klären zu lassen, wurde mit 135:28-Stimmen verworfen. Die Kopenhagener Minderheitenerklärung wurde am gleichen Tage in zweiter und dritter Lesung mit 156:9-Stimmen verabschiedet – also mit mehr Stimmen als für die deutsche NATO-Mitgliedschaft. Die Gegenstimmen kamen von den acht Kommunisten und der Radikalen Refslund-Thomsen. Ein Konservativer und zwei Radikale enthielten sich der Stimme. Aksel Larsen hatte noch versucht, in letzter Minute durch einen Änderungsantrag eine Entscheidung zu verhindern, was H. C. Hansen sofort ans Rednerpult brachte, der dem Kommunisten vorwarf, »sich wie ein nationaler Ritter im Namen der nordschleswigschen Bevölkerung aufzuspielen«. Larsens Antrag wurde mit 158:8 abgewiesen – Schmidt-Oxbüll enthielt sich der Stimme. Der Deutsche Bundestag hatte bereits am 26./27. Februar das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes und den geänderten Deutschlandvertrag mit 342:151-Stimmen und den NATO-Beitritt mit 314:157-Stimmen ratifiziert; die SPD stimmte bei allen Verträgen mit Nein. In Kraft traten sie am 5. Mai, nachdem alle Mitgliedsstaaten die Ratifizierungsurkunden hinterlegt hatten. Auf der NATO-Ratssitzung am 9. Mai 1955 erklärte H. C. Hansen an Adenauer gewandt: »Wir haben heute in unserer Mitte einen der hervorragenden Baumeister der neuen deutschen Demokratie. Die Bande zwischen der Bundesrepublik und der westlichen Welt sind nun formell besiegelt.« Die angekündigte (und am 23. Mai erfolgte) Kieler Aufhebung der

Fünf-Prozent-Sperreklause für die dänische Minderheit nannte er »ein ermutigendes Beispiel für den Geist gegenseitigen guten Willens und Vertrauens, in dem wir heute einen historischen Meilenstein auf dem Wege zu größerer Sicherheit passieren«. Die Erklärung »der Regierung der Bundesrepublik über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit« wurde erst am 6. Juli 1955 vom Deutschen Bundestag verabschiedet – aber einstimmig! Staatssekretär Dr. Hallstein sagte als Vertreter des Außenministers: »Die Bundesregierung ist sich darüber im klaren, daß das Ergebnis noch nicht die Lösung sämtlicher Minderheitenprobleme bedeutet. Sie ist aber davon überzeugt, daß die in wesentlichen Fragen der Minderheiten erzielte Übereinstimmung die Verhältnisse südlich und nördlich der Grenze im Sinne des Ausgleichs und der Verständigung günstig beeinflussen wird. Ich bitte das Hohe Haus, die Erklärung der Bundesregierung zu billigen.« Beifall der Regierungsparteien; das Protokoll vermerkt aber folgenden Zwischenruf des SPD-Abgeordneten Herbert Wehner am Ende der Hallstein-Rede: »Und dem Geiste nach durchzuführen.«

Bei einem Heimatfest in Hjørring war H. C. Hansen als Don Juan in Mozarts Oper eingesprungen und hatte ein bravoursöses Duett mit einer königlichen Opernsängerin gesungen, worauf er in der kommunistischen Tageszeitung »Land og Folk« in einer Karikatur als »Don Juan in den Klauen der Mutter Germania« dargestellt wurde, doch er hatte auf der ganzen Linie gesiegt und hohe dänische Staatsmanns-Kunst bewiesen.

Mit fast prophetischer Gabe sagte Hansen, der erst 1958 das Amt des Außenministers an J. O. Krag abgab, 1960 nur 51-jährig starb, aber als einer der großen sozialdemokratischen Führer in die dänische Geschichte eingegangen ist, bei der Folketingsdebatte über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen:

»Was erreicht worden ist, das ist ja keine vollständige und durchgreifende Lösung aller Probleme des Grenzlandes. Wir sind uns aber darüber einig, daß wir ein Stück praktischer europäischer Verständigungspolitik geleistet haben.«

Dies ist heute von allen Seiten anerkannt. Der konservative Staatsminister Poul Schlüter erklärte am 10. August 1990 in einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage des sozialdemokratischen Folketingsabgeordneten Svend Taanquist, Norburg, der wissen wollte, ob die europäische Entwicklung und die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten Konsequenzen für die dänische Minderheit und für die deutsche Volksgruppe haben könne, u.a.: »Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Artikels 23 im Bonner Grundgesetz bedeutet, daß die bisherigen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik bestehen bleiben. Die Bundesregierung hat zum Ausdruck gebracht, daß man mit der Bonner Erklärung eine völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen ist, die vom Bundestag bestätigt worden ist, und die nur nach Absprache mit Dänemark geändert oder aufgehoben werden kann. Der völkerrechtliche Status der Bonn-Kopenhagener Erklärungen hat sich durch die deutsche Wiedervereinigung nicht geändert.«

S. MATLOK

Schweigsam wie Graf Moltke – ein düsterer Beginn

Wie die Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen 1955 in Kopenhagen abliefen / Auszug aus dem Buch »Disteln am Wege« von Ernst Siegfried Hansen

Der Zufall, daß der alte deutsche Botschafter Dr. Wilhelm Nöldeke an der Jahreswende 1954/55 Kopenhagen verließ und der neue sein Beglaubigungsschreiben erst am 28. Februar 1955 überreichen konnte, führte zu dem schwierigen Auftrag an den Geschäftsträger, die heraufziehenden deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen diplomatisch vorzubereiten. Geschäftsträger war Botschaftsrat Dr. Carl von Holten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme seine Laufbahn als Diplomat für 13 Jahre unterbrechen müssen, eine Zeit, die er in Schweden verbracht hatte. Eine tiefgehende Kenntnis nordischer Atmosphäre und Mentalität, Gewandtheit im Gebrauch der Sprache des Landes, eine konzessionslose Objektivität in der Beurteilung von Menschen und Dingen, nicht am wenigsten schließlich seine gesellschaftliche Stellung in der dänischen Hauptstadt schufen die besten Voraussetzungen für die Erfüllung des Auftrages. (...)

Konnte das Gespräch auf ein Abkommen abzielen? Die dänische Publizistik hielt unerschütterlich an dem Standpunkt fest, daß ein Abkommen nicht in Frage kommen könne. Im Anschluß an die Regierungserklärung Kai-Uwe von Hassels am 8. November 1954 hatte Präsident a. D. Holger Andersen, Vorsitzender des dänischen Grenzvereins, diesen Standpunkt dahin präzisiert, seit den vergeblichen Verhandlungen des Kabinetts Frijs-Frijsenborg mit Bismarck 1867/68 über die Durchführung des Artikels V des Prager Friedens sei es »ein fundamentales Prinzip« der dänischen Außenpolitik, sich nicht auf Verhandlungen über ein zwischenstaatliches Abkommen einzulassen, das einer deutschen Regierung vertragliche Möglichkeiten geben könne, sich in innerdänische Angelegenheiten einzumischen. Alle deutschen Gegenargumente, die seit Jahr und Tag vorgebracht wurden, waren also abgeprallt. (...)

Am 11. November 1954 erhob Hassel in einer Stellungnahme zu den ablehnenden dänischen Stimmen der Deutschen Presse-Agentur gegenüber die Frage, was seine Regierungserklärung denn zu dieser Frage beinhalte. Sie bemüht sich um den Nachweis, daß die Fünf-Prozent-Klausel nicht isoliert, sondern nur im Zusammenhang mit einer Reihe ungeklärter Fragen betrachtet werden könne. Aus der Erklärung im Ministerrat der NATO müsse man schließen, daß auch Dänemark eine Vereinbarung wünsche. (...)

Ein Minderheitenabkommen wurde von Dänemark grundsätzlich abgelehnt, war aber andererseits für Schleswig-Holstein keine conditione sine qua non, vorausgesetzt, daß es zu einer anderweitigen umfassenden Regelung komme. (...)

Man wird hier einschalten müssen, daß es ein Leichtes gewesen wäre, die von dänischer Seite erhobene Forderung nach Aufhebung der Fünf-Prozent-Klausel nicht einmal, sondern mehrfach aufzuwiegen, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die Umstände der Rechtsabrechnung und deren immer noch wirksame Folgen zum Gegenstand der offiziellen Erörterung bei den erwarteten deutsch-däni-

schen Minderheitenverhandlungen zu machen.

Dänemark betrachtet diese Fragen jedoch als Glied eines innerdänischen Vorganges, der mit dem Status der deutschen Nordschleswiger als nationale Minderheit nichts zu tun hat, und beruft sich dabei auf die Tatsache, daß im Rahmen der Rechtsabrechnung nur für das ganze Land geltende Gesetze erlassen worden sind. Ohne »unter der Hand« die Überzeugung gewonnen zu haben, daß diese Auffassung von deutscher Seite bei Minderheitenverhandlungen respektiert werden würde, hätte Dänemark sich schwerlich auf ein zwischenstaatliches Gespräch eingelassen.

Die »Unter-der-Hand« Klärung dieser Angelegenheit dürfte vorwiegend durch die Kontakte des Flensburger Bundestagsabgeordneten und Geschäftsführers der CDU-Bundestagsfraktion Will Rasner erfolgt sein. (...)

Wenn also der Rechtsabrechnungskomplex ausgeklammert werden mußte, so gab es dennoch nördlich der Grenze eine Klauselfrage in Schleswig-Holstein aufwiegende Sperrbestimmung: Die gegen die deutsche Minderheit in Nordschleswig gerichtete Examensklausel. Es ist noch sehr die Frage, was für eine nationale Minderheit, auf lange Sicht gesehen, lebenswichtiger ist, der Zugang zu einer parlamentarischen Vertretung oder die Möglichkeit der Durchführung eines kontinuierlichen, die höhere Schule mit einbeziehenden eigenen Schulwesens. Zumindest dürften diese beiden Interessen, zumal unter den sprachlichen Bedingungen des schleswigschen Grenzlandes, gleichwertig sein. (...)

Von deutscher Seite konnte es sich nur prinzipiell um die Aufhebung der Examensklausel handeln, gleichgültig, ob für die Mittelschulexamen, mittlere Reife oder Abitur, und ohne Hinblick darauf, ob das deutsche Schulwesen in Nordschleswig für den Augenblick mehr in Anspruch nahm, als das Examenrecht für Mittelschulen.

So etwa stellte die Lage sich, von Kopenhagen gesehen, in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 dar. Abgesehen von der maßgeblichen Beteiligung der liberalen Venstre-Partei an der Entwicklung, die zur Folge gehabt hatte, daß die Problematik auf zwischenstaatliche Ebene hinaufgehoben worden war, konnte man aber ein starkes konservatives Drängen auf die Kontaktaufnahme mit Bonn beobachten. (...)

Es gelang Rasner, einen Faden von führenden CDU-Politikern in Bonn über den Folketingsabgeordneten Karl Bøgholm zu führenden konservativen Politikern in Kopenhagen zu ziehen, was sich auch darin ausdrückte, daß er in der ersten Hälfte des Monats Januar 1955 selbst eine Reise nach Kopenhagen unternahm. Das Neue daran war die Verbindung zwischen zwei bürgerlichen Parteien, denn daß die beiden sozialdemokratischen Parteien enge Verbindungen miteinander unterhalten, ist nicht neu.

Noch wichtiger aber dürfte die durch Rasner stark beeinflusste Klärung gewisser Begriffe auf inoffizieller Grundlage gewesen sein. Es handelt sich hier um das Verhältnis des deutschen Wunsches nach einer ausdrücklichen Anerkennung der Grenze zu dem Festhalten Dänemarks an seiner eigenen Auslegung des Prinzips des Selbstbe-



Will Rasner, Flensburg, ab 1953 CDU-Bundestagsabgeordneter; von 1955 bis zum Tod 1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

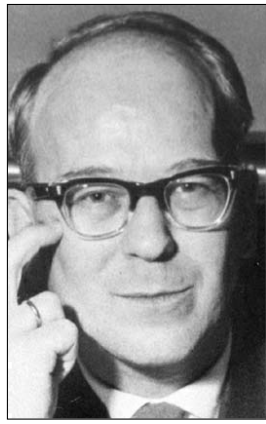
stimmungsrechts.

Deutschland mußte an der ausdrücklichen Anerkennung der deutsch-dänischen Grenze von 1920 durch Dänemark genau so interessiert sein, wie Dänemark in der Zwischenkriegszeit an der ausdrücklichen Anerkennung dieser Grenze mit Deutschland gewesen war. Die Umkehrung der vollen und kulturellen Offensiv-Richtung kommt darin zum Ausdruck. Wie es aber in der Zwischenkriegszeit aus stimmungsmaßiger Gründen in Berlin nicht ratsam erschienen war, diesen Schritt in aller Form zu tun, so jetzt in Kopenhagen. Was nicht ausschließt, daß weder in der einen noch in der anderen Hauptstadt an eine Antastung der Grenze zu denken war und ist. (...)

Dialektisch hoch begabt, war Rasner sicherlich derjenige unter den Beteiligten, der zuerst und klar erkannte, daß es nur den Weg gab, diese beiden einander bedingenden Forderungen auszuklammern, und daß es bei Verzicht auf ein Minderheitenabkommen vom deutschen Standpunkt aus darauf ankam, ein verträgliches Ergebnis zu erzielen, das für die dänische Regierung akzeptabel war. Die Lösung lag in parallelen Grundsatzklärungen, die nicht formell, aber praktisch voneinander abhängig waren: Reziproke Willenskundgebungen der beiden Regierungen aufgrund zwischenstaatlicher Absprache unter Zugrundelegung der bestehenden dänischen Grenze. Es ist klar, daß hier der Drehpunkt der Gespräche sein mußte.

In politischen Kreisen der dänischen Hauptstadt erwartete man in der zweiten Hälfte des Monats Januar 1955 von Tag zu Tag den Eingang der bundesdeutschen Einladung. Am 2. Februar 1955 konnte sie von dem Geschäftsträger der Deutschen Botschaft, Botschaftsrat Dr. von Holten, überreicht werden. Sie hatte, abgesehen von den Einleitungs- und Schlußformeln, folgenden Wortlaut, der auch in der dänischen Presse veröffentlicht wurde:

»Die Bundesregierung hat die Auswirkungen des Landeswahlgesetzes in Schleswig-Holstein aufmerksam verfolgt. Anlässlich der Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD betr. Nationales Minderheitenrecht hat sie in der 58. Sitzung des Deutschen Bundestags am 8. Dezember 1954 den Wunsch ausgesprochen, daß es der Landesregierung von Schleswig-Holstein gelingen möge, eine alle Teile zufriedenstellende Lösung der Frage einer parlamentarischen Vertretung der dänischen Minderheit zu finden.



Ernst Siegfried Hansen, November 1945 bis Juni 1953 Chefredakteur des Nordschleswigers; danach bis zum Tod 1980 Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur in Kopenhagen

Die Bemühungen der Landesregierung, in Beratungen mit Vertretern der dänischen Minderheit zu einer vorläufigen Regelung dieser Frage zu kommen, haben bisher zu einem Erfolg nicht geführt. Andererseits hat der Königlich Dänische Außenminister, Herr H. C. Hansen, auf der NATO-Ratstagung am 22. Oktober 1954 die dänischen Gesichtspunkte in der Südschleswig-Frage vorgetragen und die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf diese Frage gelenkt.

Die Bundesregierung glaubt aber, der Königlich Dänischen Regierung vorschlagen zu sollen zu prüfen, ob die Probleme der nationalen Minderheiten beiderseits der Grenze der Bundesrepublik Deutschland und des Königreiches Dänemark den Gegenstand zwischenstaatlicher Besprechungen mit dem Ziel bilden sollten, die Rechte der Minderheiten in geeigneter, noch zu vereinbarenden Weise festzustellen.

In dem Bestreben, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark weiter zu vertiefen, hält die Bundesregierung solche Verhandlungen für nützlich und würde es besonders begrüßen, wenn sie bereits in naher Zukunft aufgenommen werden könnten. (...)

Die dänische Antwortnote enthielt nur einen allgemeinen Hinweis auf die »wohlbekannten grundsätzlichen Gesichtspunkte«. H. C. Hansen ließ am 8. Februar 1955 – nach einstimmigem Beschluß im Außenpolitischen Ausschuß – Botschaftsrat Dr. von Holten zu sich rufen und überreichte ihm die Note, die folgenden Wortlaut hatte:

»Der Vorschlag der Bundesregierung ist einer sorgfältigen Prüfung durch die Königlich Dänische Regierung und die übrigen zuständigen hiesigen Instanzen unterzogen worden. Anlässlich dieser Prüfung sind die auch der Bundesregierung wohlbekannten dänischen grundsätzlichen Gesichtspunkte in bezug auf eine Klärung der Rechte der Minderheiten unter Hervorhebung ihrer entscheidenden Bedeutung wieder einmal zum Ausdruck gebracht worden. Sowohl die Regierung als auch die im Außenpolitischen Ausschuß des Folketings vertretenen Parteien begrüßen mit Genugtuung die von der Bundesregierung in dieser Angelegenheit ergriffene Initiative.

Im Einvernehmen mit den obengenannten politischen Parteien tritt die Königlich Dänische Regierung dem Vorschlag der Bundesregierung unter Bezugnahme auf die oben

erwähnten grundsätzlichen Gesichtspunkte bei.

Indem hinzugefügt wird, daß die Königlich Dänische Regierung auch ihrerseits bemüht bleibt, das gute nachbarliche Verhältnis zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern, erklärt sie sich damit einverstanden, daß die vorgeschlagenen Verhandlungen bereits in naher Zukunft aufgenommen werden.«

Damit waren die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen eine beschlossene Sache, und die beiden Regierungen benannten folgende Delegationen:

Deutsche Delegation:

Dr. Wilhelm Nöldeke, Botschafter a. D., Vorsitzender, Bonn; Dr. Dr. Ernst Kracht, Ministerialdirektor, Kiel; Dr. Josef Mühlhölzer, Vortragender Legationsrat, Bonn; Dr. Wilhelm Holz, Referent im Auswärtigen Amt, Bonn.

Dänische Delegation:

Nils Svenningsen, Botschafter, Direktor des dänischen Außenministeriums, Kopenhagen; Frants Hvass, Botschafter, Bonn; Hans Jacob Hansen, Ministerialdirektor, Kopenhagen; Prof. Dr. Troels Fink, Berater des dänischen Außenministeriums für schleswigsche Angelegenheiten, Århus; John Knox, Legationsrat, Kopenhagen; Ole Bjerring, Sekretär im dänischen Außenministerium, Kopenhagen. (...)

Die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen begannen am 28. Februar 1955 in Kopenhagen hinter den verschlossenen Türen des dänischen Außenministeriums. Die erste Sitzung am Vormittag dauerte nur zwei Stunden.

15 Minuten später fuhr bei strahlender Wintersonne eine Staatskarosse vor der Deutschen Botschaft in der Bredgade vor. Livrierte Diner in roten Mänteln öffneten die Tür der mit vier Pferden bespannten Staatskarosse und verneigten sich vor dem neuen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, Georg Ferdinand Duckwitz. Vor dem Repräsentationsflügel des Schlosses Christiansborg rührte die Königlich Leibgarde die Trommel, als der Botschafter eintraf, um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. (...)

Der Optimismus freilich, der sich an dem schönen Wintertage bei Beginn der Minderheitenverhandlungen und bei Überreichung des Beglaubigungsschreibens breit machen wollte, schen sich hinter der gepolsterten Ausschußtür in Christiansborg nicht zu rechtfertigen. Vielleicht hatte man sich auf dänischer Seite – trotz der andersartigen Aussage der Vorgeschichte – allzu sehr darauf eingestellt, eine Reihe von konkreten Fragen wenn auch zu beiden Seiten der Grenze, auszuhandeln? Darauf schien es hinzudeuten, daß die dänische Hauptstadtspresse am Morgen nach dem Beginn der Verhandlungen einhellig meldete, diese würden voraussichtlich »heute« zum Abschluß kommen. Und die dänischen Presseleute sahen eine Bestätigung darin, daß auch das offizielle Essen des Staats- und Außenministers für den Abend des zweiten Verhandlungstages angesetzt war.

Was aber hätte ein Ergebnis genützt, das zwar zu einer Bereinigung der Wahlklausel einerseits und der Examensklausel andererseits führte, aber die grundsätzlichen deutschen Anliegen unberücksichtigt ließ und deshalb zumindest in

Schleswig-Holstein auf steifen politischen Gegenwind gestoßen wäre?

Wäre etwa der Zweck dieser Begegnung erreicht gewesen, wenn statt der erstrebten Befriedung des Grenzlandes sich neue Spannungen und neue Unruhen ergeben hätten?

Es lag im deutschen, aber auch im wohlverstandenen dänischen Interesse, Komplikationen dieser Art zu vermeiden. Zu dem Ergebnis mußten alle Beteiligten ja sagen können. Unter dieser Voraussetzung – das war der Eindruck, den man bekam –, waren die deutschen Delegierten bereit, auch über die Fünf-Prozent-Klausel mit sich reden zu lassen.

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, daß die deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen am 28. Februar, 1. März und 2. März 1955 an der Klippe zu scheitern drohten, daß die dänische Delegation sich nicht vorstellen konnte, über die Regelung konkreter Fragen hinauszugehen und der Abgabe paralleler Grundsatzklärungen zuzustimmen. Die deutsche Delegation – ein gut zusammenarbeitendes Team – hielt jedoch daran fest. Aber es erforderte unter unter den obwaltenden Umständen eine bewundernswerte Festigkeit. Es lag in der Natur der Sache, daß Ministerialdirektor Dr. Dr. Kracht, der die Interessen Schleswig-Holsteins vertrat, als der Mann dastand, der den Schwarzen Peter unter keinen Umständen annehmen wollte, und das Spiel machte keinem der Beteiligten Freude.

Die deutschen Delegierten wohnten im Hotel Codan. Sie standen dem Grafen Moltke an Schweigsamkeit nicht nach, aber ihre Gesichtszüge waren düster, und sie saßen dauernd in Beratungen. (...) Am 3. März aber ergab sich eine deutliche Wandlung, und am 4. März begrüßte mich Botschafter a. D. Dr. Nöldeke in der Hotelhalle mit dem heiteren Ausruf: »Sie sehen es unseren Gesichtern an, wie es steht!«

Ging man der Frage nach, wodurch diese Wandlung, die sich nur auf die parallelen Grundsatzklärungen beziehen konnte, eingetreten sein mochte, so kam man zu folgendem Schluß: Am Nachmittag des 3. März hatte Staats- und Außenminister H. C. Hansen erstmalig maßgeblich Politiker über den Stand der Minderheitenverhandlungen informiert, und offenbar waren sie bereit gewesen, den dänischen Diplomaten, die bis dahin eine gebundene Marschroute hatten, freie Hand zu geben, parallelen Grundsatzklärungen zuzustimmen, statt ohne Rücksicht auf die Interessen der deutschen Minderheit einseitig auf der Umwandlung der Kieler Erklärung in eine Bonner Erklärung zu bestehen, wie es vielleicht der unausgesprochene Gedanke gewesen war.

An dem 4. März schließlich, der Dr. Nöldeke zu dem frohen Ausruf veranlaßt hatte, trat der politische Einschlag noch deutlicher hervor. Nicht nur kamen erneut die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Parteien des dänischen Folketings zusammen, sondern sie hatten auch jeweils mehrere ihrer Fraktionskollegen mitgebracht, und mehr als einer der nordschleswigschen Parlamentarier verpaßte aus diesem Grunde den Blitzzug ab Kopenhagen um 17.10 Uhr, der eine reiche Fracht munterer Politiker nach Jütland zu bringen pflegte.

In Wirklichkeit stand das günstige Ergebnis der Minderheitenverhandlung zu diesem Zeitpunkt bereits fest. Das offizielle deutsche Essen am Abend des 4. März, die abschließende Sitzung am Vormittag des 5. März zur Formulierung der Presseverlautbarung und ein Drink um die Mittagszeit zum Abschied waren lediglich ein freundliches Nachspiel. »Es ist eine große Sache für den europäischen Gedanken«, erklärte H. C. Hansen am Tage nach dem Abschluß in Århus, »daß wir, uns haben treffen und durch Verhandlungen ein Ergebnis haben erzielen können.« (...)

Das Ergebnis der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen wurde einer breiten Öffentlichkeit erst nach der feierlichen Unterzeichnung in Bonn bekannt.

Die Empfehlungen der Delegationen an ihrer Regierungen hatten eine Kettenreaktion zur Folge:

1. Die parallelen Grundsatzklärungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten, als Bonner Erklärung bekannt, wurden nacheinander am 31. März 1955 von Schleswig-Holsteinischen Landtag durch einstimmigen Beschluß am 19. April 1955, vom dänischen Folketing mit 156 Stimmen gegen neun bei drei Stimmenthaltungen und am 6. Juni 1955 vom Deutschen Bundestag einstimmig gebilligt. (...)

2. Durch einstimmigen Beschluß des Schleswig-Holsteinischen Landtags vom 23. März 1955 wurde die dänische Minderheit von der Anwendung der fünf-Prozent-Klausel in § 3 des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes ausgenommen. (...)

3. Am 1. April 1955 brachte der dänische Unterrichtsminister Julius Bomholt im Folketing ein Gesetz ein, durch das § 4 des Schulgesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946 und des Änderungsgesetzes Nr. 214 vom 7. Juni 1952 aufgehoben werden sollte. Das Gesetz wurde am 16. Mai 1955 mit 154 gegen sieben bei einer Stimmenthaltung angenommen. Bei Beginn des neuen Schuljahres 1956 – nach den Sommerferien – wurde aufgrund dieser Aufhebung des Verbots gegen deutsche Examenschulen deutschen Mittelschulen in Nordschleswig das Examenrecht erteilt, und zwar auch für bereits eingerichtete Mittelschulklassen. (...)

Die Tatsache, daß vieles noch in der Schwebe blieb, ändert nichts an der grundlegenden Bedeutung der deutsch-dänischen Minderheitenverhandlungen. Sie schlossen die Periode deutsch-dänischer Beziehungen ab, die am 9. April 1940 begonnen hatte.

Der Schlußstrich wurde am 29. März 1955 in Bonn gezogen. Der deutsche Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und der dänische Staats- und Außenminister H. C. Hansen unterzeichneten in Gegenwart des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten von Hassel die parallelen Grundsatzklärungen, die in die Geschichte eingehen werden. (...)

Sie schufen den gleichen rechtlichen Status für beide Minderheiten, die für die Landesregierung eine Voraussetzung gewesen war.



Vorstufen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen

In den Jahren ohne Post- und Normalverkehr sowie ohne diplomatische Beziehungen zwischen Dänemark und Deutschland war die Anknüpfung neuer Verbindungen ebenso schwer wie notwendig. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die mit internationalem Zusammenwirken vertrauten sozialdemokratischen Parteien beider Länder.

Karl Raloff, Journalist und jüngster Reichstagsabgeordneter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, musste 1933 nach Dänemark und 1940 nach Schweden flüchten. Er wurde nach dem Krieg der erste Korrespondent der Deutschen Presse Agentur (dpa) für Dänemark und Norwegen. In seinem Buch »Ein bewegtes Leben« (1969) schildert er die damaligen Probleme, die es gewissermaßen als Vorstufe der Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu lösen galt.

Diesem Buch sind die nachstehenden Ausführungen entnommen.

Als dpa-Korrespondent war Raloff eine inoffizielle Anlaufstelle, über die sich erste Kontakte errichten ließen. Unter ihnen solche zwischen Danmarks Radio und dem späteren Leiter des NWDR-Hörfunks in Schleswig-Holstein, Thomas V. Adolph. Er war auf die Entschärfung der politischen Spannungen im Grenzland bedacht, ein Ziel, das auch der dänische Staatsminister Hans Hedtoft und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Bruno Diekmann ansteuerten. Letzterer hatte im September 1949 dem Landtag die Kieler Erklärung über die Stellung der dänischen Minderheit vorgelegt, die mit zwei Gegenstimmen gebilligt wurde.

Im Jahr danach hatte Hedtoft als Chef einer Minderheitsregierung den Mut, trotz der starken Aktivität grenzrevisionistischer dänischer Kreise, in deutscher Sprache im deutschen Rundfunk zu sprechen. Er sah jedoch auch nach dem Besuch einer Delegation



Karl Raloff im Gespräch mit dem späteren Bundesaußenminister Heinrich von Brentano. (Foto: Privatarchiv Dose)

der deutschen Minderheit bei ihm in Kopenhagen im Oktober 1949 keine politische Möglichkeit, eine ähnliche Erklärung vom Folketing billigen zu lassen.

Hedtoft hatte sich aber auf die Begegnung gründlich vorbereitet, ihren Inhalt in einem Protokoll festgehalten und nannte seine persönliche Erklärung »ein Notat«. Der Staatsminister äußerte sein großes persönliches Bedauern, denn er hätte gern – wie Diekmann – eine ähnliche Erklärung abgegeben, bat aber seine deutschen Freunde um Verständnis für seine Lage.

Als dpa-Korrespondent bemühte Raloff sich ebenso wie der Chefredakteur des »Nord-schleswiger«, Ernst Siegfried Hansen, der Bitte zu entsprechen. »Wir sagten Ja«, war der deutsche Tenor, die dänischen Überschriften lauteten »Hedtoft, Nein«. Sie konnten oder wollten nur Negatives hören. Während eines »privaten«

Aufenthaltes von Ministerpräsident Bruno Diekmann im Jahre 1950 in Kopenhagen wurde er von Hedtoft zu einem Meinungsaustausch eingeladen. Heute wissen wir: Ohne Kieler Erklärung und ohne das »Notat« hätte es keine Bonn-Kopenhagener Erklärungen gegeben.

Sechs Jahre später wurden die Bonner und Kopenhagener Erklärungen von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatsminister H. C. Hansen, dem Nachfolger des früh verstorbenen Hans Hedtoft, bestätigt. Es war aber das Werk Hedtofts, dem auf höchster Ebene zugestimmt wurde.

So weit auszugewiesen die Darlegungen von Karl Raloff. Nach der Gründung des ersten deutschen Generalkonsulates, das im Juni 1951 in eine Botschaft verwandelt wurde, übernahm Karl Raloff das Amt des Pressereferenten. Die Botschaft nahm seither an der Entwicklung im Grenzland lebhaften Anteil.

Johannes Dose

Nach seiner ersten Reise nach Hamburg, dem Reichsbanner, seiner Front um die Weir zu stärken, jüngsten R. ordneten st. das Ermäch. Seiner Verh. die Geheim (Gestapo) e. 1933 durch nach Dänemark Pseudon. lich warnte Schrift von R. land.

Am 16. April unter den schen Flücht. Schweden wuden. Die Öresund w. Eisgangs g. veranlasste Sozialdem. Pressedienst. Erich Alfri. Flucht zu v.

»Eine moralische Verpflichtung«

Verhandlungen im Vorfeld führten zu Aufhebung des Examensverbots / Deutsches Gymnasium für Nordschleswig startete 1959 / Jetzt Kor

Apenrade/Aabenraa

clk. Nach 1945 gab es für deutsche Nordschleswiger, die das Abitur machen wollten, keine Alternative, sie mussten auf eine dänische Schule gehen. Nachdem das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig 1959 mit zwei Klassen in gemieteten Räumen der Deutschen Privatschule Apenrade seine Arbeit aufgenommen hatte, gab es für Angehörige der deutschen Minderheit wiederum keine Wahl: man ging auf das deutsche Gymnasium.

Die Verhandlungen zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen hatten im Vorfeld dafür gesorgt, dass die deutschsprachigen Schulen wieder das Recht erhielten, Examina durchzuführen. Denn die dänische Seite wünschte die Aufhebung der Sperrklausel für

den Südschleswischen Wählerverband und die deutsche die Aufhebung des Examensverbots für deutsche Schulen in Nordschleswig von 1946. Der damalige Staatskanzleichef Ernst Kracht hatte den klaren Verhandlungsauftrag »Quidproquo«, wie Immo Doege in der Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum des Gymnasiums schrieb.

Damit war die Basis für ein Gymnasium mit Examensberechtigung gegeben. Eine Erhebung innerhalb der deutschen Minderheit hatte schon 1952 ergeben, dass es ein mehrere hunderte Kinder starkes Potenzial gab.

Heute steht das DGN, wie es abgekürzt heißt, in Konkurrenz mit den dänischen Gymnasien, der Besuch des DGN ist für deutsche Nordschleswiger keine reine Selbstverständlichkeit mehr. »Wir setzen auf

Qualität und unsere Schwerpunkte«, erläutert die Schulleiterin Ilse Friis. Diese sind die Zweisprachigkeit, die sehr guten Angebote im musisch-kreativen Bereich und die Einbindung moderner Technologie in den Unterricht, zum Beispiel durch die Laptop-Regelung. Die Argumente müssen überzeugen, denn seit 1999, als es 100 Schüler und Schülerinnen gab, ist die Zahl jetzt auf knapp 140 Gymnasiasten gestiegen. Ilse Friis ist seit 2000 Schulleiterin.

Die Schülerinnen und Schüler legen das dänische »Studenterexamen« ab und können eine Anerkennungsprüfung machen, die zum Studium in Deutschland berechtigt. Als Ilse Friis am DGB lernte, musste man noch einen Antrag mit Lebenslauf und Bild für die Anerkennung der dänischen Prüfung in Deutschland

einreichen, erinnert sie sich. Es gab die so genannte »Nostrifizierungsprüfung«. »Heute ist die Praxis der Anerkennung viel einfacher«, freut sich der ehemalige Direktor des Gymnasiums, Hans-Jürgen Nissen.

Nach Ansicht von Hans-Jürgen Nissen hätte es die Entwicklung im Grenzland auch ohne die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gegeben. »Die Erklärungen sind ein Einschnitt in eine Entwicklung, die sowieso gekommen wäre.

Sie sind aber ein wichtiges Dokument, gerade weil sie kein Rechtsdokument sind. Sie sind eine moralische Verpflichtung, und das ist wesentlich wichtiger«, erläutert er weiter.

Für Ilse Friis sind die Bonn-Kopenhagener Erklärungen die »Präambel unserer Arbeit. Sie sind nichts, was man tag-

täglich nutzt, aber kommen wie das Grundgesetz dann zum Einsatz, wenn man sie braucht.

Der Bekanntheitsgrad der Erklärungen gehe beim Durchschnittsbürger, dem man in der Fußgängerzone begegnet, gegen Null, meint Hans-Jürgen Nissen. Der Inhalt ist allenfalls, aber auch nicht immer, wie der Fall Norburg zeigt, den Politikern und Funktionären bekannt. Hier müsse sich die Minderheit fragen, was sie für einen besseren Bekanntheitsgrad tun könne. Allerdings sei dies immer heikel, wie die heftigen Diskussionen über zweisprachige Ortsschilder oder die Bildung der Region Sønderjylland/Schleswig zeige.

Das deutsche Gymnasium habe immer in nachbarschaftlich-kollegialer Zusammenarbeit mit dem dänischen Gym-

nasium gelebt. gen können sich Jürgen Nissen erinnern. Beide pflegen gute K. ren dänischen »leihen« bei Be. rer aus.

Die Examen dänischen Zent. es immer scho. für das DGN. das lange vor. pakt«, betont Il. Im Laufe der. deutsche Gym. dänische Trad. nommen wie z. Tragen der St. Das gab es in. noch nicht, so. Das Profil de. werde sich abe. gen wandeln. nicht wandeln. Prozent der. kommen aus

Wie wäre es nach 1955 im Grenzland Bonn-Kopenhagener Erklärungen weiter?

Der nordschleswigsche Historiker Jürgen Festersen spielt mit einer Vorstellung

Apenrade/Aabenraa

In diesem Jahr jährt sich mit dem Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärungen ein Ereignis zum 50. Mal, das nicht nur bedeutsam für das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit im deutsch-dänischen Grenzgebiet ist, sondern auch für Europa, was den allgemeinen Umgang mit Minderheiten betrifft.

Wie wäre aber der Verlauf der Geschichte gewesen, wenn es zu den Erklärungen im Jahre 1955 nicht gekommen wäre?

Dieses »was wäre gewesen wenn?« ist eine Frage, mit der sich Historiker selten beschäftigen. Die Geschichte stützt sich im Allgemeinen auf Fakten und Ereignisse, die geschehen sind und aus denen man Schlüsse ziehen kann. Alles

andere ist dann immer sehr spekulativ.

Was die Erklärungen betrifft, ist Tatsache, dass man in den Jahren 1954/55 in Kopenhagen sehr daran interessiert war, dass die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein wieder im Landtag repräsentiert ist, nachdem sie bei der Landtagswahl von 1954 nicht mehr die Fünf-Prozent-Sperrklausel überwunden hatte.

Der Bundesrepublik unter dem damaligen Bundeskanzler Adenauer war sehr daran gelegen, der Nato beizutreten. Ein Faktum, an dem auch die USA in den Zeiten des kalten Krieges sehr interessiert waren, da man so einen weiteren Alliierten gewinnen konnte.

Es gab aber in der damaligen Bundesrepublik viele Stimmen, besonders in der SPD, die gegen einen Beitritt

Westdeutschlands in die Nato waren. Man wünschte es den Österreichern gleichzutun, die es geschafft hatten, die Besatzungstruppen aus dem Land zu bekommen, nachdem sie sich verpflichtet hatten, niemals einem Verteidigungsbündnis beizutreten und neutral zu bleiben.

Dabei übersah man aber, dass die Bundesrepublik zu bedeutend war, um neutral bleiben zu können.

Hätten sich diese Stimmen für ein neutrales Deutschland durchgesetzt, wäre es zu den Erklärungen wohl erst später gekommen.

Aber nicht viel später. Mit dem Ungarnaufstand von 1956 hätten die USA sehr darauf gedrängt, dass es doch noch zu einem Beitritt gekommen wäre.

Auch in Dänemark gab es

Stimmen, die gegen eine Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik waren. Unter dem Eindruck des noch nicht lange zurückliegenden Zweiten Weltkrieges waren Radikale Venstre und Retsforbundet gegen einen Beitritt und traten dafür ein, diese Frage zum Gegenstand einer Volksabstimmung zu machen.

Hätten sich diese beiden Parteien mit dieser Forderung durchgesetzt und eine Mehrheit der Bevölkerung hätte sich gegen einen Nato-Beitritt Deutschlands ausgesprochen, dann wäre wiederum die Folge gewesen, dass die Erklärungen hätten auf sich warten lassen.

Denn Bedingung war, dass alle Nato-Länder, auch Dänemark, einstimmig für einen Beitritt der Bundesrepublik stimmen mussten.

Beim Nichtzustandekommen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen wäre das Paradox eingetreten, dass die deutsche Volksgruppe in Dänemark im Folketing vertreten gewesen wäre, die dänische Minderheit in Deutschland aber nicht im schleswig-holsteinischen Landtag. Sie wäre weiter an der Sperrgrenze gescheitert.

Das in den Erklärungen von 1955 festgelegte Verbot der Überprüfung der nationalen Gesinnung wäre nicht zustande gekommen, mit weitreichenden Folgen im Alltag der Menschen im Grenzland. Eine Überprüfung der Gesinnung wäre in vielen Fällen sicher nicht ausgeblieben. Von staatlicher oder kommunaler Seite her hätte man z. B. nachprüfen können, ob Eltern, die ein Kind in den deutschen Kindergarten oder die deut-

sche Schule s. wirklich »deuts

Ein Abitur aus schen Gymnas. schleswig hätte. sich warten la. denn mit der. von 1955 wur. schen Schulwe. schleswig erst. vorenthalte. zugestanden.

Die innere v. deutschen No. die sich vielfa. behandelt fühl. stimmt von e. eisigeren Klim. den. Die so ge. huszeit« wäre. Minderheit st. geblieben.

Das heißt, da. hen der Volks. hin das Gefü. hätte, nach den

Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom März 1955

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 29. März 1955
Ergebnisse der deutsch-dänischen Besprechungen

Das Auswärtige Amt gibt bekannt:

Die dänisch-deutschen Besprechungen über die Rechte der beiderseitigen Minderheiten haben zu folgenden Ergebnissen geführt:

- I.
 1. Die Bundesregierung legt dem Bundestag die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der dänischen Minderheit zur Billigung vor.
 2. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die im Bundeswahlgesetz vom 8. 7. 1953 (Bundesgesetzbl.

I S. 470) in § 9 Abs. 5 zu Gunsten der nationalen Minderheiten getroffene Regelung in das künftige Bundeswahlrecht übernommen wird.

3. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Bundesregierung davon unterrichtet, daß sie bereit ist:
 - a) darauf hinzuwirken, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Ausnahmebestimmung von der 5%-Klausel in § 3 des Schleswig-Holsteinischen Landeswahlgesetzes zu Gunsten der dänischen Minderheit baldmöglichst beschließt;
 - b) die Zuschüsse für die Schulen der dänischen Minderheit in Zukunft wieder auf 80% der laufenden persönlichen und sachlichen Aufwendungen für Schüler der öffentlichen Volksschulen im Lande Schleswig-Holstein zu bemessen;
 - c) gemäß Ziffer XI des Erlasses des Landesministers für Volksbildung vom 7. 3. 1950 über die Regelung des

Schulwesens der dänischen Minderheit auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der dänischen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

4. Die Bundesregierung gibt im Einvernehmen mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

- II.
 1. Die Dänische Regierung legt dem Folketing die beigefügte Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit zur Billigung vor.

2. Die Dänische Regierung wird darauf hinwirken, daß § 4 des Gesetzes Nr. 412 vom 12. Juli 1946, wie durch Gesetz Nr. 214 vom 7. Juni 1952 geändert, baldmöglichst aufgehoben wird. Die Dänische Regierung ist bereit, auf Antrag die Errichtung von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen der deutschen Minderheit mit der Möglichkeit anerkannter Examina unter der Voraussetzung der Angleichung dieser Schulen an das deutsche Schulwesen zu gewähren.

3. Die Dänische Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle beteiligten Stellen sich bemühen werden, die Rechte der Minderheit im Geiste der in Ziffer I genannten Erklärung zu achten und zu wahren.

Beim Abschluß der deutsch-dänischen Besprechungen haben der Herr Bundeskanzler und der Herr Ministerpräsident im Namen ihrer Regierungen nachfolgende Erklärungen abgegeben:

Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der deutsch-dänischen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark allgemein zu fördern und eingedenk der völkerrechtlichen Verpflichtung, welche die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Konvention für Menschenrechte hinsichtlich der Verpflichtung zur Nichtdiskriminierung nationaler Minderheiten (Artikel 14) übernommen hat, erklärt die Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Sinne der auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Grundsätze, auf welche die Schleswig-Holsteinische Landesregierung in ihrer Erklärung vom 26. 9. 1949 Bezug genommen hatte, folgendes:

- I.
 - Die Angehörigen der Minderheit genießen wie alle Staatsbürger die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 garantierten Rechte. Insbesondere haben sie im Rahmen des Grundgesetzes folgende Rechte:
 1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit
 2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
 3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
 4. das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit,
 5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
 6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
 7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
 8. die freie Gründung der politischen Parteien,
 9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung; bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes darf zwischen Angehörigen der dänischen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden,
 10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,
 11. das Recht, bei Verletzung von Rechten durch öffentliche Gewalt den Schutz der Gerichte anzurufen,
 12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem nie-

mand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden darf.

- II.
 - In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:
 1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
 2. Angehörige der dänischen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.
 - Der Gebrauch der dänischen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
 3. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, dürfen Angehörige der dänischen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern nicht unterschiedlich behandelt werden.
 4. Das besondere Interesse der dänischen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Dänemark zu pflegen, wird anerkannt.

- III.
 - Die Bundesregierung gibt zur Kenntnis, daß die Landesregierung Schleswig-Holstein ihr mitgeteilt hat:
 1. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der dänischen Minderheit zur Ausschußarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
 2. Die Landesregierung empfiehlt, daß die dänische Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
 3. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der dänischen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
 4. Im Lande Schleswig-Holstein können allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch solche mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten von der dänischen Minderheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden. In Schulen mit dänischer Unterrichtssprache ist ein zureichender Unterricht in deutscher Sprache zu erteilen. Eltern und Erziehungsbeauftragte können frei entscheiden, ob ihre Kinder Schulen mit dänischer Unterrichtssprache besuchen sollen.

Erklärung der Dänischen Regierung

In dem Wunsche, das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern und bezugnehmend auf Artikel 14 der Europäischen Konvention für Menschenrechte, gemäß welchem die durch diese Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten sichergestellt werden sollen ohne Diskriminierung bezüglich der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, erklärt die Königlich Dänische Regierung zur Bestätigung der für diese Minderheit bereits geltenden Rechtsgrundsätze – wie sie auch in der vom damaligen dänischen Ministerpräsidenten Hans Hedtoft an Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig am 27. Oktober 1949 abgegebenen Erklärung (dem sogenannten Kopenhagener Vermerk) niedergelegt sind – folgendes:

- I.
 - Nach dänischem Recht – dem Grundgesetz des Königreichs Dänemark vom 5. Juni 1953 und sonstiger Gesetzgebung – genießt jeder Staatsbürger und somit auch jeder Angehörige der deutschen Minderheit ohne Rücksicht auf die von ihm benutzte Sprache folgende Rechte und Freiheiten:
 1. Das Recht auf die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit,
 2. die Gleichheit vor dem Gesetz,
 3. die Glaubens- und Gewissensfreiheit,
 4. das Recht der freien Meinungsäußerung und die Pressefreiheit,
 5. die Versammlungs- und Vereinsfreiheit,
 6. das Recht, den Beruf und den Arbeitsplatz frei zu wählen,
 7. die Unverletzlichkeit der Wohnung,
 8. die freie Gründung der politischen Parteien,
 9. den gleichen Zugang zu dem öffentlichen Amt nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung, d. h. daß bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes zwischen Angehörigen der deutschen Minderheit und anderen Staatsbürgern kein Unterschied gemacht werden darf,
 10. das allgemeine, unmittelbare, gleiche, freie und geheime Wahlrecht, das auch für die Kommunalwahlen gilt,
 11. das Recht, den Schutz der Gerichte anzurufen,

wenn er sich durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten als verletzt ansieht,

12. das Recht auf gleiche Behandlung, nach dem niemand wegen seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Herkunft oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

- II.
 - In Ausführung dieser Rechtsgrundsätze wird hiermit festgestellt:
 1. Das Bekenntnis zum deutschen Volkstum und zur deutschen Kultur ist frei und darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.
 2. Angehörige der deutschen Minderheit und ihre Organisationen dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort und Schrift nicht behindert werden.
 - Der Gebrauch der deutschen Sprache vor den Gerichten und Verwaltungsbehörden bestimmt sich nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften.
 6. Bei Unterstützungen und sonstigen Leistungen aus öffentlichen Mitteln, über die im Rahmen des Ermessens entschieden wird, wird keine unterschiedliche Behandlung der Angehörigen der deutschen Minderheit gegenüber anderen Staatsbürgern stattfinden.
 8. Das besondere Interesse der deutschen Minderheit, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit Deutschland zu pflegen, wird anerkannt.
 4. Da das Verhältniswahlverfahren gemäß der Kommunalgesetzgebung bei der Einsetzung von Ausschüssen in den kommunalen Vertretungskörperschaften Anwendung findet, werden die Vertreter der deutschen Minderheit zur Ausschußarbeit im Verhältnis zu ihrer Anzahl herangezogen.
 5. Die Dänische Regierung empfiehlt, daß die deutsche Minderheit im Rahmen der jeweils geltenden Regeln für die Benutzung des Rundfunks angemessen berücksichtigt wird.
 7. Bei öffentlichen Bekanntmachungen sollen die Zeitungen der deutschen Minderheit angemessen berücksichtigt werden.
 3. Allgemeinbildende Schulen und Volkshochschulen (auch mit fachlicher Ausrichtung) sowie Kindergärten können von der deutschen Minderheit gemäß dem in Dänemark geltenden Grundsatz der Unterrichtsfreiheit nach Maßgabe der Gesetze errichtet werden.

Eigene Examensschulen und Aufhebung der Sondergesetze

Empfehlungen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Bundes deutscher Nordschleswiger in Tingleff am 26. Februar 1955 (sog. Tingleffer Empfehlungen)

1. Grundsatzerklärung:

Empfohlen wird eine Erklärung für beide Minderheiten im Sinne einer Festlegung der Grundsätze, so wie sie etwa in der Kieler Erklärung, die noch zu überarbeiten wäre, enthalten sind. Die Kieler Erklärung würde demnach für die dänische Minderheit auf die Ebene Bonn verlagert und durch eine entsprechende Kopenhagener Erklärung für die deutsche Minderheit ergänzt. Dabei ist ein formeller Vertrag denkbar, aber nicht unbedingt erforderlich, weil z.B. auch sich entsprechende Grundsatzklärungen, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Notenwechsel, ausreichend sein könnten.
2. Deutsch-dänischer Ausschuß:

Empfohlen wird die Schaffung eines deutsch-dänischen Gremiums, bestehend aus Vertretern der beteiligten Staaten und der Minderheiten, zur Klärung von Fragen, die das Leben der Minderheiten sowie die Stellung der einzelnen Minderheitenangehörigen betreffen bzw. beeinflussen. Das Gremium müßte die Möglichkeit haben, Vorschläge an die beteiligten Regierungen zu leiten.
3. Examensrecht:

Empfohlen wird die unbeschränkte Einräumung des Rechts auf Examensschulen für die Minderheiten unter den Bedingungen wie sie bis 1945 in Nordschleswig gegeben waren.
4. Abwicklung von Nachkriegsfragen:

Der Bund deutscher Nordschleswiger ist der Auffassung, daß eine Befreiung von den Nachwirkungen der Sondergesetzgebung des Jahres 1945 durch entsprechende dänische Maßnahmen ganz entscheidend für eine Befriedung und positive Entwicklung im Grenzland ist. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Wünsche hin, die von dem deutschen Abgeordneten im Folketing in seiner Programmrede vom 15. Oktober 1953 und in seiner Rede aus Anlaß der Debatte über den Schlußbericht der Parlamentarischen Kommission am 17. Februar 1955 der dänischen Regierung und dem Folketing vorgelegt worden sind.



Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatsminister H.C. Hansen auf dem Flughafen Köln-Wahn (heute Köln-Bonn): Die Maschine, mit der der dänische Regierungschef nach Deutschland flog, ist heute ein Museumsstück... (Foto: Bundesbildstelle, Bonn)

KULTURELLE VIELFALT

- DIE SICHERN WIR!

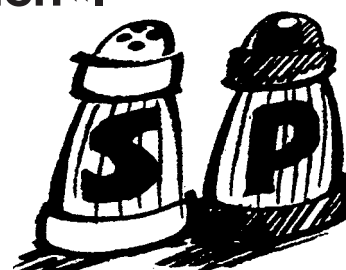


»Das Bekenntnis zur deutschen Minderheit und zur deutschen Kultur ist frei und darf nicht bestritten oder nachgeprüft werden«.

(BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN 1955)



www.nordschleswig.dk
www.schleswigsche-partei.dk



»Ein Meisterstück deutscher, dänischer und alliierter Nachkriegspolitik«

Nordschleswiger-Interview mit Minderheitenbeauftragter Renate Schnack und ihren Vorgängern Kurt Schulz und Thies Uwe von Leesen über die Bedeutung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen

Der Nordschleswiger: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 werden anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens so groß wie noch nie markiert – mit einem Festakt im Sonderburger Schloss in Anwesenheit des dänischen Staatsministers Anders Fogh Rasmussen und des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Teilen Sie den Eindruck, dass die beiden Minderheitenerklärungen erst in den letzten 20 Jahren verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt sind, während sie vorher allenfalls den Minderheiten bekannt waren?

Kurt Schulz: Schon in der Weimarer Reichsverfassung gab es einen Minderheitenartikel, und in der preußischen Schulverfassung von 1928 gab es einen Artikel über die dänischen Schulen. Zu erinnern ist auch an das Stauning-Wels-Abkommen vom November 1923, in dem auch von den kulturellen Rechten beider Minderheiten die Rede ist. Schon damals hat man also Minderheitenpolitik gemacht. Dann kam der Krieg dazwischen. Was nachblieb, war ein Volk auf der anderen Seite der Grenze, das besetzt gewesen war, und hier ein Volk, das den Krieg verloren hatte, mit einer Minderheit, die in der ersten Landtagswahl knapp 100.000 Stimmen erzielte, wozu auch ein Teil der Einheimischen und Flüchtlingsstimmen zählte. Die Dänen forderten im ersten ernannten Landtag die Abtretung des Landesteils Schleswig und als das nicht ging, ihn unter Verwaltung der Engländer zu stellen, und die zweite Forderung war: Flüchtlinge raus aus dem Landesteil Schleswig. In der Londoner Konferenz erhielten sie den Ratschlag der Engländer, sich mit Deutschland über die Grenze zu verständigen. Dann kam 1949 die Kieler Erklärung. Ministerpräsident Hermann Lüdemann hat sie angesprochen, sein Nachfolger Bruno Diekmann (beide SPD) hat sie unterzeichnet.

Renate Schnack: Die Inhalte der Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben in den letzten 20 Jahren auch international Fuß gefasst. Ihre Aspekte spiegeln sich in internationalen Konventionen wider. Vielleicht hätte es die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gar nicht gegeben, wenn es die Kieler Erklärung nicht gegeben hätte.

Schulz: Im Vorfeld der Bonn-Kopenhagener Erklärungen ging es zunächst darum, die dänische Minderheit bei Wahlen von der Fünf-Prozent-Klausel zu befreien, die sogar auf 7,5 Prozent heraufgesetzt worden war, weil sich die CDU-Regierung und die Minderheit zerstritten hatten. Dann gab es die Verhandlungen über den Nato-Beitritt der Bundesrepublik. Bundeskanz-



Renate Schnack, Kurt Schulz und Thies Uwe von Leesen (v. l.) im Nordschleswiger-Interview.

(Foto: Karin Riggelsen)

Renate Schnack (51; SPD) aus Braderup/Nordfriesland ist seit April 2000 Beauftragte der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin für nationale Minderheiten und Volksgruppen, Grenzlandarbeit und Niederdeutsch. Von 1990 bis 1998 gehörte sie dem Kreistag Nordfriesland an und war als Kreispräsidentin von 1994 bis 1998 erste deutsche Vorsitzende des 1997 gebildeten Regionalrates Sønderjylland-Schleswig.

Kurt Schulz (82; SPD), Eckernförde, war als Nachfolger von Kurt Hamer (SPD), der dieses Amt von November 1988 bis zu seinem Tod im Januar 1991 innehatte, und Vorgänger Schnacks von Mai 1991 bis März 2000 Beauftragter für Grenzland- und Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein. Von 1958 bis 1975 war Schulz Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags, von 1971 bis 1975 dessen Erster Vizepräsident.

Thies Uwe von Leesen (71; parteilos), Raisdorf (bei Kiel), war von Dezember 1972 bis Oktober 1988 Sonderbeauftragter für Minderheiten-, Grenzland- und Skandinavienfragen in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, Kiel. In Flensburg aufgewachsen, erwarb sich von Leesen umfassende minderheitenpolitische Kenntnisse von 1956 bis 1958 als Volontär und von 1960 bis 1965 als politischer Redakteur beim Nordschleswiger.

ler Konrad Adenauer konnte es sich nicht erlauben, den Nato-Partner Dänemark zu vergreifen, und er bestellte Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel zu sich, um das Problem zu lösen.

Thies Uwe von Leesen: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind in den 50 Jahren ihres Bestehens nie in Vergessenheit geraten. Sie spielten im Leben des Grenzlandes und zwischen Deutschland und Dänemark ständig eine große Rolle – nur sie wurden nicht täglich angesprochen, das ist richtig. Sie wurden in Feierstunden gewürdigt. Die Erklärungen haben zweifellos große Ein- und Auswirkungen auf die Volksgruppen. Dass die Bonn-Kopenhagener Erklärungen auf der Kieler Erklärung beruhen, ist meines Erachtens nicht ganz zutreffend. Es sind zwei völlig unterschiedliche Erklärungen. Die Kieler Erklärung war eine einseitige Erklärung der schleswig-holsteinischen Landesregierung und des Landtages zugunsten der dänischen Minderheit. Sie wurde in der bestimmten Erwartung abgegeben, dass die dänische Seite eine entsprechende Äußerung abgeben würde. Kurz darauf kam das Kopenhagener Notat über die Rechte der deutschen

Minderheit; damit war in etwa wieder das Gleichgewicht hergestellt. Ich sehe auch nicht, dass Adenauer in die Nato wollte; es waren vielmehr die Siegermächte. Diesen Hebel benutzte der dänische Staatsminister Hans Christian Hansen auf der Nato-Ratsversammlung im Oktober 1954 zu einem Gespräch mit Adenauer über die Minderheitenfragen in Schleswig-Holstein. Mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen wurde ein Gleichgewicht hergestellt; die Kieler Erklärung konnte damit zu den Akten gelegt werden. Auch der Landtag entschied, dass die Kieler Erklärung erledigt sei. Von Hassel achtete darauf, dass eine Gegenseitigkeit gewahrt blieb.

Regierungen müssen Willen kundtun, die Inhalte umzusetzen

Schnack: In der Kieler Erklärung spielt auch die friesische Bevölkerung eine Rolle. Das ist in den Bonn-Kopenhagener Erklärungen nicht der Fall. Das korrigiert Schleswig-Holstein mit seiner Minderheitenpolitik der letzten 15 bis 20 Jahre ...

Der Nordschleswiger: ... auch indem nicht allein die

dänische Minderheit, sondern auch die friesische Volksgruppe in Artikel 4 der Landesverfassung von 1990 genannt ist.

Schnack: Die Landesregierungen haben die Minderheitenpolitik auch aus den Erfahrungen der Bonn-Kopenhagener Erklärungen weiterentwickelt und auf die heutige Situation in Schleswig-Holstein auch mit Friesen und Roma und Sinti bezogen. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind wegen ihrer Parallelität und wegen ihrer Gegenseitigkeit von hoher Bedeutung. Die Regierungen müssen ihren Willen kundtun, die Inhalte umzusetzen. Die Erklärungen selbst fordern das nicht heraus. Wenn beide Regierungen das tun, dann funktioniert es auch. Das ist das Besondere: Bei den Erklärungen handelt es sich ja nicht um einen Staatsvertrag.

Von Leesen: Auch wenn man vielleicht anfangs lange nicht von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen gesprochen hat, ist inzwischen ein völliger Sinnes- und Bedeutungswandel im Minderheitenbegriff eingetreten. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gehen allein auf die nationalen Minderheiten, Deutsche und Dänen im schleswigischen Grenzland,

ein. Diese ursprüngliche Definition einer Minderheit gilt heute noch bei der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV), nach der eine Minderheit drei Voraussetzungen erfüllen muss: Eine Minderheit ist eine Gemeinschaft in Kultur, Sprache und Tradition, die außerhalb des Staates ihrer nationalen Gesinnung lebt; eine Volksgruppe hingegen ist eine Gemeinschaft in Kultur, Sprache und Tradition ohne Mutterland. Friesen, Sinti und Roma spielten in den Erklärungen also noch keine Rolle. Heute hat man den Begriff Minderheit völlig erweitert. Er steht zudem europaweit mehr im Blickpunkt, weil man heute alle möglichen Gruppierungen unter Minderheiten ein

Der Begriff Minderheit ist inzwischen völlig erweitert

geordnet. Das ist nicht abwertend gemeint!

Schnack: In den Bonn-Kopenhagener Erklärungen geht es um die nationalen Minderheiten.

Der Nordschleswiger: Welche Rolle spielten die Erklärungen denn in der täglichen Arbeit vor 20 Jahren?

dabei haben die Bonn-Kopenhagener Erklärungen eine Rolle gespielt – als Beispiel, dass man mit wenigen Rechtsprinzipien und wenigen Rechten klären kann, wie das Zusammenleben funktionieren soll.

Schulz: Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind immer die Grundlage unseres Handelns gewesen. Daran haben wir uns gehalten. Es ist so – wie Thies Uwe von Leesen richtig sagte –, dass Beschwerden irgendwelcher Art, dass wir gegen irgendetwas verstoßen hätten, nicht eingetreten sind. Die Grundlagen waren immer gegeben ...

Von Leesen: ... auch für alle Parteien im Lande!

Schulz: Ja, die Fraktionen der Parteien im Landtag haben in Minderheitsfragen stets zusammengearbeitet.

Der Nordschleswiger: Beruht diese bis heute gegebene Einmütigkeit der Fraktionen nicht auch auf den Minderheitenerklärungen?

Schulz: Sie beruht mit darauf, aber auch auf Einsicht und Vernunft ...

Von Leesen: ... und Verantwortung.

Schulz: ... und auf dem Prinzip »Über die Grenze hinweg«: Unsere Minderheit soll genauso behandelt werden wie die Minderheit hier im Lande. Das kommt ja auch in den beiderseitigen Erklärungen der damaligen Regierungschefs zum Ausdruck, die annähernd gleichlautend sind.

Schnack: Dass die Inhalte der Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen in den letzten Jahren bekannter geworden sind, liegt auch daran, dass sich die Minderheiten stärker mit ihnen beschäftigt haben, selbstbewusster geworden sind ...

Von Leesen: ... und Minderheitenfragen weltweit an Bedeutung gewonnen haben ...

Schnack: Natürlich!

Von Leesen: ... indem sie Selbstbewusstsein zeigen. Auf der einen Seite gibt es Aufstände und Totschlag, auf der anderen Seite gibt es Forderungen.

Schulz: Wenn Minderheitenfragen nicht vernünftig geregelt werden, können – wie auf dem Balkan – Kriege entstehen. Das sollte man unter allen Umständen vermeiden! Deswegen behandeln wir unsere Minderheiten wie es sich gehört, wie wir es auf beiden Seiten mit diesen Erklärungen vereinbart haben.

Schnack: Heute ist es durchaus üblich, dass die Minderheiten gucken und sagen: Worin bestehen unsere Rechte? Wir als Landesregierung schauen ins Rahmenüberkommen, wir gucken uns die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen an – und auch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Wir haben sie inso-

Englisch als neues regionales Produkt

Die Musterregion im Lichte der Globalisierung / Von Jørgen M. Clausen, Vorstandsvorsitzender Danfoss A/S

In diesen Tagen werden wir in dieser Region viel Lob hören über die Errungenschaften im Umgang mit einander, sowohl Mehrheit als auch Minderheit auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze. Wir sollten uns jedoch nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern gerade diese Vorreiterrolle zum Anstoß nehmen. Das Motto könnte lauten:

Wer aufhört besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.

Vor 50 Jahren hätte wohl kaum jemand gedacht, dass die Menschen im deutsch-dänischen Grenzgebiet heute als Musterregion für das Zusammenleben zwischen Mehrheits- und Minderheitenbevölkerung dastehen würde.

Wir feiern dieses Jahr, dass die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein gut mit der deutschen Mehrheit auskommt. Ebenso feiern wir, dass die deutsche Minderheit in Sønderjylland sich gut mit der dänischen Mehrheit versteht und umgekehrt.

Kritisch betrachtet könnte man jedoch einige Fragen stellen:

Worin besteht die Beispielhaftigkeit unserer Region?

Was zeichnet uns eigentlich anderen Regionen in Europa gegenüber aus?

Reicht es, dass Mehrheit und Minderheit gut miteinander auskommen – jede in ihrem Land?

Aus Sicht der Wirtschaft gibt es noch einen weiten Weg zu absolvieren, bevor wir gemeinsam dem wachsenden Druck der Globalisierung standhalten können. Ein deutscher Wirtschaftswissenschaftler sagte vor einiger Zeit: Mit der Globalisierung ist es wie mit dem Wetter. Es ist da,

man muss sich nur richtig anziehen.

Wenn wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Mehrheit Deutschland und der Minderheit Dänemark als vorbildlich feiern können, dann sind wir in wirtschaftlicher Hinsicht einen großen Schritt weiter gekommen.

Wir brauchen Produktentwicklung.

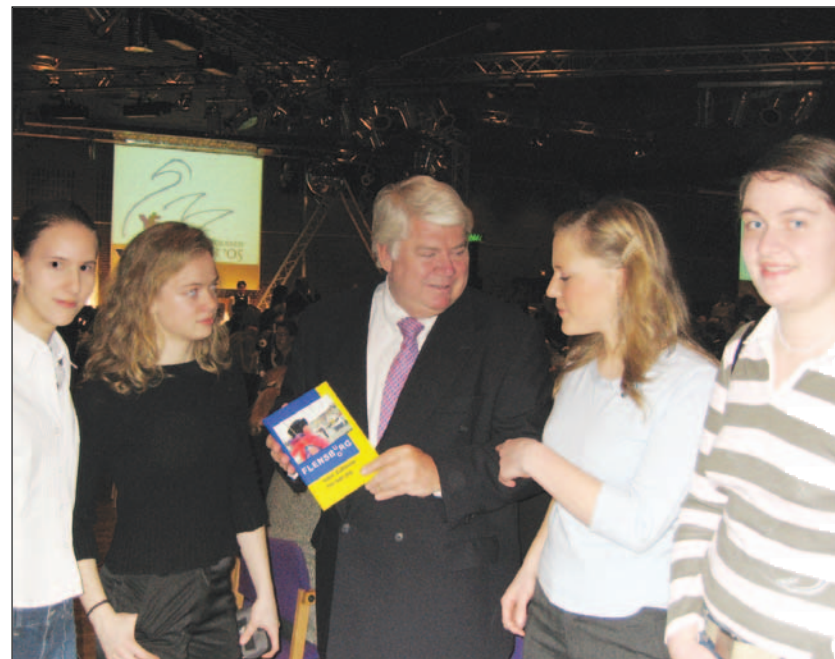
Ein dynamischer Arbeitsmarkt über die Grenze hinweg

Das mehrheitliche Zusammenleben in der Region hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte meiner Meinung nach primär am Grenzhandel orientiert. Treibende Kraft waren die unterschiedlichen Preise verschiedener Warengruppen, die sich auf der jeweils anderen Seite günstiger erwerben ließen.

Kulturell hat sich das Zusammenleben dagegen viel zu schwach entwickelt. Wer in Aabenraa weiß zum Beispiel, welcher Film gerade in Flensburg im Kino läuft oder umgekehrt. Es könnten sehr gern viel mehr Menschen aus Flensburg am Ringreiterfest in Sønderborg teilnehmen, und viel zu wenig aus Sønderjylland besuchen z. B. die Rummregatta in Flensburg.

Durch fehlende gegenseitige breit gefächerte Information sind die Voraussetzungen nicht gegeben. Das grenzüberschreitende Zusammenleben orientiert sich aber besonders an gewachsener Praxis. Nur durch sie können die Barrieren in den Köpfen der Menschen aufgehoben werden.

Handel und Wirtschaft waren schon immer die grundlegenden Voraussetzungen, damit sich Menschen besser kennen lernen. Attraktive Jobs auf der anderen Seite der



Vier Schülerinnen des Alten Gymnasiums in Flensburg überreichen Jørgen Mads Clausen ihr »Junior«-Projekt beim europäischen Wettbewerb »Young Enterprise – Junior Achievement« in Odense.

Grenze können ein Antrieb sein, die Vorteile des jeweils anderen Teils der Region zu nutzen. Über den Alltag müssen die Menschen in der Region mit einbezogen werden.

Fast überall auf der Welt gibt es in Grenzgebieten mehr Pendler als bei uns. Das möchte ich gern ändern. Wir haben deshalb ein Projekt initiiert, das untersucht, wie wir auf beiden Seiten der Grenze mehr Industrie und damit neue Arbeitsplätze ansiedeln können, um so den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt noch mehr als bisher zu öffnen und damit die Menschen verstärkt zum Pendeln über die Grenze zu motivieren.

Erschaffung einer Mechatronik-Hochburg Flensburg-Sønderborg-Aabenraa
Die deutsch-dänische

Grenzregion als Chance zu begreifen für unternehmerisches Engagement in Europa, als Grundlage für wirtschaftliches Wachstum weltweit, ist besonders auf dänischer Seite nur bedingt gelungen. Es ist ein Prozess, dem sich kommende Generationen unterziehen werden müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Eine der Grundlagen für die Errichtung der Region Sønderjylland/Schleswig war es, eine gemeinsame Region in gesamteuropäischem Kontext wirtschaftlich zu stärken. Die Zusammenarbeit von zwei Regionen, beide geografisch fern von Ballungszentren und Metropolen, ist keine günstige Voraussetzung, um Fachkräfte anzuziehen. Hier gilt es, die Stärken beider Regionen, ihrer Menschen, ihrer Wirtschaft

bedrohter sein, als er es bereits ist. Der Landwirtschaft werden zunehmend schärfere Umweltauflagen und Einschränkungen auferlegt. Die Möglichkeit größerer Produktionsanlagen und damit zusätzlicher Gewinnchancen scheinen aufgrund des starken Ostangebotes nicht gegeben. Nur mit dem Blick auf traditionelle Arbeitsplätze ist der Region nicht geholfen. Es steht uns eine Umstellung von der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft bevor.

Also müssen wir uns auf die Herstellung dessen konzentrieren, was sich durchsetzen wird. Hightech-Produkte, Software mit Wissen um moderne Produktionstechnologien zum Beispiel auf dem Biotechnik- und Medizinsektor. Es dreht sich um Wissensprodukte, die auch von Nicht-Ingenieuren produziert werden können.

Die Bitten und Mads Clausen Stiftung versucht dazu beizutragen, indem wir eine umfassenden Cluster Analyse vornehmen lassen. Darüber wurde bereits ausführlich im **Nordschleswiger** berichtet.

Es ist ein sehr komplexes Projekt zur Analyse von Kompetenz-Clustern und deren Rahmenbedingungen in der Region, das über mehrere Phasen laufen wird. Mit der Strukturreform der dänischen Kreise und Ämter wird es eine größere süddänische Region geben. Unser Projekt soll aufzeigen, an welchen existierenden und künftigen wettbewerbsfähigen Kompetenz-Clustern sowohl von dänischer als auch von schleswig-holsteinischer Seite Interesse für eine gemeinsame Förderung bestehen könnte. Erste Ergebnisse haben gezeigt, dass in den Bereichen Mechatronik,

Tourismus und Service gute Chancen bestehen, künftige Arbeitsplätze zu plazieren.

Der Mechatronik-Bereich liegt uns als Wirtschaftsunternehmen mit dieser Fachkompetenz besonders am Herzen. Im Gebiet Sønderborg verfügen wir über die höchste Konzentration an Ingenieuren außerhalb Kopenhagens. Deshalb streben wir den gemeinsamen Standort Flensburg-Sønderborg-Aabenraa als Mechatronik-Hochburg an. Bereits jetzt existiert in diesem Gebiet eine hervorragende Fachkompetenz. Künftig soll in Mechanik gebettete Computertechnologie, die in vielen verschiedenen Geschäftsbereichen Anwendung findet, hier ihren Ursprung haben.

Die deutsch-dänische Grenzregion als Motor für Unternehmertum

Fachliche Voraussetzungen für neue Technologien müssen vor Ort in der Region geschaffen werden, für die Arbeitnehmer und für die Firmen.

Viele neue Arbeitsplätze in Dänemark werden nicht von den großen dänischen Unternehmen geschaffen. Nicht einmal, wenn wir in eine längere Wachstumsperiode eintreten. Globalisierung, Effizienzsteigerung und Wettbewerb setzen dem eine ganz natürliche Begrenzung. Das bedeutet aber nicht, dass sich größere und etablierte Firmen der Verantwortung entziehen können. Wir müssen unseren eigenen Platz in der globalen Arbeitsteilung finden – durch Wissen.

Schleswig-Holstein muss die Grundlagen für die »Produktion« von Wissen schaffen, um neue Unternehmen für den Standort zu interessieren. Es muss attraktiver wer-

50 Jahre Bonn-Kopenhagener-Erklärungen:

eine positive Entwicklung von Minderheiten und Mehrheiten – mitgestaltet von den deutschen Grenzverbänden



Arbeitsgemeinschaft
Deutsches Schleswig e. V. (ADS)
D-24901 Flensburg



(SHHB)
D-24113 Molfsee



Grenzfriedensbund e. V.
D-24943 Flensburg



Deutscher Grenzverein
D-24988 Sankelmark

den, sich in Schleswig-Holstein selbstständig zu machen. Es gilt, bestimmte Einstellungen zu fördern – Unternehmertegeist zu schaffen, damit eine Existenzgründung etwas Positives hat. Unternehmen muss jetzt der Boden bereitet und sie müssen gepflegt werden, damit sie wachsen und groß werden können. Heute muss gesät werden, damit in etwa 25 Jahren geerntet werden kann. Dies gilt ebenso in Dänemark.

Es ist eine zunehmend belegte Tatsache, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen die meisten neuen Arbeitsplätze schaffen. Zugleich ist es jedoch leider Fakt, dass es in Dänemark und der Grenzregion nicht genügend erfolgreiche Neugründungen gibt. Unter diesen beiden Gegebenheiten lassen sich künftige neue Einnahmequellen für Dänemark, die Grenzregion und deren Bewohner nur schwer ausmachen, wenn sich nicht mindestens eine der Voraussetzungen ändert.

Eine festgefügte globale Wirtschaftsstruktur zu verändern, erscheint wenig realistisch. Deshalb gibt es keinen Zweifel daran, dass man sich künftig auf die Gründung neuer, lebensfähiger und langfristig erfolgreicher Unternehmen konzentrieren muss.

Weitaus niedrigere Etablierungs- und laufende Kosten für ein Unternehmen in unserer Region machen Verkaufspreise für Serviceleistungen »made in Sønderjylland-Schleswig« wettbewerbsfähig. Call Centers mit englischsprachigem Personal, Programmierer oder kreative Berufe, um nur einige zu nennen, können heute international über das Internet agieren. Für große Unternehmen in Metropolen wie z.B. Hamburg und Kopenhagen durchaus ein finanzieller

Anreiz, so auf Dienstleistungen aus unserer Region zu bauen.

Die vorhandenen, großen Unternehmen müssen hierbei eine weitaus aktivere Rolle spielen. In nahezu allen Betrieben gibt es »Primus Motoren« und kompetente Menschen, die den Wunsch hegen, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Diese Menschen benötigen nur einen kleinen und wohlgemeinten Anstoß, um ihre eigene Firma zu gründen. Es sind oft reife Menschen, die wissen, was sie wollen und seit vielen Jahren einen Traum hegen, denen jedoch der letzte Mut und ein fester Glaube an die Tragfähigkeit ihrer Idee fehlt.

Alle großen Unternehmen haben einmal klein angefangen. Zum Beispiel versuchte mein Vater, seinen Arbeitgeber, den Kühlschrankbauer Gram, davon zu überzeugen, Thermostatventile zu produzieren. Als dieser nicht mitzog, gründete er seine eigene kleine Firma. Er wollte ein Produkt fertigen, das anderen überlegen war, und es gelang ihm.

So können die heutigen Probleme, etwa die Firmen- und Arbeitsplatzverlagerung, zum Guten gewendet und als positive Herausforderung gesehen werden, wenn wir uns der Entwicklung anpassen. Lebenslanges Lernen, Forschung und Existenzgründungen müssen vorangetrieben werden.

Der Intrapreneur

Wir benötigen in der Region mehr Firmengründer, weil sie Arbeitsplätze schaffen und neue Produkte entwickeln. Wenn wir aber einen Turbokoeffizient in Gang setzen wollen, dürfen wir nicht nur auf Existenzgründer außerhalb unserer Unternehmen setzen. Wir müssen alles unterstützen, was das Potenzial besitzt, schnell zu wachsen. Dann

müssen wir auf Intrapreneure setzen, so habe ich sie mal genannt, weil sie aus einem existierenden Unternehmen herauswachsen.

Ein Intrapreneur ist ein Mensch mit dem Drang, ein neues Produkt oder einen neuen Geschäftsbereich zu initiieren – entweder innerhalb des Unternehmens oder außerhalb.

Er ist die Teamarbeit gewohnt, die in allen großen Firmen dazu beiträgt Resultate zu schaffen.

Ein Anstoß muss jedoch mit Unterstützung verbunden sein. Insbesondere bei der Formulierung und Vorbereitung eines Geschäftsplans. Analysen haben gezeigt, dass gerade der Geschäftsplan für viele Existenzgründer die Achillesferse ist. Deshalb sollten Etablierte die notwendige Beratungshilfe für diejenigen leisten, die aus den eigenen Reihen außerhalb des Unternehmens ihr Glück versuchen wollen.

Es sind die Großen, die durch ihre Arbeit in der globalen Wirklichkeit den Finger am Puls haben. Dadurch wissen sie besser als andere, was die Märkte benötigen, welche Nachfrage besteht, und wo die Basis für die Gründung eines neuen Unternehmens gegeben sein könnte. Die Kunden sind oft die beste Quelle für Inspiration.

Häufig kann der »große Bruder« dieses Wissen nicht selbst nutzen. Vielleicht ist die Idee zu weit vom eigenen Kerngeschäft entfernt. Vielleicht ist das Unternehmen nicht daran interessiert, das Potenzial selbst zu nutzen, weil es nicht ins eigene Konzept passt, oder weil die Kompetenzen fehlen. Vielleicht sind auch die Möglichkeiten nicht groß genug für eigene Ambitionen. Dessen ungeachtet kann die Idee trotzdem ein neues Unternehmen tragen.

Vielleicht werden daraus nur zehn Arbeitsplätze. Die wirtschaftlichen Perspektiven für die Gesellschaft sind bei 100 oder 200 Gründungen dieser Art jedoch enorm.

Dies kann nur im Interesse der bereits etablierten, großen Unternehmen sein, weil ein dynamisches Wirtschaftsumfeld im eigenen Einzugsgebiet motiviert. Zugleich stellt es sicher, dass immer neue Entwicklungsmöglichkeiten, Geschäftspartner und Anziehungskraft für Talente und Kompetenzen geboten werden. Besonders in Jütland und auf Fünen sind wir daran interessiert, mehr wirtschaftliche Möglichkeiten in unserer Gegend zu schaffen, um für Menschen mit Potenzial und ihren Ehepartnern attraktiv zu werden.

Unternehmen müssen sich der Realität anpassen und dazu beitragen, so neue und andersartige Arbeitsplätze zu schaffen – als treibende Kraft! Langfristig zum eigenen Nutzen, zum Nutzen der Gesellschaft und der vielen Menschen in der Region, die sich heute darüber Gedanken machen, wovon sie in Zukunft leben.

Junge Existenzgründer

Wir müssen auch auf die Jugend setzen, indem wir eine neue Existenzgründer-Generation ausbilden.

Eine Initiative der dänischen Regierung wurde gerade im Raum Kolding umgesetzt.

Die Akademie für Existenzgründung, IDEA (International Danish Entrepreneurship Academy), wird neben ihrem Hauptsitz in Kolding auch regionale Abteilungen auf Fünen und in Jütland einrichten. Allein in Kolding entstehen dadurch zirka 20 neue akademische Arbeitsplätze.

Die Akademie soll eine Kultur der Selbstständigkeit bei dänischen Studenten schaf-

fen, eine Weiterbildung für Existenzgründer aufbauen sowie die dänische Forschung auf diesem Gebiet stärken und koordinieren.

Die neue Akademie wird in einem internationalen Netzwerk verankert, das Forscher, Dozenten, Berater, Investoren und »Wirtschaftsführer« an einen Tisch bringt, um mehr kompetente Anfänger mit einem Wissen auszustatten, das in einer Hochschulausbildung wurzelt. Wir brauchen unbedingt eine Initiative, die uns auf dem Gebiet der Existenzgründungen auf ein höheres Niveau bringt. Die IDEA ist seit dem 1. März aktionsfähig, und ich freue mich darüber, dass ich deren Aufsichtsratsvorsitz übernehmen dürfte.

Eine weitere Initiative setzt darauf, jugendlichen Entrepreneurship beizubringen. An Handelsschulen und technischen Schulen werden Jugendliche von trainierten Lehrern an das Unternehmertum herangeführt. In Projekten gründen sie eine Firma, lernen sie zu managen und ein Produkt zu entwickeln und zu vermarkten. Das jeweilige Produkt wird jährlich auf eine Veranstaltung vorgestellt und das beste Unternehmen mit dem zukunftsträchtigsten Produkt gekürt. In Dänemark nehmen jährlich etwa 5.000 Schüler an diesen Projekten teil, im gesamten Bundesgebiet sind es etwa 10.000 und auf europäischer Ebene 1,4 Millionen. Der Sieger des jeweiligen Landes nimmt danach am europäischen Wettbewerb teil. So lernen Jugendliche bereits früh internationale Konkurrenz als Herausforderung zu betrachten und ihr Produkt ohne Angst in der Wirtschaftssprache Englisch an den Markt zu bringen.

Der Verein »Young Enterprise« unterstützt diese Initiativen in der Praxis durch Kurse

und verbesserte Rahmenbedingungen, damit weitaus mehr Neulinge überleben und Wachstumsunternehmen gründen. Das deutsche Pendant zu »Young Enterprise« heisst »Junior«, im Internet zu finden unter: <http://www.juniorprojekt.de>. Wir versuchen derzeit eine Zusammenarbeit zwischen dem Verein in Sønderjylland und dem in Schleswig-Holstein zu initiieren. Als europäischer Vorsitzender von »Young Enterprise« setze ich mich aktiv dafür ein, dass das Jungunternehmertum anzukurbeln.

Gerade unsere Jugend ist mit wachsender globaler Informationsflut einem Wissensangebot ausgesetzt, dem wir regionalen Inhalt zufügen müssen.

Die elektronische Internationalisierung, Globalisierung und Vernetzung müssen wir als Herausforderung begreifen, nicht als Gefahr. Nur dann können wir wettbewerbsfähig bleiben. Und wir müssen uns sprachlich der kollektiven interaktiven Plattform Internet anpassen.

Minderheiten als Kompetenzzentrum für »Regionssprache Englisch«

Sønderjysk, Plattdeutsches, Friesisch, Dänisch und Deutsch sind als Ausdruck individueller Zugehörigkeit und regionaler Eigenart unverkennbar und wichtig. In der globalen Kommunikation können wir uns diesen Luxus auch regional nicht leisten, wenn wir internationalen Wettbewerb bestehen wollen.

Immer weniger Dänen lernen Deutsch, den meisten Deutschen fällt das Erlernen der dänischen Sprache sehr schwer. Auf dänischer Seite herrscht Verständnis dafür, dass Deutsche nicht dänisch sprechen. Es ist aber keine Selbstverständlichkeit, dass wir der deutschen Sprache mächtig sind.

Selbst die interskandinavische Verständigung, wo Norweger, Schweden und Dänen die Sprache des anderen bis zu 90 Prozent verstehen, weicht auf die Verhandlungssprache Englisch aus, um Missverständnisse auszuräumen. Es ist für alle komfortabler, wenn man auf eine gemeinsame Fremdsprache ausweichen kann.

Englisch muss auch in unserer Region als sprachliche Voraussetzung für gemeinsames Handeln akzeptiert werden.

Die Minderheiten haben in den letzten 50 Jahren ihre Rolle hervorragend gemeistert. Nicht zuletzt durch pragmatische Kooperation haben sie den Weg des Vordenkens und Vorhandelns gewiesen.

Die sprachliche Kompetenz der Minderheiten ist unumstritten. Die Erfahrung der Minderheiten, Sprache und Kultur zu vermitteln, ebenso. Warum nicht Englisch als »neues Produkt Regionssprache« hinzufügen und damit »neue Kunden« gewinnen? Oder vielleicht sogar als Unterrichtssprache einführen? In einer Welt, die zunehmend zusammenwächst, könnte so die kulturelle Vielfalt der Region auf eine gemeinsame sprachliche Plattform gestellt werden.

Warum hier nicht für die Minderheiten im Grenzgebiet eine neue Aufgabe und Kompetenz entstehen lassen? Sozusagen Produktentwicklung durch einen umgekehrten und innovativen Blickwinkel – grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf Englisch zwischen Mehrheiten und Minderheiten.

Denn es gilt bei Allem, was wir in dieser Region tun: Wir können nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn unsere Produkte anders und innovativ sind. Innovation ist das, wovon wir in Zukunft leben müssen.



**Sparekassen
Løgumkloster**
- grobund for solid økonomi!

Et finmasket
filialnet





Løgumkloster
74 74 38 50

Bolderslev
74 64 64 11

Hellevad
73 66 90 40

Ravsted
74 64 73 20

Rødekro
73 66 80 50

Tinglev
73 64 32 00

Tønder
74 72 75 00

www.sparloegum.dk

Ob in Bülderup-Bau, Tokio oder Milwaukee

Gedenktage oder vom Lob der Vielfalt / Gedanken von Konzernchef Hans Michael Jebsen, Hongkong

Hongkong

2005 ist wieder ein Jahr der Gedenktage: Sechzig Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, sechzig Jahre Befreiung von Auschwitz sowie nun auch das Fünfzigjährige der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, der Grundlage des heute gemeinhin und mit Recht als mustergültig empfundenen nationalen Miteinanders im deutsch-dänischen Grenzland.

Diese Gedenktage feiert einstweilen in der Mehrheit bereits die Enkelgeneration derer, die zu jenen denkwürdigen Ereignissen beigetragen oder sie zumindest als Zeitzeugen erlebt haben.

Was ist nun die Bilanz nach fünfzig bzw. sechzig Jahren, die unsere Generation ziehen kann? Ist die Welt friedlicher geworden? Nie wieder Krieg? Kaum. Gegenwärtig herrschen global mehr blutige Konflikte denn je, und dies keineswegs nur im Mittleren Osten. Hierbei liegt die Wurzel sehr häufig in der Missachtung und Verletzung von Minderheitsrechten, ethnischen, ideologischen sowie religiösen.

Das deutsch-dänische Grenzland nimmt sich vor diesem Hintergrund vergleichsweise idyllisch aus.

Revisionismus und Grenzkampf gehören einer fernen Vergangenheit an.

Vielmehr muten unsere Minderheiten im Grenzland heute zuweilen wie gepöppelte Stiefkinder ihrer Herbergsstaaten an, um deren Gunst, so weit politisch opportun, heftig gebuhlt wird. Vorsicht ist daher geboten vor all zu viel feierlicher Rhetorik, die ein Bild entwickelt, das mehr Chimäre als Wirklichkeit ist.

Was mir in meiner nordschleswigschen Schulzeit Anfang der siebziger Jahre auf fiel, war die damals nur sehr marginale Beschäftigung mit den geschichtlichen Grundlagen der Minderheiten im Grenzland. Zu einer bewussten und – gelebten – Identität gehört aber nicht nur Gegenwart: »Wer hoch wachsen will, muss tief wurzeln«.

Auch mag man sich fragen:



Hans Michael Jebsen, geboren 1956, hat das Abitur am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig bestanden und ist für seine enge Verbundenheit zur nordschleswigschen Heimat und zur deutschen Minderheit bekannt und geschätzt.

Sind Minderheiten überhaupt noch zeitgemäß?

All jene, die im Grenzland leben, gelebt haben oder aus ihm stammen, wissen um dessen besondere Gemengelage, das Gemisch aus Insulanertum, staatlich gefördertem Brückenschlag, wohlgemeinter altfränkischer Folklore sowie schwindender Volkstums- und Bekenntnisbegeisterung; sie wissen aber auch von den zahlreichen positiven Elementen kultureller Vielfalt, der Vielschichtigkeit und Buntheit des Grenzlands, die nicht nur auf Einheimische so anziehend wirkt.

Dennoch besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit, wie sie gelegentlich im Anzug anmutiger Festreden durchscheinen mag. Das

Marginalisierung. Eine Minderheit, die sich aus der Exklusivität definiert, hat wenig Zukunft, zumal wenn sie sich nur sehr unwesentlich von der sie umgebenden Mehrheit unterscheidet.

Also ist Inklusivität gefordert. Dazu gehört neben der ernsthaften Beschäftigung mit beiden Kulturen auch eine echte Mehrsprachigkeit. Das bedeutet schlichtweg mehr Arbeit. Ein Sich-Beschränken auf den engen Raum des Regionalismus führt in die Sackgasse und hat mit dem vielbeschworenen minderheitlichen Brückenschlag zwischen den Kulturen in Wahrheit wenig zu tun. Es gilt zusätzliche Dimensionen in Sprache, kulturelle Vielfalt und ein überregionales

hen von gelegentlichem rhetorischen Mummenschanz – außer einer gleichermaßen zählebigen wie verständlichen Reserviertheit gegen eine allzu massive Überfremdung – im Wesentlichen – der Vergangenheit angehören.

Was die Lebensfähigkeit und raison d'être nationaler Minderheiten ausmacht, ist deren Fähigkeit, ihre Identität zu leben. Sei es in Familie, Schule oder Kirche. Nicht durch Subventionsrechtlichungsmaßnahmen im abgekapselten Kreis der Getreuen, sondern im offenen Dialog und pluralitätsbejahendem Wettstreit im täglichen Miteinander in der Umwelt und der Kultur, in die die jeweilige Minderheit hineingestellt ist und deren Bestandteil sie bil-

den. Ganz gleich in welchen Teilen Europas oder der Welt, sind es bezeichnenderweise sehr häufig jene Regionen, in denen sich mehrere Kulturen begegnen und in einem positiven Wettstreit miteinander leben, die die größte Innovations- und Leistungsfähigkeit an den Tag legen.

Bei seiner Abschiedsveranstaltung als Bürgermeister von New York antwortete Giuliani auf die Frage, was New York seine Einmaligkeit und Strahlkraft als heimliche Welthauptstadt verleihe, dass es die kulturelle Vielfalt eingebettet in einem gemeinsamen Wertekonsensus sei, die New York diese Rolle erst ermöglicht hätte.

Ob New York, Straßburg oder Hongkong, nicht die Gleichförmigkeit macht diese Plätze zu den Angelpunkten und Motoren ihres geographischen Umfeldes, sondern ihre Vielfalt. So ist es auch mit dem Grenzland. Dessen soll-

ten wir uns auch im deutsch-dänischen Grenzland hüben wie drüben bewusst bleiben.

Statt Anpassung und Nivelierung eifere da getreu Nathans des Weisen - »Nicht mitzuhasen, mitzulieben bin ich da.« – ein jeder nach seiner Façon und seinen Fähigkeiten der Lösung dieser monumentalen Herausforderungen nach. Ganz so wie es uns damals als »2-G-lern« von Volker Lindemann nahegelegt wurde.

Im übrigen sind es heute ganz andere Herausforderungen als vor fünfzig Jahren, die uns beschäftigen müssen: Klimaveränderung, Ressourcenverknappung sowie Globalisierung, überregionale Integration Europas und die Begegnung mit dem Islam sind an die Stelle von Hegemonialansprüchen und nationalen Eitelkeiten getreten.

Wenn die Jubelfeiern anlässlich des Gedenktages der fünfzigsten Wiederkehr der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die sich ja im Prinzip mit einem abgeschlossenen Teil der Weltgeschichte befassen, auch auf diese Aspekte unserer gegenwärtigen Herausforderungen ausstrahlen und anregend wirken, an Offenheit und differenzierte Reflektion sowie Mut zur zuweilen gebotenen Gelassenheit und Selbstinfragestellung appellieren, dann haben sie eine Mission erfüllt, die über die obligatorische Rückschau mit Feiergesicht hinausgeht.

Die Zustimmung der Gründerväter der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, den Geist dieser Verträge zum Grundstein einer weiteren gegenwartsrelevanten und zukunfts-tauglichen Betrachtungsweise zu machen, denke ich, wären den heutigen Akteuren sicher.

Købstædernes hilsen

De sønderjyske købstæder glæder sig over festligholdelsen af 50 års dagen for København-Bonn erklæringerne og ser frem til fortsatte frugtbare dansk-tyske relationer i grænse-landet.

Venlig hilsen



Carl Teichert (74), im Ruhestand, Rothenkrug:

Zwischen den Dänen und den Deutschen gibt es gar nicht so große Gegensätze. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen hatten auf mich keinen großen Einfluss. Wir haben so richtig nichts davon gemerkt. Im täglichen Leben ist es, glaube ich, eingeschlafen. So richtig merken tun wir nichts. Sicherlich sind diese Erklärungen wichtig gewesen für unser Leben und den Frieden, aber bewusst habe ich es nicht im Kopf.

von den zahlreichen positiven Elementen kultureller Vielfalt, der Vielschichtigkeit und Buntheit des Grenzlands, die nicht nur auf Einheimische so anziehend wirkt.

Dennoch besteht kein Grund zur Selbstzufriedenheit, wie sie gelegentlich im Anzug anmutiger Festreden durchscheinen mag: Das deutsch-dänische Grenzland mit den Brandherden etwa des Balkans zu vergleichen, wäre ohnehin reichlich weit hergeholt: Schließlich haben wir es in unseren Grenzbreiten ganz überwiegend mit Menschen des gleichen kulturellen, ethnischen und religiösen Hintergrunds sowie einer durchaus verwandten Gemütsdisposition, kurzum des gleichen Strickmusters, zu tun. Hierzu gehört unter anderem die Fähigkeit, sich je nach Zeitgeist und Strömung – zuweilen chamäleonartig – neuen Realitäten anzupassen.

Im wirtschaftlichen Zusammenhang bedeutet Stillstand Rückschritt. Für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze führt Stillstand zur

Arbeit. Ein Sich-Beschränken auf den engen Raum des Regionalismus führt in die Sackgasse und hat mit dem vielbeschworenen minderheitlichen Brückenschlag zwischen den Kulturen in Wahrheit wenig zu tun. Es gilt zusätzliche Dimensionen in Sprache, kulturelle Vielfalt und ein überregionales Bewußtsein in den Mehrheitskontext einzubringen. Das Goethesche Zitat von »Dass ich eins und doppelt bin« hat hier in diesem Zusammenhang durchaus einen Platz verdient.

Eben diese Vielfalt ist es sowie die Bereitschaft zur Offenheit und die Fähigkeit zu einer differenzierten Sicht der Dinge, durchaus auch einer gewissen wohlwollenden Gelassenheit, die das Rüstzeug zum Brückenschlag mit auf den Weg geben. Brücken ruhen bekanntlich auf zwei Pfeilern.

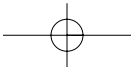
Wie belastbar das Verhältnis zwischen den Lagern wirklich ist, zeigen in der Regel erst Bewährungsproben, die – so sollte man meinen, abgese-

zu leben. Sei es in Familie, Schule oder Kirche. Nicht durch Subventionsrechtfertigungsmaßnahmen im abgekapselten Kreis der Getreuen, sondern im offenen Dialog und pluralitätsbejahendem Wetteifer im täglichen Miteinander in der Umwelt und der Kultur, in die die jeweilige Minderheit hineingestellt ist und deren Bestandteil sie bildet. Ob in Büderup-Bau, Tokyo oder Milwaukee.

»Mein Feld ist die Welt« war das Motto des aus Horsens stammenden Gründers der Hapag Lloyd – und Kaiserfreundes – Albert Ballin. Er hätte auch aus Nordschleswig stammen können, so wie Emil Nolde oder Ernst Reuter.

»Die Lust am anderen« sowie ehrliches Interesse an einem substanziellen Miteinander sind die Voraussetzungen für gegenseitige Anregung und geistige Bereicherung. Schließlich ist es diese kulturelle Vielfalt, diese kreative Gärmasse, die den Reiz und den Reichtum unserer europäischen Kultur ausmacht.

Einen eigenen Weg jenseits



København-Bonn erklæringerne og ser frem til fortsatte frugtbare dansk-tyske relationer i grænselandet.

Venlig hilsen



HADERSLEV
KOMMUNE



AABENRAA
KOMMUNE



TØNDER
KOMMUNE



SØNDERBORG
KOMMUNE

»Ich kann ohne Begrenzung deutsche Minderheit sein«

Stephan Kleinschmidt (28), Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen

Apenrade/Aabenraa

(can) »Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind immer der Grundsatz dafür gewesen, dass die deutsche Minderheit so agieren konnte, wie es auch heute der Fall ist – befreit und selbstbewusst«, so Stephan Kleinschmidt, Apenrade, Präsident der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV). Auch ihm persönlich hätten die Bonn-Kopenhagener Erklärungen ermöglicht, sich selbstbewusst in der Arbeit der deutschen Minderheit zu engagieren, allerdings habe er dafür nicht kämpfen müssen, wie die Generationen vor ihm: »Ich bin in einer Zeit groß geworden, wo ich einfacher in der sprachlichen und kulturellen Vielfalt leben kann. Natürlich ist mir dies durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen ermöglicht, denn sie haben eine Situation im deutsch-dänischen Grenzland geschaffen, die der deutschen Minderheit Selbstbewusstsein gegeben hat«, erklärt der 28-Jährige, der mit dieser Gegebenheit groß geworden sei und es als etwas ganz Natürliches empfinde. »Die Zeit davor habe ich nicht erlebt, aber die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bieten mir die Möglichkeit so zu leben, wie ich möchte, das heißt in der deutschen Minderheit in Dänemark, mit zwei Sprachen, zwei Kulturen und einer regionalen Identität. Ich kann also ohne Begrenzung deutsche Minderheit sein und mich ganz selbstverständlich in die deutsche Vereinsarbeit einbinden«, freut sich der JEV-Präsident, und er hoffe, dass auch in Zukunft durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen die Rechte der deutschen Minderheit gesichert seien, und dass der Tenor der Erklärungen – Verständnis und Respekt zwischen Mehrheits- und Minderheitenbevölkerung, Zusammenarbeit auch in Bezug auf die Strukturreform und der grenzüberschreitenden Aktivitäten, Selbstbewusstsein der deutschen Volksgruppe in Bezug auf ihre regionale Positionierung sowie auf europäischer Ebene – auch künftig

eingbracht werden könne. Er könne sich durchaus vorstellen, zum »Export« der Bonn-Kopenhagener Erklärungen in andere Länder Europas beizutragen, was zum Beispiel auch schon durch das Thema der JEV 2005 der Fall sei. »Wir haben uns in diesem Jahr für das Thema Partizipation entschieden und meinen damit die Teilnahme der Minderheiten an öffentlichen Entscheidungsprozessen und der Meinungsbildung«, erklärt der JEV-Präsident, und eben hier dienten die Bonn-Kopen-

hagener Erklärungen als Vorbild, die der deutschen Minderheit in Nordschleswig genau dies gewährleisten würden. Bei einem Besuch bei den Minderheiten auf dem Balkan – den Ungarn und Kroaten in Serbien und den Serben und Ungarn in Kroatien – habe er auch schon das Prinzip der Bonn-Kopenhagener Erklärungen als Beispiel dafür, wie man sich gegenseitig zu Minderheitenschutz verpflichten kann, vorgestellt. »Ich nutze aber nie die Bonn-Kopenhagener Erklärungen, um die

deutsch-dänische Grenzregion als Modellregion für Minderheitenschutz zu präsentieren«, betont Stephan Kleinschmidt. Davon distanzieren sich, weil die politischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen von Land zu Land unterschiedlich seien und bei der Ausarbeitung von Erklärungen zum Minderheitenschutz berücksichtigt werden müssten. »Dabei können die Bonn-Kopenhagener Erklärungen gut als Inspiration dienen.«



Stephan Kleinschmidt

(Foto: DN)



Fabian Gerwien

(Foto: Karin Riggelsen)

Mehr Aufklärungsarbeit leisten

Fabian Gerwien (21), Vorstandsmitglied »Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger«

Apenrade/Flensburg

(can) »Es ist etwas ganz Natürliches, dass es zum Beispiel in der Flensburger Nordstraße eine dänische Bücherei gibt oder das dänische 'Aktivitetshuset', beides Einrichtungen, die nicht nur von der dänischen Minderheit genutzt werden, sondern auch von der Mehrheitsbevölkerung«, freut sich Fabian Gerwien als Angehöriger der dänischen Minderheit. Und dass es sich so verhalte, gelte es zum 50-jährigen Jubiläum der Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu feiern, ebenso wie die Tatsache, dass es vor 50 Jahren zwischen den Ländern Deutschland und Dänemark überhaupt zu dieser damals wie auch heute noch so bedeutungsvollen Absprache kommen konnte, und die

es seitdem jedem erlaubt, sich zum Beispiel zur dänischen Minderheit zu bekennen. »Wir von der dänischen, der friesischen und der deutschen Minderheit können so dasein, wie wir wollen. Sowohl das Zusammenleben der Minderheiten mit den Mehrheitsbevölkerungen, als auch die Zusammenarbeit und die Verbindungen unter den Minderheiten sind einzigartig auf der Welt«, so der junge Südschleswiger, und er hoffe, dass es auch in Zukunft so bleiben werde. Doch die in letzter Zeit von Seiten einiger CDU-Politiker hervorgebrachten Äußerungen würden bei ihm Besorgnis hervorrufen: »Es ist für mich sehr sehr traurig zu sehen, wie einige CDU-Vertreter mit ausfallenden Bemerkungen gegen den Südschleswischen Wählerverband um

sich geworfen und damit so deutlich gezeigt haben, dass sie vom SSW und von Minderheiten überhaupt keine Ahnung haben. Das ist wirklich traurig, zumal es die CDU war, die einst die Erklärungen mit unterzeichnet hat. Als Minderheiten müssen wir in solchen Situationen zusammenhalten und einiges in Sachen Aufklärung dafür tun, damit sich so etwas nicht wiederholt«, lautet die Aufforderung des 21-Jährigen, dessen Alltag die Bonn-Kopenhagener Erklärungen in entscheidender Weise beeinflussen haben. »Ich habe die dänische Schule besuchen und mich in dänischen Vereinen engagieren können«, beschreibt Fabian Gerwien die Bedeutung der Erklärungen für sein Leben als Südschleswiger.

Apenrade/Århus

(can) »Erst wenn ich mich auf den Weg mache und andere Minderheiten in Europa besuche, merke ich, dass ich als Mitglied der dänischen Minderheit in Südschleswig sehr privilegiert bin. Nur im Alltag denke ich nicht viel darüber nach«, schildert Lisbet Molt Ipsen, Flensburg/Århus, Mitglied in »Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger« (SdU) und Delegierte bei Veranstaltungen der Jugend Europäischer Volksgruppen, was ihr als Erstes zum Thema Bonn-Kopenhagener Erklärungen einfällt. Jugendliche anderer Minderheiten, zum Beispiel der slowenischen Minderheit in Italien, seien sich ihrer Minderheitenzugehörigkeit viel bewusster. Sie wüssten



Lisbet Molt Ipsen

(Foto: Privat)

»Wir denken zu wenig darüber nach, wie gut es uns eigentlich geht«

Lisbet Molt Ipsen (21), Mitglied im JEV-Ausschuss von »Sydslesvigs danske Ungdomsforeninger«

ganz genau, weshalb sie Mitglied einer Minderheit sind, und es bedeute ihnen sehr viel. Sie selbst und viele andere junge Südschleswiger würden eher weniger darüber nachdenken. »Ich würde es gut finden, wenn man sich öfter mit dieser Frage auseinandersetzt und darüber nachdenkt, was es einem persönlich bedeutet oder auch nicht bedeutet, Mitglied einer Minderheit zu sein«, so Lisbet.

»In dem Augenblick, wo ich andere Minderheiten besuche, wird es mir wieder bewusst, und ich denke darüber nach, wie privilegiert wir eigentlich als dänische Minderheit in Südschleswig sind. Wir können zum Beispiel dänische Schulen, Vereine und Kirchen besuchen. Es ist für uns nur so normal geworden, dass wir die vielen Vorzüge genießen kön-

heit, mich der deutschen Minderheit anzuschließen und die deutsche Sprache zu sprechen, ohne dass ich dadurch rechtlich gesehen ein schlechterer Mensch bin«, betont der 26-Jährige. Für eine Person, die sich in der deutschen Minderheit aktiv engagiert, sei das das Alpha und Omega, dass ihr diese Rechte zugesichert sind ebenso wie jedem anderen Mitglied der deutschen Minderheit auch. Gegen das Argument, dass ihm eine Reihe dieser Rechte ohnehin schon als dänischer Staatsbürger durch das dänische Grund-

gesetz eingeräumt würden, erklärt Jesper Jessen, dass es für eine Minderheit wichtig sei, dass auf die ihr zugesprochenen Rechte gesondert aufmerksam gemacht wird. »Somit können wir uns in Zweifelsfällen immer direkt darauf berufen, was wir auch tun sollten, damit sie nicht in Vergessenheit geraten.«

Für die Zukunft erwarte er, dass die Bonn-Kopenhagener Erklärungen auch weiterhin der deutschen Minderheit für ihre weitere Existenz die nötige Absicherung geben werden und die Bedingungen weiter verbessert werden können. Zum Beispiel im Rundfunkbereich, indem bessere Absprachen für deutschsprachige Radiosendungen im Interesse der deutschen Minderheit getroffen werden können. »Es wird immer schwieriger für die deutsche Minderheit, die ja auch nicht größer wird, sich in der Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen, und es kommen in Zukunft neue Herausforderungen auf uns zu. In diesem Zusammenhang ist es gut, die Bonn-Kopenhagener Erklärungen als Rückenstütze zu haben«, so Jesper Jessen weiter, denn zwar denke er im Täglichen wenig über die Bonn-Kopenhagener Erklärungen nach, aber indirekt würden sie sein Leben bestimmen: »Ich kann deutsche Vereine besuchen, die deutsche Sprache sprechen, als Angehöriger der deutschen Minderheit genieße ich unter anderem auch das Versammlungsrecht, ich kann in der Partei der Volksgruppe aktiv sein. Alles ohne dafür verfolgt oder diskriminiert zu werden«, erklärt der Jungpolitiker, was ihm sehr viel bedeute, denn all diese Dinge würden seine Identität ausmachen bzw. würden ihm ermöglichen, seine Identität auszubauen. »Das tue ich auch im Deutschen Ruderverein Hoyer bei unseren Gemeinschaftsabenden und unseren Festen, bei denen wir deutsche Lieder singen und auch sonst die deutsche Sprache und Kultur pflegen«, nennt Jesper Jessen, der Vorsitzender des Rudervereins ist, ein Beispiel.

heißt, einer nationalen Minderheit anzugehören.

»Jemandem, der nicht selber einer Minderheit angehört, ist dies schwer zu erklären, und manchmal habe ich auch gar keine Lust«, lacht Lisbet. Wenn sie dennoch den Versuch mache und erkläre, dass das Vorhandensein nationaler Minderheiten historisch bedingt und die deutsch-dänische Grenze durch Kriege verschoben worden sei, werde sie oft mit der Aussage konfrontiert: »Wenn die Grenze verschoben wird, kann man doch einfach auf die andere Seite ziehen!« Aber so einfach sei das ja nicht. »Das verstehen die Leute nur nicht immer.«

Texte
Ruth M. Candussi

Wer unser Angebot wahrnimmt, bekennt sich zu uns

Büchereidirektor Nis-Edwin List-Petersen zur kulturellen Entwicklung

Apenrade/Aabenraa

clk. Apenrader Theaterhotel, Haus Adalbert in Sonderburg, Schweizerhalle in Tondern und der Bürgerverein in Hadersleben – bei den älteren Mitgliedern der deutschen Minderheit wecken diese Ort wehmütige Erinnerungen an viele zusammen verbrachte Stunden und die Kultur, die man dabei genoss. Heute muss, wer deutsches Theater sehen will, nach Flensburg fahren. Und dieses Angebot wird nachgefragt. Die Abozahlen steigen.

Warum dies aber nicht unbedingt eine Entwicklung zum Schlechteren ist, erläutert Büchereidirektor Nis-Edwin List-Petersen, der über viele Jahrzehnte die kulturelle Entwicklung des Grenzlandes mitverfolgt und auch mitbestimmt hat.

Vor 50 Jahren hatten die Mutterländer die klare Aufgabe, ihre jeweilige Minderheiten zu unterstützen. »Das Landestheater bekam Zuschüsse auch ausdrücklich mit der Maßgabe, Nordschleswig mitzuversorgen«, erinnert sich Nis-Edwin List-Petersen. Dem Sønderjyllands Symfoniorkester erging es ähnlich. Allerdings mussten in beiden Fällen die Veranstalter manches Mal erleben, dass mehr Men-



Nis-Edwin List-Petersen

schen auf der Bühne waren als im Saal. Denn zu einer Veranstaltung der Minderheit ging die Mehrheitsbevölkerung nicht. Das waren geschlossene Kreise.

Auch nach Inkrafttreten der Bonn-Kopenhagener Erklärungen dauerte es lange Jahre und setzte sich es langsam »unbezahlbare Brückenbauer mit hoher Sachkompetenz sind«, so Nis-Edwin List-Petersen. Aber viele Jahre vermieden es deutsche Nordschleswiger hier im Landesteil, sich für Spitzenpositionen zu bewerben. »Die Nicht-Überprüfung der Gesinnung stand zwar auf dem Papier, aber...«

»Seitdem gibt es aber eine

sehr positive Entwicklung, auch vorangetrieben durch die FUEV, weil sich die Minderheiten dort auf europäischer Ebene, auf neutralem Boden begegneten.«

Nach Nis-Edwin List-Petersens Ansicht ist es heute nicht böser Wille, wenn die Bonn-Kopenhagener Erklärungen nicht beachtet werden, wie in Norburg, als die Gesinnung der Kindergarteneltern überprüft werden sollte, »sondern Unwissenheit«. Aber die Erklärungen bedeuten, »dass eine Gleichberechtigung nur bei Sonderrechten für die Minderheiten erreicht wird«, erläutert der Büchereidirektor weiter.

Wie weit vorangeschritten das gute Zusammenleben ist, macht er an mehreren Beispielen deutlich: Das deutsch-dänische Bibliotheksforum wurde maßgeblich von den Minderheitenbüchereien mit angeschoben. Und im Konfliktfall, als die Sønderjyske Landsbibliothek ihren Status als Zentralbücherei verlor, konnte der gemeinsame Protest von deutschen und dänischen Büchereien diesseits und jenseits der Grenze wenigstens erreichen, dass die Bibliothek eine Million Kronen mehr erhielt, weil sie eine grenzüberschreitende Aufgabe hat.

Die deutsche Bücherei bezeichnet steigende Besucherzahlen von Dänen, die das ganz spezielle Angebot nutzen wollen.

Das gemeinsame Grenzlandportal im Bibliothekswesen bringt auch die Minderheitenbüchereien in weiteren Kreisen Beachtung.

Ein anderes Beispiel ist die Nordschleswigsche Musikvereinigung. Hier singen mittlerweile gestandene Dänen mit, was vor etlichen Jahren undenkbar gewesen wäre.

Die Fahrten über die Grenze ins Theater zeigen vor allem, dass die Grenze wirklich durchlässig ist und dass Flensburg für Nordschleswiger durchaus eine Oberzentrumfunktion haben kann.

»Aber«, warnt Nis-Edwin List-Petersen, »das Eis ist nicht sehr dick.« Strukturreform, eventuelle Schließungen kleiner dänischer Schulen, während die deutschen Minderheitenschulen bestehen bleiben, die Wahl in Schleswig-Holstein – die Harmonie kann leicht wieder beeinträchtigt werden.

»Dennoch: Es gibt keine Alternative zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen«, lautet sein Resümee. Und für ihn gilt: »Wer unser Angebot wahrnimmt, bekennt sich zu uns.«

»Musik ist friedentiftend«

Peter von der Osten zur Musik im Grenzland

Apenrade/Aabenraa

clk. Als Peter von der Osten vor fast 21 Jahren von Lübeck nach Apenrade kam, sagten ihm die

Bonn-Kopenhagener Erklärungen noch nichts. »Ich lernte sie aber bald kennen. Sie sind für mich wie Ergänzungen des Grundgesetzes, und auf das habe ich als Lehrer meinen Amtseid abgelegt.«

Peter von der Ostens Aufgabe als »Generalmusikdirektor im Kleinformate«, wie er sich mit einem Schuss Selbstironie bezeichnet, war es, Musik und Kultur zu fördern. Vom Bund Deutscher Nordschleswiger, insbesondere in Person von Generalsekretär Peter Iver Johannsen, gab es keinerlei Vorgaben. »Ich sollte selbst die Initiative ergreifen. Ein Füreinander in der Musik schaffen.«

Der Austausch zwischen deutschem und dänischem Gymnasium in Apenrade, der ist »jetzt eine Selbstverständlichkeit, vorher war da höfliche Distanz«, erinnert sich der Musikkonsulent und Dirigent der Nordschleswigschen Musikvereinigung. »Ich war es gewohnt, dass in anderen Grenzgebieten die Deutschen mit Holländern oder Franzosen zusammen musizierten und war erstaunt, dass das hier nicht so selbstverständlich der Fall war.«

Abgesehen davon, dass ihm einmal von Minderheitenseite vorgeworfen wurde, auf einer Reise zu viel Dänisch gesprochen zu haben, hat Peter von der

Osten nie Schwierigkeiten mit der Balance zwischen Minderheit und Mehrheit, Deutsch und Dänisch gehabt.

»Musik ist immer friedentiftend«, so seine Haltung.

Rückblickend kann er aber durchaus erkennen, dass die Hemmschwellen gesunken sind. Dass Deutsche und Dänen eher aufeinander zugehen und gemeinsam musizieren, wie zum Beispiel der Schulchor der Duborg Skole und das Deutsche Gymnasium für Nordschleswig, an dem Peter von der Osten Musik unterrichtet.

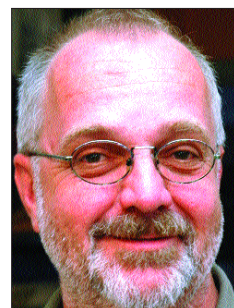
»Heute ist alles vollkommen durchlässig. Wer Zeit hat, geht zu allen Veranstaltungen, denen der Minderheit und denen der Mehrheit. Es werden keine Unterschiede gemacht, wohin und zu wem man ins Konzert geht.«

Allerdings bleiben Unterschiede bestehen, und das ist Peter von der Ostens Ansicht nach auch nur gut. Denn davon lebt das Grenzland, das ist das Mehr.

»Sprache bedeutet Denken, Philosophie, Kultur. Diese Schätze zeigen wir jetzt.« Peter von der Osten will zum Beispiel die dänische Kammermusik der deutschen gegenüberstellen. »Ein dänisches Streichquartett spielt mit anderem Ausdruck und anderer Interpretation als ein deutsches.« Das zu zeigen, ist eine Bereicherung.

»Ich sehe keine Gefahr einer Assimilierung, weil es durch die sprachliche Grundlage so viele

Unterschiede und Werte gibt, die das Mehr im Grenzland immer bedeuten werden«, so Peter von der Osten, der seine Worte bewusst als die eines Musikers verstanden haben möchte, der immer auch international ist.



Norbert Klöcker (53), Internatsleiter am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig, Apenrade.

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bedeuten für mich, dass man friedlich in einer Mehrheit zusammenleben kann, dass man als Minderheit gesetzlich akzeptiert wird. Man muss sich also nicht schämen, Deutscher zu sein. Ich weiß nicht, ob das was damit zu tun, aber ich wundere mich, wo wir in dieser Konstellation zusammen leben, wie die Aufenthaltsgenehmigungen in den Ämtern auf Englisch, Dänisch und Französisch, aber nicht auf Deutsch sind.

MAKING MODERN LIVING POSSIBLE

Danfoss



Global and still Down to Earth

- Wir haben eine Leidenschaft für Technik, die Menschen nutzt

Danfoss A/S • DK-6430 Nordborg, Dänemark • Tel.: +45 74 88 22 22 • Fax: +45 74 49 09 49 • E-mail: danfoss@danfoss.com • www.danfoss.com

Die Grenze im Blick

Matthias Janz, Kirchenmusikdirektor, überschreitet die Grenze(n)



Matthias Janz

Flensburg

clk. Über die Stationen Heidelberg und Karlsruhe kam der gebürtige Lübecker Matthias Janz vor rund 30 Jahren als Kirchenmusikdirektor an die St.-Marien-Kirche in Flensburg. «Ich kam ganz unbefangen. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sagten mir nichts», so der Musikprofessor.

In den Jahrzehnten seines musikalischen Wirkens aber hat er die Erklärungen mit Leben erfüllt.

Vorurteile hat er zunächst nicht gespürt, sondern vor allem die Chance, mehr zu sehen und (kennenzu-) lernen, zum Beispiel den Haderslebener Dom und die Kirche in Lügumkloster. »Die Kultur hat mich fasziniert.«

Schockiert hat ihn aber, als er nach zwei, drei Jahren die Bach-Tage veranstaltete und wegen Umbauarbeiten auf die Heiliggeistkirche ausweichen wollte. Die Kirche war bis vor kurzem Teil von St. Marien,

wurde aber von der dänischen Minderheit genutzt.

»Kurz bevor das Konzert begann, kam der dänische Pastor und sagte »das deutsche Programm darf hier nicht verteilt werden«. Draußen standen die Gäste. Ich war total geschockt«, erinnert sich der Musiker.

Positiv überrascht wurde er von einer älteren Deutschen, die im Bachchor in der nach dem Mauerfall zur Tradition gewordenen Aufführung von Beethovens Neunter zusammen mit Dänen vom Sønderjyllands Symfoniorkester sang »Alle Menschen werden Brüder« und sich daran erinnerte, wie sie als Flüchtlingskind von den Dänen mit Steinen beworfen wurde. »Und jetzt singe ich mit den Kindern derer, die mich damals bewarfen, zusammen«, sinnierte sie.

Dieses musikalische Zusammenspiel von deutschem Bachchor und dänischem Sinfonieorchester, dänischen Sängern und deutschen Musikern ist für Matthias Janz gelebte Bonn-Kopenhagener Erklärung.

Und wie Peter von der Osten bei der Nordschleswigschen Musikvereinigung stellt auch er beim Bachchor fest, dass gestandene Dänen mitsingen, die sogar aus Hadersleben dafür anreisen. Und wenn der Bachchor zusammen mit dem Sønderjyllands Symfoniorkester auftritt, ist das Haus auch voll. Denn das Orchester allein füllt den Saal häufig nicht, so seine Erfahrung. Hier überschreitet die deutsche

Mehrheitsbevölkerung die Schwelle noch nicht im großen Umfang.

Einen ganz ungewöhnlichen Schritt über die Grenze machte Matthias Janz aber schon in den 70er Jahren, als der damalige Geschäftsführer des Sønderjyllands Symfoniorkester, Jørgen Billesbølle, ihn als Gastdirigent anworb. Das Orchester war zu dem Zeitpunkt noch stramm dänisch, wenige ausländische Musiker spielten mit. Aber Matthias Janz machte seine Sache so überzeugend, dass das Orchester ihn immer wieder als Gastdirigent auswählte, Orchester aus Odense und Århus zogen nach. Die grenzüberschreitende Musik klingt nördlich wie südlich der Grenze.

Die Zusammenarbeit ist »beglückend und anregend«. Aber für Matthias Janz ist klar, dass Unterschiede Unterschiede bleiben müssen und nicht alles in einen Topf geworfen werden darf. »Wir machen ein deutsches Programm. Das Eigene muss bleiben.« Und Matthias Janz scheut sich auch nicht vor dem klaren Wort, dass »deutsche Disziplin nicht schadet«, wenn diese denn mit der Lockerheit der Dänen gepaart wird, kommt Vielversprechendes dabei heraus.

Ein nächstes Beispiel der Grenzüberschreitung ist die Einweihung der neuen Orgel in der Kirche Hohe Kolstrup in Apenrade. Hier ist Matthias Janz gebeten worden mitzuwirken. Eine Ehre, der er gerne nachkommt.

»Ein deutscher Künstler?«

Heike Jakobsens Galerie Drehpunkt für deutsch-dänische Kunst

Warnitz/Vaernæs

clk. Die Frage, ob ein Kunstwerk nun von einem deutschen Künstler stammt oder doch von einem dänischen wird Heike Jacobsen in ihrer Galerie »Den gyldne Løve« in Warnitz kaum noch gestellt. Sie kann sich aber noch gut an die Zeiten erinnern, zu denen solche Fragen bei dänischen Käufern und insbesondere bei den Kunstvereinen eine Rolle spielten. »Es gab Kunstvereine, die kauften nur Werke von dänischen Künstlern«. Mittlerweile aber werden die Werke von deutschen Malern, Keramikern oder andern Kunsthandwerkern oft ebenso nachgefragt wie die von Dänen. Dafür sind Dänen wie Ken Denning in Deutschland bekannt geworden. Und genau das ist auch das Anliegen von Heike Jacobsen, die im Frühjahr 1996 die erste Ausstellung in ihrer malerisch gelegenen Galerie zeigte. Sie will deutsche und dänische Kunst diesseits und jenseits der Grenze zeigen und Künstler zusammenbringen. Das ist dies gelungen ist, zeigen die zahlreichen gut besuchten Ausstellungen, die vielen Sammler, die inzwischen darauf vertrauen bei Heike Jacobsen »ihren Maler/ihre Malerin« zu finden und die Bitten um Teilnahme an Ausstellungen, die Heike Jacobsen als Galeristin wie als Künstlerin erreichen. Ihr Entschluss, die Galerie zum 1. April zu schließen, wird deshalb einen Einschnitt und möglicherwei-

se einen Rückschritt bedeuten.

Die Botschaft der Bonn-Kopenhagener Erklärungen, die Heike Jacobsen in ihrem von Toleranz geprägten Elternhaus in Eiderstedt praktisch erlebte, fasst sie in den Worten zusammen: »die Menschen gleichwertig behandeln. Mehr gibt es darüber nicht zu reden.«

Ihr liegt die Tat mehr und deshalb bemüht sie sich mit ganz viel Engagement und

Herzblut – »ohne das geht es nicht« – die Grenzen durchlässig zu machen. Ihre Galerie am Meer ist ein Sammel-punkt für Kunst und Künstler. In den Jahren seit 1955 ist ihrer Beobachtung nach durchaus ein Wandel eingetreten. Die Menschen sind offener für die Kunst aus dem Nachbarland, aber die Unterschiede bleiben bestehen.

»Die deutschen Künstler sind ernster, akademischer, malen in dunkleren Farben.

Die dänischen hingegen bevorzugen Humor, helle Farben, sind witzig und sprudelnd«, nennt Heike Jacobsen Unterschiede, die ihr auffallen.

Ihr Entschluss, sich in Privatleben zurückzuziehen, wird von Künstlern wie vom Publikum bedauert, weil die Grenze wieder dichter werden könnte, wenn keiner den Stab übernimmt.



Am Ostersonntag ist die Galerie zum letzten Mal geöffnet.

Wir freuen uns über 50 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen



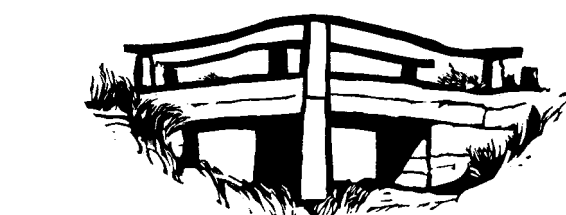
Nordschleswigscher
Ruder-Verband

www.nrv.dk



Deutscher
Jugendverband
für
Nordschleswig

10 Sportvereine ♦ 12 Clubs ♦ Junglandwirte ♦ Blaskapelle ♦ Insgesamt 2007 Mitglieder



Deutsche
Selbsthilfe
Nordschleswig

Westerstraße 30 - 6200 Apenrade - Telefon 7462 3833

Gewinn für Dänemark und Deutschland

Der Nordschleswiger: Poul Schlüter, wie schätzen Sie als gebürtiger »Sønderjyde« und als ehemaliger Staatsminister die Bedeutung von 50 Jahren Bonn-Kopenhagen ein?

Poul Schlüter: Es waren glückliche Erklärungen, die große Bedeutung und die vor allem die Grundlage dafür geschaffen haben, dass den Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze damals gute Rahmenbedingungen eingeräumt worden sind. Und sie reichten ja weit über das deutsch-dänische Grenzland hinaus, weil Dänemark in Verbindung mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen damals grünes Licht für den westdeutschen Nato-Beitritt gab.

Der Nordschleswiger: Wenn Sie mit Bundeskanzler Helmut Kohl gesprochen haben, war Bonn-Kopenhagen auch ein Thema?

Poul Schlüter: Nein, wir



Poul Schlüter und Helmut Kohl

sprachen nur selten über die Minderheiten, denn es ging ja vor allem um wichtige EU-Fragen. Allerdings haben wir beide oft genug darauf hingewiesen, dass wir stolz waren darüber, was nach den Bonn-Ko-

penhagener Erklärungen alles erreicht worden war. Früher waren die Minderheiten in der Geschichte oft eine Belastung für das deutsch-dänische Verhältnis, aber heute sind sie ein Gewinn für Dänemark

und Deutschland.

Der Nordschleswiger: Nun gibt es ja CDU-Verärgerung südlich der Grenze, weil sich der SSW, trotz Befreiung von der Fünf-Prozent-Sperrklausel durch die Bonn-Kopenhagener Erklärung, nun als Zünglein an der Waage in Kiel für die rot-grüne Regierung entschieden hat. Wie beurteilen Sie diese historische Zäsur in der Minderheitenpolitik?

Poul Schlüter: Die SSW-Abgeordneten sind gewählt, und sie bestimmen selbst, wie sie ihre Mandate nutzen wollen. Trotz eines Sonderstatus haben sie nach meiner Ansicht die Pflicht zur Regierungsbildung. Und das sage ich, obwohl ich ja Konservativ bin.

Weiterhin mit einer gewissen Vorsicht behandeln

Einschätzung teile ich, und das ist ja das Geniale am Abkommen von 1955. Gerade die Tatsache, dass man diese besondere Konstruktion mit den beiden unilateralen Erklärungen gewählt hat, lässt heute die Feststellung zu, dass damals niemand besiegt worden ist und dass auch keine Seite durch den Abschluss gedemütigt wurde. Obwohl aber alles so entspannt wirkt und das deutsch-dänische Verhältnis heute ausgezeichnet ist, möchte ich darauf hinweisen: es gibt weiterhin etwas, das man mit einer gewissen Vorsicht behandeln soll.

Der Nordschleswiger: Geopolitik ist Schicksal?

Henning Gottlieb: Ja, und wenn man die Situation südlich der Grenze verfolgt – ich denke jetzt nur als Observateur aus alten Zeiten –, dann sollten die Dänen südlich der Grenze beachten, dass sie mit ihrer Politik ein privilegiertes Wahlrecht für sich beanspruchen. Politik hat aber auch immer etwas mit Gefühlen zu tun.

Der Nordschleswiger: Sollten Schröder og Fogh denn am 29. März den 50. Jahrestag überhaupt gemeinsam feiern?

Henning Gottlieb: Selbstverständlich. Was jetzt aktuell geschieht, darf nicht das Erreichte überschatten oder gar verdrängen. Das aber legt eine

die es durchaus gut mit der dänischen Minderheit südlich der Grenze meinen.

Der Nordschleswiger: Wir wissen aus den Archiven, wie sehr die Briten nach 1945 die dänische Regierung vor territorialen Experimenten in der Südschleswig-Frage gewarnt haben, aber welche Rolle spielt die Supermacht USA? Sie haben ja selbst entscheidende Verhandlungen mit den Amerikanern über Grönland und die amerikanischen Atomwaffen geführt, wie schätzen Sie die damalige Haltung der USA in Zusammenhang in Sachen Bonn-Kopenhagen ein?

Henning Gottlieb: Ich habe da kein konkretes Wissen, aber ich bin mir völlig sicher, dass es im Unterbewusstsein aber auch im Bewusstsein der dänischen Nation gelegen hat, dass es in dieser Deutschland-Frage darum ging, mit den USA zusammenzustehen – als Teil der freiheitlichen westlichen Welt.

Der Nordschleswiger: Also kann der Ratschlag aus Washington etwa so gelaute haben: Freunde in Dänemark, hier gibt es im Zusammenhang mit den Minderheitenfragen und der westdeutschen Nato-Mitgliedschaft ein Anliegen, wo ihr Dänen entscheidend Rücksicht nehmen müsst?



Henning Gottlieb

große Verantwortung auf die Schultern der Menschen, die sich zur dänischen Minderheit bekennen. Ob sie diese Verantwortung tragen können, das kann ich heute nicht beantworten.

Der Nordschleswiger: Sie sind also skeptisch angesichts des historischen Übergangs im SSW von einer reinen Minderheitenpartei zu einer Regionalpartei, die nun auch über die Regierungsbildung entscheidet?

Henning Gottlieb: Genau, und wenn dies der Fall ist, dann muss man die Verfassung ändern. Diese Haltung wird auch von Leuten geteilt,

Henning Gottlieb: Das ist sicher sehr diskret und freundlich geschehen.

Der Nordschleswiger: Welche Rolle hat damals für Dänemark neben Südschleswig auch die Frage Grönland gespielt?

Henning Gottlieb: Grönland war selbstverständlich eine ganz wichtige Karte für Dänemark, denn so konnten wir kompensieren, was wir aus amerikanischer Sicht zu wenig an eigenen Verteidigungsanstrengungen geleistet haben, aber die Grönland-Frage ist in meiner Erinnerung erst nach 1955 entscheidend gewesen.

Poul Holmskov Schlüter

Geboren am 3. 4. 1929 in Tondern und aufgewachsen in Hadersleben (Student 1948), war von 1964 bis 1994 Folketingsabgeordneter und viele Jahre auch Vorsitzender der Konservativen Volkspartei. 1982 übernahm der Jurist (seit 1960) nach dem freiwilligen Rücktritt des Sozialdemokraten

Anker Jørgensen die Regierungsgeschäfte und war ein populärer Staatsminister bis zu seinem freiwilligen Rücktritt 1993, der dem Sozialdemokraten Poul Nyrup Rasmussen an die Macht kommen ließ.

Schlüter war als Staatsminister direkt beteiligt an der Errichtung des deutschen

Sekretariats in Kopenhagen 1983, und er interessiert sich noch heute für Minderheitenfragen und das deutsch-dänische Grenzland. Schlüter war sowohl in der Nato als auch vor allem in der EU ein enger Partner des damaligen deutschen CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl.

Gesten auf Gegenseitigkeit

Der Nordschleswiger: Herr Botschafter, wie beurteilen Sie als einer der erfahrensten dänischen Diplomaten die Bonn-Kopenhagener Minderheiten-Erklärungen?

Eigil Jørgensen: Das Kopenhagen-Bonn-Abkommen aus dem Jahre 1955 markiert einen Meilenstein im Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland und hatte entscheidende Bedeutung für die Minderheiten nördlich und südlich der Grenze. Die Tatsache, dass die dänische Minderheit nach dem Abkommen trotz der allgemeinen Fünf-Prozent-Sperrklausel wieder im schleswig-holsteinischen Landtag in Kiel vertreten wurde, war eine große deutsche Geste (»storsindethed«), die bemerkenswert war. Das Abkommen von 1955 muss jedoch in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. Das Abkommen schuf die Grundlage dafür, dass in der Nato Einigkeit über die Aufnahme der Bundesrepublik erzielt werden konnte und leitete zugleich Deutschlands natürliche Position als



Eigil Jørgensen

bedeutender europäischer Partner in Zusammenarbeit mit den USA ein. Es war Staats- und Außenminister H. C. Hansen, der den ersten Schritt zu diesem Abkommen unternahm – durch ein Gespräch mit Bundeskanzler Konrad Adenauer während einer Nato-Sitzung in Paris. Und es war der Direktor des dänischen Außenministeriums, Nils Svenningsen, der als treibende Kraft die Verhandlungen über das Abkommen prägte, die in der Form von

zwei einseitigen Erklärungen ein diplomatisches Meisterstück darstellen. Alle haben erkannt, dass H. C. Hansen ein eminent tüchtiger und einmaliger dänischer Innenpolitiker war. Seine Initiative zum Abkommen von 1955, seine markante Haltung zur Nato und seine Grönlandpolitik mit der Rücksichtnahme auf den Thule-Stützpunkt beweisen jedoch, dass er auch im außen- und sicherheitspolitischen Bereich für Dänemark eine ganz entscheidende Rolle gespielt hat.

Der Nordschleswiger: 50 Jahre später, besteht da aus Ihrer Sicht noch ein Grund, dass die beiden Regierungschefs Schröder und Fogh am 29. März dieses Jubiläum feiern?

Eigil Jørgensen: Ja, es gibt durchaus einen guten Anlass, diesen Tag feierlich zu begehen. Man denke an die Situation unmittelbar nach 1945, als die dänische Regierung beschlossen hatte: die Grenze liegt fest! Die Grenze stand auch 1955 nicht zur Disposition, aber das Abkommen zementierte sozusagen die Haltung, die Dänemark 1945 in dieser Frage eingenommen hatte. Damit hatte Dänemark Rücksichtnahme auf Deutschland bewiesen, und umgekehrt hat Deutschland 1945 auch eine große Geste gegenüber Dänemark an den Tag gelegt. Das zeigt, dass beide – trotz der Streitigkeiten, die es zwischen unseren Ländern von Geburt an gegeben hat – in entscheidenden Situationen doch Rücksicht aufeinander

genommen haben. Klar: wenn eine Großmacht wie Deutschland Rücksichtnahme demonstriert, dann hinterlässt dies im Sande mehr Spuren, als wenn ein kleines Land Rücksichtnahme beweist. Aber hier verzeichnen wir eben eine Gegenseitigkeit, die das Abkommen von 1955 charakterisiert und die damit kennzeichnend geworden ist für das Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland.

Der Nordschleswiger: Aber trübt der Wirbel um den SSW als Zünglein an der Waage in Kiel nicht die Freude am Jubiläum, ist etwa sogar das Fundament von 1955 gefährdet?

Eigil Jørgensen: Nach meiner Meinung sollten sich alle Kräfte darum bemühen, die Ereignisse in Kiel zu einem Ereignis minderer Bedeutung im Verhältnis zwischen Dänemark und Deutschland zu machen. Die Entscheidung ist allein eine Entscheidung der dänischen Minderheit, und in solche Angelegenheiten kann weder eine dänische noch umgekehrt eine deutsche Regierung eingreifen. Die dänische Regierung wird, davon bin ich überzeugt, jedenfalls alles tun, um sich nicht einzumischen.

Der Nordschleswiger: Der Bonn-Kopenhagener Geist lebt also weiter?

Eigil Jørgensen: Ja, denn ganz parallel stehen so große Fragen sowohl für die deutsche als auch für die dänische Regierung auf dem Spiel, dass alle guten Kräfte sich dafür einsetzen sollten, diese Kieler Frage so niedrig wie möglich zu halten.

Henning Gottlieb: Diese

Henning Vincent Gottlieb

Geboren 1926 in Kopenhagen, aber 1944 Student von »Haderslev Katedralskole«, hat als sicherheitspolitischer Berater von Staatsminister Poul Schlüter – hinter den Kulissen als »graue Eminenz« – eine große Rolle gespielt in entscheidenden Phasen des Kalten Krieges. 1960 begann cand. polit. Gottlieb seine Karriere im Außenministerium, die 1963 im Staatsministerium fortgesetzt wurde, wo er 1969 zum Konsulenten/Berater aufstieg. Als Sonderbeauftragter (»kommitteret«) in internationalen Fragen

diente er den Regierungschefs von 1980-1995, von 1988-1994 war er auch Vorsitzender des sicherheits- und abrüstungspolitischen Ausschusses. Chefanalytiker Gottlieb hat 2001 seine Erinnerungen »I Kronens Tjeneste« herausgegeben, hat u. a. auch Bücher über die Verhandlungspolitik von Erik Scavenius während der deutschen Besatzungszeit, über »Tyskland i Europa« (1995) und zuletzt 2003 auch über die EU mit dem kritischen Titel »Der er en grænse for EU's statsdannelse« geschrieben.

»Da steckte mehr Politik drin als ich je erwartet hätte«

Friedrich Hartung bemühte sich um die Anerkennung des SV Tingleff bei den Verbänden

Tingleff/Tinglev

jki

»Da steckte mehr Politik drin als ich je erwartet hatte«, sagt Friedrich Hartung, langjähriger Handballer und von 1970 bis 1975 auch Vorsitzender des SV Tingleff.

Der 59-Jährige setzte sich lange Jahre für seinen Verein ein, der sowohl bei dänischen als auch deutschen Verbänden zunächst vergeblich um Anerkennung bemüht war und erst nach hartnäckigem Kampf die Hindernisse aus dem Weg räumen konnte.

Hartung gehörte beim SV Tingleff einer talentierten Generation mit Namen wie u. a. Heinz Jespersen und Günther Zink an, die in der neun Mannschaften starken Jugendverbandsrunde Anfang der sechziger Jahre sehr erfolgreich war. An einer Teilnahme an der dänischen Punktrunde war zu dieser Zeit nicht zu denken, doch auch auf deutscher Seite gab es Hindernisse. Geduldet wurde, dass der SV im schleswig-holsteinischen Verband in der Bezirksliga spielte, doch ein Aufstieg in eine höhere Spielklasse war nicht erlaubt. »Es gab damals eine Abstimmung in Kiel, die es uns untersagte, in die Regionalliga aufzusteigen – das war eine große Enttäuschung, und für uns war damit auch die Grundlage weg«, sagt Hartung und erinnert sich an eiskalte Vormittage in der Husumer Viehhalle, wo der Mist zur Seite gefegt wurde und sich die Spieler auf dem Betonboden wunde Knie holten: »Wir wollten danach wieder in Dänemark spielen – lieber in Dänemark als Deutsche ausgeschimpft werden als in Deutschland als Dänen.«

Der sportlichen Herausforderung wegen wechselte Hartung für vier Jahre nach Baistrup, wo die Mannschaft von der Serie 1 in den »Storkreds« aufstieg,



Friedrich Hartung (unten links) ist weiter in der Grand-Old-Boys-Mannschaft des SV Tingleff aktiv, die sich für die dänische Meisterschaft im April qualifiziert hat.

doch die Aufführung der Sporthalle in Tingleff (1968) zog die Rückkehr zum SV mit sich. »Baistrup spielte wie der SV in Bülstrup und wollte nicht in der Sporthalle spielen, weil es eine deutsche Halle war – das empfand ich auch als Entscheidung gegen mich, und unter diesen Umständen wollte ich nicht mehr für Baistrup spielen und bin aus dem Verein ausgetreten.«

Friedrich Hartung setzte sich stattdessen für die Anerkennung des SV Tingleff bei dänischen Verbänden ein, doch 1970 scheiterte unter großem Medieninteresse der Antrag an Sønderjysk Idrætsforening (SI). Bei einer Versammlung im Tingleffer Kirchenkrug stand der damalige SI-Vorsitzende Helge Jensen aus Döstrup dem Beitritt positiv gegenüber, doch der SV konnte sich mit dem Zweckparagrafen von SI nicht anfreunden, der davon sprach, den nationalen Geist zu wecken und zu wahren

sowie Dänentum bis zur Eider. Der Beitritt bei Jysk Håndbold Forbund (JHF) erfolgte jedoch relativ einfach und unproblematisch durch Zusage des Zweckparagrafen des SV Tingleff.

»Es geschah allerdings nicht ohne Widerstand aus den eigenen Reihen, und zwar auf höchster Ebene – da wurde mir klar, wie viel Politik hier drinsteckte«, sagt Friedrich Hartung, als er mit dem **Nordschleswiger** durch die zahlreichen Zeitungsausschnitte blättert: »Ich bin aber ein fanatischer Sportler, der damals wie heute der Auffassung ist, dass ein gewisses Verständnis erreicht wird, wenn man gegen die dänischen Vereine spielt – wir waren eine kleine Gruppe, die überzeugt davon war, dass dies der richtige Weg war.«

Für Friedrich Hartung hat sich der Kampf um die Anerkennung gelohnt, auch wenn es unterwegs einige Rückschläge gegeben hat.

»Von offizieller Seite gibt es keine Probleme mehr, aber die Dummen sterben nie aus und haben immer noch ein Toleranzproblem«, so Hartung und erinnert sich an verschiedene Vorfälle: »Vielorts hat es böse Zurufe gegeben. Es gab einige schlimme Erlebnisse in Bau, darunter ein Jugendspiel mit meinem Sohn, wo Leute wie bei einem Länderspiel mit dem Danebrog saßen und unsere Spieler als 'Nazi-Schweine' beschimpften – das wollten wir unter keinen Umständen hinnehmen und sind zur Zeitung gegangen, aber es gibt auch andere Beispiele, wo ein kurzes Gespräch viel bewirken kann. Ich denke da an ein Spiel in Woyens, wo es in der ersten Halbzeit von einigen jugendlichen einige üble Zurufe gab. Auf dem Weg in die Umkleidekabine bin ich auf die Jugendlichen zugegangen und habe kurz mit ihnen gesprochen – in der zweiten Halbzeit gab es keine Zurufe mehr und vereinzelt sogar Beifall für gelungene Aktionen von uns, und da ist mir klar geworden, wie bedeutend ein kurzes Gespräch sein kann.«

Der Kampf um die Anerkennung bei den Verbänden hatte aber auch sportlich seinen Preis. »Ich bin davon überzeugt, dass wir weiter gekommen wären, wenn nicht die gleichen Leute nebenher Politik gemacht hätten. Das ärgert mich heute noch, weil wir das Zeug dazu hatten. Wir schlugen Divisions-Teams bei Weihnachtsturnieren, haben aber immer wieder entscheidende Spiele um den Aufstieg zur Dänemarkserie knapp verloren – es gab auch Spiele, wo wir uns verpöffen fühlten, auch weil wir von dem 'Knüppelhandball' aus Deutschland kamen.«

Der Aufstieg in die Dänemarkserie gelang dem SV Tingleff später zweimal, Ende der siebziger Jahre und wieder in den achtziger Jahren.

»Müssen erst erklären, was die deutsche Minderheit ist«

Michael Ludwigsen rudert für Dänemark

Gravenstein/Grästen

jki

Michael Ludwigsen aus Rinkenise und sein Apenrader Partner Christian Asmussen sorgten im vergangenen Oktober in Ruderkreisen für Aufsehen, als sie höchstüberraschend den einzigen Sieg für Dänemark beim Baltic Cup in Kopenhagen holten, einem Ländervergleich zwischen zehn Ostsee-Staaten.

Die beiden Talente des Nordschleswigschen Ruder-Verbandes (NRV) sorgten weniger durch ihre Herkunft, vielmehr durch ihre sportliche Leistung für Aufsehen, wobei in der Vergangenheit nur selten Sportler aus der deutschen Minderheit für internationale Aufgaben berufen wurden.

»Wir müssen erst erklären, was die deutsche Minderheit überhaupt ist«, sagt Michael Ludwigsen, der bei internationalen Aufgaben oder Lehrgängen mit der Jugend-Nationalmannschaft des öfteren Fragen von verwunderten Teamkollegen beantworten musste: »Anfangs dachten sie, dass wir aus Deutschland wären und fragten, ob wir überhaupt für Dänemark starten dürfen, aber wenn wir es ihnen erst erklärt haben, verstehen und akzeptieren sie es auch.«

Negative Erfahrungen oder gar Beschimpfungen hat es für den 16-Jährigen vom Deutschen Ruderverein Gravenstein keine gegeben. »Es hat natürlich Fragen gegeben, ob wir Deutsche sind, aber wenn sie hören, dass wir dänische Staatsbürger sind, spielt es keine große Rolle, dass wir aus der deutschen Minderheit kommen – wir sprechen ja

auch dänisch genau so gut wie die anderen auch«, so Michael Ludwigsen.

Von Verbandsseite ist den nordschleswigschen Talenten keine Steine in den Weg gerollt worden – das war aber vor Jahren ganz anders. Die 52-jährige Geschichte des Nordschleswigschen Ruder-Verbandes ist von mühsamen Kämpfen um Anerkennung und um Aufnahme in nationale Verbände geprägt.

Die nordschleswigschen Ruderer wollten Anfang der fünfziger Jahre an Regatten in Deutschland teilnehmen und durften auch gern mitfahren, doch die Siege wurden zu-



Ludwigsen (l.) und Asmussen

nächst nicht anerkannt, weil sie weder im deutschen noch im dänischen Ruder-Verband Mitglied waren.

Der erste Anschlag an den Deutschen Ruder-Verband wurde 1953 mit der Begründung abgelehnt, dass der DRV keine ausländischen Vereine als Mitglieder aufnimmt. Der Nordschleswigsche Ruder-Verband musste sich bis 1971 gedulden, als der damalige DRV-Vorsitzende Dr. Claus Heß Nordschleswig besuchte und sich für den NRV einsetzte. Erst elf Jahre später gab es die Aufnahme in den dänischen Verband, der nur Vereine und keine Verbände als Mitglieder wollte. Der »Nordslesvigsk Roklub« wurde 1982 als »siebter Ruderverein« des NRV gebildet und besteht damals wie heute nur auf dem Papier. Die Nordschleswiger machten keinen Hehl daraus, wer sie waren und was sie wollten, und auch »Dansk Forening for Rosport« begrüßte damals »die deutschen Ruderer in Nordschleswig«.

Wir freuen uns über 50 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen

- ☉ Familienberatung
- ☉ Psychologenhilfe
- ☉ Kuraufenthalte
- ☉ Tonzeitung
- ☉ Behindertenausflüge
- ☉ Kinderfreizeiten
- ☉ Familienfreizeiten
- ☉ Seniorenfreizeiten
- ☉ Reisen
- ☉ Seminare



**SOZIALDIENST
NORDSCHLESWIG**

WESTERSTRASSE 30 - 6200 APENRADE - TELEFON 74 62 18 59

**Deutscher
Presseverein**

Der Nordschleswiger
DEUTSCHE TAGESZEITUNG IN DÄNEMARK



**Deutscher Schul- und Sprachverein
für Nordschleswig**



**Mehr als 80 Jahre
deutsche Bildungsarbeit
in Nordschleswig**



50 Jahre Zeitgeschehen aus dem *Nordschleswiger*

Gesammelt von
Volker Heesch

1954

Am 12. September 1954 scheitert der Südschleswigsche Wählerverband SSW mit 3,5 Prozent Stimmenanteil – das entspricht 42.242 Stimmen – an der Fünf-Prozent-Sperrklausel und fliegt aus dem schleswig-holsteinischen Landtag. Seit 1953 vertritt Hans Schmidt-Oxbüll die deutsche Minderheit im Folketing – auf Basis von 9.721 Stimmen. Bei den Kommunalwahlen in Dänemark steigen die Stimmenzahlen der Schleswigschen Partei stark an. In den Kreisen Tønder und Apenrade wird ein Zuwachs von 24 Prozent registriert.

Die dänische Zeitung »Hejmdal« fragt, weshalb das offizielle Dänemark nicht gegen Äußerungen Professor Hansen Larsens bei der Einweihung einer neuen dänischen Schule protestiert hat, die dänischen Schulen sollten »Südschleswig heim nach Dänemark« holen.

Am 3. Oktober 1954 wird erfolgreich die Londoner Konferenz beendet. Die Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs, Kanadas und der Bundesrepu-

blik Deutschlands unterzeichnen eine Akte, mit der die Bewaffnung der Bundesrepublik vereinbart und die Aufnahme in die Nato vorbereitet wird. Das Papier enthält eine Erklärung Bundeskanzler Adenauers, dass die westdeutschen Streitkräfte nicht für eine gewaltsame Wiedervereinigung Deutschlands genutzt werden. Die drei Siegermächte des 2. Weltkrieges verzichten auf ihre Besatzungsbefugnisse in Deutschland und verpflichten sich zur Herstellung der vollen Souveränität. Die Regierung der Bundesrepublik wird von den Westmächten als einzige frei und rechtmäßig gebildete Regierung anerkannt. Es werde weiter eine friedensvertragliche Lösung für Gesamtdeutschland angestrebt, erklären die USA, Großbritannien und Frankreich.

Am 11. Oktober 1954 wird Kai Uwe von Hassel (CDU) zum neuen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins gewählt. Er wird Nachfolger von Friedrich Wilhelm Lübke (CDU), der kurz vor seinem Tod aus Gesundheitsgründen zurückgetreten ist. Von Hassel äußert sich zur Frage der Beteiligung der

dänischen Minderheit an der landespolitischen Arbeit. Eine echte Beteiligung im Landtag sei sehr schwierig, die Staatsrechtler der Landesregierung hätten in den letzten Monaten die einschlägigen Fragen geklärt und in einem umfangreichen Gutachten niedergelegt.

»Den ganzen Fragenkomplex möchte ich in einer ruhigen, von der Wahlpsychose befreiten Atmosphäre mit den Vertretern der Minderheit durchsprechen«, so von Hassel. Von Hassel führt Ende Dezember 1954 Gespräche mit Vertretern der dänischen Minderheit und schlägt als Übergangslösung einen Minderheitenbeirat vor.

Am 20. Oktober erklärt der dänische Außenminister H. C. Hansen im Folketing, dass die Regierung die Ergebnisse der Londoner Konferenz befürworte. Es sei unrealistisch zu glauben, dass eine deutsche Wiederbewaffnung vermieden werden könne. Er gibt zugleich der Hoffnung Ausdruck, dass man in Schleswig-Holstein der dänischen Minderheit eine Vertretung im Landtag gebe. Das Folketing nimmt eine Erklärung an, »dass der Außenminister in der bevorstehenden Sitzung des

Nato-Rates der Aufnahme Westdeutschlands in das westliche Verteidigungssystem nach den auf der Londoner Konferenz festgelegten Richtlinien zustimmt und gleichzeitig den Außenminister auffordert, bei der Sitzung des Nato-Rates die dänischen Gesichtspunkte über die Interessen der dänisch gesinnten Südschleswiger geltend zu machen«.

Das deutsche Folketingsmitglied Hans Schmidt Oxbüll spricht sich am 21. Oktober im Parlament für eine Lösung des Problems der Fünf-Prozent-Sperrklausel in Schleswig-Holstein aus. Er legt gleichzeitig nordschleswigsche Klauseln vor, u. a. das Examenrecht für deutsche Schulen in Nordschleswig und Lösung offener Fragen bei Pensionszahlungen an deutsche Nordschleswiger.

Am 8. Dezember fordern die Parteien der Regierungskoalition in Bonn in einem Antrag die von Bundeskanzler Adenauer geführte Regierung auf, umgehend Verhandlungen mit Dänemark aufzunehmen, um durch einen Minderheitenvertrag oder eine andere zwischenstaatliche Regelung den Wünschen der Minderheiten beider Natio-

nen auf der Basis der Gegenseitigkeit großzügig Rechnung zu tragen.

1955

Ein neuer Abschnitt für das deutsch-dänische Grenzland: Am 29. März unterzeichnen Staatsminister Hansen und Bundeskanzler Adenauer beim Besuch des dänischen Regierungschefs in Bonn die Minderheitenerklärungen.

Bei seinem Besuch in Moskau vereinbart Bundeskanzler Adenauer die Heimkehr der letzten noch in der UdSSR befindlichen deutschen Kriegsgefangenen. Am 7. Oktober treffen 24 ehemalige Wehrmachtsgeneräle nach zwei Tagen Fahrt von Moskau an der »Zonengrenze« ein, meldet der **Nordschleswiger**.

Staatsminister H. C. Hansen teilt dem BDN-Hauptvorsitzenden Hans Schmidt Oxbüll am 2. Oktober mit, dass der Bau einer deutschen Schule in Sommerstedt vorerst nicht möglich ist, da keine Materialbewilligung erteilt werden kann.

Der dänische Export nach Deutschland steigt 1955 um 380 Millionen auf 1,22 Milliarden Kronen. Der deutsche Export geht um 44 Millionen auf 1,5 Milliarden Kronen zurück. Dänemark verkauft vor allem Schlachtvieh. Deutschland liefert vor allem Industriewaren.

In Tingleff findet am 4. November die feierliche Eröffnung der deutschen Volkshochschule in Tingleff statt. Der Flensburger CDU-Bundestagsabgeordnete Will Rasper übermittelt die Grüße des Bundestages, der Anteil am Geschehen nördlich der Grenze nehme. Westdeutschland verfolge eine Politik der Aufrichtigkeit, Verträge würden eingehalten, das deutsch-dänische Minderheitenabkommen sei ein fruchtbarer Anfang.

In Genf scheitert die Vier-Mächte-Konferenz, auf der der sowjetische Außenminister Molotow den westlichen Drei-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung Deutschlands ablehnt, der u. a. freie Wahlen vorsieht. Molotow erklärt, der Westmächteplan verkenne die Realitäten, auch lehne die UdSSR eine Remilitarisierung und eine Eingliederung Gesamtdeutschlands in die Nato ab. Die Arbeiter der DDR wollten ihren Staat nicht in einem parlamentarisch-kapitalistischen Regime aufgehen lassen. Der Kalte Krieg geht weiter.

In Kopenhagen vereinbaren die Spitzen der Dänischen Staatsbahnen (DSB) und der Deutschen Bundesbahn (DB) den Ausbau der Häfen Puttgarden und Rødby im Zuge der Verbindung Hamburg-Kopenhagen über die Vogelfluglinie.

Der Bund deutscher Nordschleswiger blickt auf sein zehnjähriges Bestehen zurück. Der **Nordschleswiger** berichtet am 22. November 1955 über die Wiederauffindung der Niederschrift des antinazistischen Haderslebe-

ner Kreises vom 11. November 1943 durch dessen Mitverfasser Pastor Friedrich Prah. Das Dokument, in dem u. a. auf Grenzrevisionsforderungen verzichtet wird, gilt als Grundlage der Loyalitätserklärung des BdN von 1945.

Ein Liter Milch kostet nach einer umstrittenen Preiserhöhung 74 Öre.

In Dänemark wird über die Begnadigung von 59 Personen gestritten, die sich noch aufgrund von Straftaten in Verbindung mit der deutschen Besetzung Dänemarks in Haft befinden. Staatsminister Hans Hedtoft weist Vorwürfe zurück, eine Begnadigung von Nazi-Kollaborateuren sei eine Verhöhnung der Widerstandskämpfer.

Am 10. Dezember schlägt **Der Nordschleswiger** Alarm wegen eines starken Absinkens der Speckpreise, das sei eine Katastrophe für die Landwirtschaft.

Mit Inbetriebnahme des Senders Sdr. Hørup auf Fünen kann auch in Teilen Nordschleswigs Fernsehen empfangen werden

1956

In Dänemark beginnt das Jahr mit einem langwierigen Arbeitskampf, viele Branchen werden lahmgelegt. Es geht neben Lohnerhöhungen um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 Stunden. Das angespannte soziale Klima verbessert sich in Verbindung mit der Einführung der Volkspension, die allen Bürgern eine Alterssicherung verschafft.

Der Ost-West-Konflikt erreicht einen neuen Höhepunkt mit der Niederschlagung des Volksaufstandes durch sowjetische Truppen in Ungarn. Auch in Dänemark werden ungarische Flüchtlinge aufgenommen. In Dänemark wird den mehreren Tausend Opfern des Aufstandes gedacht.

In Dänemark kommt es in Verbindung mit der Blockade des Suez-Kanals zu Öl-Versorgungsengpässen. Israelische Truppen hatten ägyptisches Gebiet besetzt. Britische und französische Truppen waren später am Suezkanal gelandet.

An der Grenze bei Krusau kommt es zu Staus, dänische Autofahrer tanken in Deutschland. Die Kontrolle wird streng und gewissenhaft vorgenommen.

In Kopenhagen einigen sich eine deutsche und eine dänische Delegation auf ein Abkommen über den deutsch-dänischen Warenaustausch 1957.

Im Luxemburger Vertrag einigen sich Bonn und Paris auf die Eingliederung des Saargebiets in die Bundesrepublik.

Am 8. Dezember wehrt sich der Deutsche Schul- und Sprachverein für Nordschleswig (DSSV) gegen den in der Zeitung »Jydske Tidende« erhobenen Vorwurf, es würden dänische Kinder für deutsche Schulen »gekauft«, indem deren Eltern Aufträge in Aussicht gestellt würden. Der Vorsitzende des DSSV, Lassen, weist die Vorwürfe zurück und erklärt, viele deutsche Eltern schickten nach wie vor Kinder auf dänische Schulen, weil sie wirt-

schafliche Nachteile fürchten. Im **Nordschleswiger** wird auf die »Kopenhagener Erklärung« verwiesen, die vom Folketing gebilligt feststellt, dass die Gesinnung im Grenzland frei ist und von niemandem nachgeprüft werden darf.

1957

Seit mit dem sowjetischen Sputnik 1957 erstmals ein Satellit die Erde umkreiste, liefern sich die Weltmächte USA und UdSSR einen Wettkampf im All. Ziel ist, die Überlegenheit des jeweiligen Systems zu demonstrieren. »Sowjetischer Erdsatellit umrast unseren Planeten« lautet die Schlagzeile des **Nordschleswigers** am 7. Oktober 1957. Und während von Testflügen amerikanischer Raketen berichtet wird, heißt es am 4. November, eine Hündin umkreise die Erde in 1.500 Kilometern Höhe im Sputnik 2.

Ab 1. Januar müssen die Besitzer von dänischen Autos eine Haftpflichtversicherung nachweisen, wenn sie ihre Fahrzeuge in Deutschland benutzen wollen. Es kann auch ein Grenzversicherungsschein für einmalige Fahrt erworben werden.

Das Saargebiet wird zum Jahresbeginn Teil der Bundesrepublik Deutschland. In Berlin wird Willy Brandt (SPD) zum Regierenden Bürgermeister gewählt.

In Kopenhagen demonstrieren »Kommunisten« gegen den Besuch des deutschen Nato-Generals Speidel in Kopenhagen, weil dieser ein enger Mitarbeiter Hitlers gewesen sei. Sein Besuch sei Hohn gegen die Opfer der Besatzungszeit.

Jugoslawien erkennt die DDR diplomatisch an. Bonn reagiert entsprechend der Hallstein-Doktrin mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Im Folketing wird über die Beteiligung Dänemarks am »Gemeinsamen Markt« debattiert.

Außenhandelsminister Jens Otto Krag spricht sich für einen dänischen Beitritt zur EWG aus – zusammen mit England.

In Apenrade wird am 20. Oktober das neue deutsche Konsulatsgebäude bezogen.

Am 25. Oktober wird Konrad Adenauer zum dritten Mal zum Bundeskanzler gewählt.

Der frühere dänische Außenminister Ole Bjørn Kraft bringt während der beratenden Versammlung des Europarates die Frage der nationalen Minderheiten zur Sprache. Er weist darauf hin, dass in Dänemark 9.000 deutsche Stimmen für einen Vertreter im Folketing ausreichen, 32.000 dänische Stimmen reichten aber nicht für einen SSW-Sitz im deutschen Bundestag.

1958

Bei der Folketingswahl muss die Schleswigsche Partei Verluste hinnehmen, bewahrt allerdings das Mandat von Hans Schmidt Oxbüll. Bei den Kommunalwahlen wird ein Erfolg verbucht. In 35 Gemeinden stieg die deutsche Stimmenzahl von 7.828 auf 8.396.

In Nordschleswig zerplatzt

| **synergie durch gemeinsame ideen** | **SICH STÄNDIG VERÄNDERNDE MÄRKTE VERLANGEN NACH FLEXIBLEN LÖSUNGEN** **UND AUSSERGEWÖHNLICHEN DENKANSÄTZEN.**

Durch die Umsetzung Ihrer und unserer Ideen entwickeln wir gemeinsam Lösungen für besondere Herausforderungen. Denn eine kreative Partnerschaft bildet das Fundament für individuell geschnürte Finanzpakete, die auf die Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten sind. Integrierte Lösungen sind die Stärke der Commerzbank Gruppe. Freuen Sie sich auf Ihren Nutzen daraus.

| **ideen nach vorn** |

COMMERZBANK 



Commerzbank AG, Nordische Länder: Rådhuspladsen 4, 1550 Kopenhagen V, Tel. +45 3315 2236, Fax +45 3315 3105, E-mail: commerzbank@commerzbank.dk / www.commerzbank.com/

der Traum vom »schwarzen Gold«, die letzte Probebohrung nach Erdöl wird bei Rothenkrug eingestellt.

In den deutschen Privatschulen Nordschleswigs ist die Zahl der Schüler auf 1.208 gestiegen. In Tingleff werden die ersten deutschen Realexamen nach dem 2. Weltkrieg durchgeführt. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erringt der SSW zwei Sitze.

In den dänischen Schulen und Kindergärten in Südschleswig sinkt die Kinderzahl. In den dänischen Schulen dort werden 5.234 Kinder unterrichtet.

Der deutsche Schul- und Sprachverein teilt mit, dass im Sommer 1959 wieder ein deutsches Gymnasium in Apenrade eingerichtet wird. Zum Leiter wird Studienrat Jörgen Hansen Jensen berufen.

Der sozialdemokratische Folketingsabgeordnete Peter Gorrssen erklärt, dass die Zeit für ein dänisches Entgegenkommen bei der Errichtung eines deutschen Gymnasiums in Apenrade gekommen sei.

In Tondern wird der Bau eines deutschen Kindergartens genehmigt.

Sønderjyllands Erhvervsråd teilt mit, dass in den Jahren 1946 bis 1955 55 Prozent des Geburtenüberschusses aus Nordschleswig abgewandert ist.

In Norburg präsentiert der Danfoss-Konzern ein Heizverfahren als Alternative zur modernen Ölheizung, bei dem Erdwärme zur Aufwärmung von Wohnraum mit Hilfe von »Freon« in die Gebäude gepumpt wird.

1959

Mit dem Beginn des Jahres rücken die sechs europäischen Staaten Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zusammen. Bis spätestens 1973 sollen die Binnenzölle verschwinden.

In Kopenhagen existiert die DDR-Handelsvertretung zehn Jahre. Am 7. Oktober feiert die DDR ihr zehnjähriges Jubiläum. **Der Nordschleswiger** berichtet über »10 Jahre Sowjetzonenrepublik«, das Staatsgebilde sei »weder deutsch noch demokratisch«. Es wird über Flaggenprovokationen in Westberlin berichtet, wo die neue Staatsflagge der DDR mit Hammer und Zirkel an den S-Bahnhöfen geheißt wird, die auch im Westteil Berlins von der DDR-Reichsbahn verwaltet werden.

In Sonderburg erklärt Bürgermeister Anders Andersen, dass die Stadt am Alsensund eine Einwohnerzahl von 40.000 erreichen werde. Die Marke 20.000 wird gerade überschritten.

Folketingsmitglied Peter Gorrssen verteidigt die Pläne zum Bau eines Hafens in Havneby auf Röm gegen Kritik aus Westjütland und erinnert an die Vorhaben südlich der Grenze im Rahmen des Programms Nord.

In Lügumkloster wird im »Hotel Løgumkloster« vom Norddeutschen Rundfunk ein »bunter Abend« veranstaltet, u. a. wirken 19 Solisten der von Jan Hoffmann geleiteten Rundfunkkapelle, Polly Pfeifer und Grett Prelli mit.

Die Regierung setzt den Vorschlag im Folketing durch, dass Ausländer, die nicht länger als fünf Jahre in Dänemark gelebt haben, keine Grundstücke erwerben dürfen. Kapitalstarke Ausländer sollten nicht die Ferienhausbereiche aufkaufen.

Der gebürtige Apenrader, der Historiker Professor Troels Fink, wird dänischer Generalkonsul in Flensburg.

In Hadersleben sterben am 8.

Juli 57 Menschen bei einem Feuer auf einem Ausflugsboot auf dem Haderslebener Damm.

Beim Untergang des Grönländschiffes »Hans Hedtoft« sterben 95 Menschen, das Wrack bleibt verschollen.



1964 verhandelte die Spitze der deutschen Minderheit mit Staatsminister Jens Otto Krag und Per Hækkerup (u. r.) nach dem Verlust des Folketingsmandats. Neben ihnen Harro Marquardsen und Jes Schmidt.

Das Bruttonationalprodukt wächst um zehn Prozent, in Dänemark herrscht Hochkonjunktur.

1960

Die Gräber von 26.000 Deutschen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit in Dänemark verstorben sind, werden zusammengelegt. Drei Fünftel der Toten sind Flüchtlinge, der Rest Soldaten.

Bei der Folketingswahl am 15. November behauptet die deutsche Minderheit ihr Mandat, mit 9.045 liegt das Ergebnis 157 Stimmen unter dem Ergebnis von 1957. Wahlsieger ist neben der Sozialdemokratie mit 76 Mandaten die Sozialistische Volkspartei unter Führung des Ex-Kommunisten Aksel Larsen.

Im Februar stirbt Staatsminister H. C. Hansen. Nachfolger wird sein sozialdemokratischer Parteifreund Viggo Kampmann.

Der Folketingsabgeordnete Hans Schmidt-Oxbüll bemüht sich um Lösung von Fragen wie der Rückgabe der Pensionsrechte an deutsche Nordschleswiger, die diese im Zuge der Rechtsabrechnung verloren hatten. Auf dänischer Seite werden diese Fragen an Entschädigungszahlungen aus der Bundesrepublik Deutschland für Opfer der deutschen Besatzung Dänemarks während des Krieges geknüpft.

In den USA wird der Demokrat John F. Kennedy zum neuen Präsidenten gewählt.

Der Nordschleswiger berichtet, dass in Dänemark die englische Sprache Deutsch als Fremdsprache in den Schulen immer weiter zurückdrängt.

In Genf scheitern Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West, der Rüstungswettlauf spitzt sich zu.

Sowjetisches Militär schießt das US-Spionageflugzeug U 2 ab.

Harro Marquardsen wird zum neuen BDN-Hauptvorsitzenden gewählt. Er löst Hans Schmidt-Oxbüll in dieser Funktion ab. Dahinter verberge sich kein politischer Kurswechsel, so **Der Nordschleswiger**, beide verbinde »das Bekenntnis zum Deutschtum mit dem Willen zur Zusammenarbeit im europäischen Sinne im Grenzland«.

1961

Die Berliner Mauer wird errichtet, es herrschen Erschütterung und Empörung über die nun komplette Teilung Deutschlands. Zwei jungen DDR-Bürgern gelingt trotz Kontrolle mit Suchhunden die Flucht in den Westen in einem plombierten Güterwagen, der über Warnemünde-Gedser nach Dänemark kommt.

Der Nordschleswiger kritisiert einen Beitrag der Zeitung »Dannevirke-Hejmdal« als Anschlag auf die Kopenhagener Erklärung, in dem es als Zumutung für dänische Bewohner bezeichnet wird, dass sie auf

schen ertrinken, sind von der Grenze bis Röm nur materielle Schäden zu beklagen.

Die Welt steht am Rande eines Atomkrieges, als die USA herausfinden, dass die Sowjetunion die Stationie-



1964 verhandelte die Spitze der deutschen Minderheit mit Staatsminister Jens Otto Krag und Per Hækkerup (u. r.) nach dem Verlust des Folketingsmandats. Neben ihnen Harro Marquardsen und Jes Schmidt.

rung von Atomwaffen auf Kuba vorbereitet. Mit einem Ultimatum zwingt US-Präsident Kennedy die Sowjets zum Rückzug ihrer Raketen.

Jens Otto Krag wird Staatsminister anstelle des erkrankten Viggo Kampmann.

In Rinkenäs stimmen die Einwohner mit Mehrheit für eine Vereinigung ihrer Gemeinde mit Gravenstein.

Es gibt auf dänischer Seite Auseinandersetzungen über die Art der Feierlichkeiten zur 1964 anstehenden Feier 100 Jahre nach Erstürmung der Düppeler Schanzen.

Im **Nordschleswiger** wird über den 85. Geburtstag eines ehemaligen Beamten der Haderslebener Kleinbahn berichtet. »Die USA fühlen sich herausgefordert und wollen den sowjetischen Vorsprung aufholen. Der amerikanische Präsident John F. Kennedy ruft deshalb im Mai 1961 zu verstärkten Anstrengungen auf und kündigt noch für die 60er Jahre die Landung eines Amerikaners auf dem Mond an.

Das Justizministerium in Kopenhagen lehnt erneut den Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für Rektor Gimm ab, der als Schulleiter der deutschen Privatschule vorgesehen ist. Gimm wirkte in den 30er Jahren maßgeblich an der Nazi-Propaganda in Nordschleswig mit.

Einem Ehepaar im Kreis Hadersleben wird vom Ortspfarrrer untersagt, dem Grabstein ihres verunglückten Kindes eine deutsche Inschrift zu geben. Propst Schou entscheidet dagegen, dass Grabsteine in Nordschleswig in jedweder Sprache versehen werden dürfen.

Die dänische Regierung bemüht sich um Aufnahme in die EWG zusammen mit Großbritannien.

Die Angeordnete im Folketing, Hans Schmidt Oxbüll, stimmt für ein Abgabengesetz der sozialdemokratischen Regierung Kampmann und verhindert damit deren Sturz.

Die Bundesregierung in Bonn stellt zwei Millionen D-Mark zur Finanzierung des Baus des Deutschen Gymnasiums in Apenrade zur Verfügung.

Der Bdn fordert Steuerfreiheit für Kriegserenten, die aus Deutschland an Personen in Nordschleswig gezahlt werden.

In Sonderburg lehnt eine Stadtratsmehrheit die Einrichtung eines zweiten deutschen Kindergartens ab. Es gebe dafür keinen Bedarf.

1962

Auch in Nordschleswig brandet am 17. Februar eine schwere Sturmflut an die Deiche. Doch im Gegensatz zu Hamburg, wo über 200 Men-

1963

Konrad Adenauer und Charles de Gaulle unterzeichnen den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Auf Betreiben de Gaulles verhindert Frankreich eine Aufnahme Englands in die EWG. Damit scheitert auch ein Beitritt Dänemarks, Norwegens und Irlands.

US-Präsident John F. Kennedy besucht Berlin. Vor 400.000 Zuschauern beendet er seine Ansprache vor dem Schöneberger Rathaus mit dem berühmten Satz: »Ich bin ein Berliner«.

US-Präsident John F. Kennedy wird in Dallas/Texas ermordet.

Die Vogelfluglinie mit der Fehmarnsundbrücke und einer Fährverbindung Rodby-Puttgarden wird eingeweiht.

Ab 1. Juni entfällt der Passzwang für Bundesdeutsche bei der Einreise nach Dänemark.

Konrad Adenauer tritt mit 87 Jahren als Bundeskanzler zurück. Ludwig Erhard wird zu seinem Nachfolger gewählt.

Über die Weihnachtstage dürfen erstmals nach dem Mauerbau Westberliner ihre Verwandten im Ostteil besuchen. Rund eine Million Passierscheine werden ausgestellt.

Der Auschwitz-Prozess wird eröffnet. Vor Gericht stehen 21 ehemalige Bewacher des Vernichtungslagers Auschwitz.

1964

Der sowjetische Regierungschef Nikita Chruschtschow besucht Dänemark.

Bei der Folketingswahl verliert die Schleswigsche Partei ihr Mandat trotz einer Steigerung der Stimmenzahl von 9.058 auf 9.274. Für die Behauptung des Kreismandates wären 12.000 Stimmen nötig gewesen. Die Sperrklausel verhindert den Gewinn eines Zusatzmandates. Staatsminister Jens Otto erklärt, jetzt müsse man nach einer neuen, angemessenen Vertretung der Minderheit suchen. Hans Schmidt Oxbüll hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet, sein Nachfolger Harro Marquardsen erhielt 3.000 persönliche Stimmen.

In Bonn wird über die Einrichtung eines informellen Kontaktgremiums der dänischen Minderheit beim Bundestag verhandelt.

Der wegen seines friedlichen Protestes gegen die Rasantrennung in zahlreichen US-Bundesstaaten weltberühmte schwarze Bürgerrechtler Martin Luther King erhält den Friedensnobelpreis.

Leonid Breschnew wird im Zuge eines Putsches neuer starker Mann an der Spitze der Sowjetunion.

In Apenrade wird der Neubau des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig eingeweiht.

In Apenrade wird das Gebäude des **Nordschleswigers** abgebrochen, um Platz für den Ausbau der Europastraße 3 zu machen. Die Errichtung des neuen Pressehauses wird genehmigt.

Der SSW-Vorsitzende K. O. Meyer erklärt, für die dänische Minderheit bestehe keine Veranlassung, eine besondere Loyalitätserklärung gegenüber dem Herbergsstaat abzugeben.

Die vom BDN seit Jahren angestrebte Steuerbefreiung für Kriegserenten nach dem Zweiten Weltkrieg wird gewährt. Die Betroffenen bekommen rückwirkend bis 1955 die kassierten Steuern zurück.

Der VW 1200 ist mit 12.626 Exemplaren das meistverkaufte Auto in Dänemark.

Der VW 1200 ist mit 12.626 Exemplaren das meistverkaufte Auto in Dänemark.

1965

Bei den Bundestagswahlen gewinnt die CDU. Ludwig Erhard wird als Bundeskanzler wieder gewählt.

Nach langen Verhandlungen tritt am 8. April erstmals der Kontaktausschuss des Folketings für Fragen der deutschen Minderheit zusammen.

Nordschleswiger-Chefredakteur Jes Schmidt fordert in einem Kommentar, eine Aufhebung der Zwei-Pozent-Sperrklausel für die Schleswigsche Partei, entsprechend der Regelung für den SSW in Schleswig-Holstein. Die Volksgruppe wird nur von der Beibringung der Unterschriften für die Wahlanmeldung befreit.

In Bonn wird ein Beratender Ausschuss für die dänische Minderheit beim Bundestag konstituiert – nach Vorbild des Ausschusses in Kopenhagen.

Der Auschwitz-Prozess endet mit der Verkündung der Urteile. Von den 22 Angeklagten sind noch 20 im Gerichtssaal anwesend. Einer ist gestorben, einer verhandlungsunfähig. Während des Prozesses wurden 359 Zeugen aus 19 Nationen gehört. 1.300 Zeugen wurden schon vor dem Prozess befragt. Das Gericht verhängt sechsmal lebenslänglich, mehrjährige Zuchthausstrafen und eine Jugendstrafe. Drei Angeklagte werden freigesprochen.

Winston Churchill stirbt im Alter von 90 Jahren. Erstmals nehmen Soldaten der Bundeswehr an einem Nato-Manöver in Dänemark teil.

Fuglsang

BRYGGERIET 2 · DK 6100 HADERSLEV
TELEFON 73 52 61 00
BRYGGERIET@FUGLSANG.DK · WWW.FUGLSANG.DK

Es kommt in Randers zu Krallen. In Krusau legen sich Demonstranten auf die Straße, um die deutschen Soldaten an der Einfahrt zu hindern.

In Tondern wird die 50. »internationale Eheschließung« registriert. Ein Berliner, der in Tondern geheiratet hat, soll die Unkompliziertheit einer Eheschließung von Deutschen und Ausländern in der Wiedaustadt publik gemacht und ihren Ruf als Heiratsparadies begründet haben.

Die »Spritdampfer« zwischen Kollund und Flensburg erleben Hochbetrieb.

Der neue Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins, Ernst Meyer, erklärt, die Wiedervereinigung mit dem Mutterland müsse das Ziel jeder nationalen Minderheit sein.

1966

Kronprinzessin Margrethe verlobt sich mit dem französischen Diplomaten Henri Laborde de Monpezat.

In Apenrade wird das neue deutsche Pressehaus an der Schiffbrücke eingeweiht.

Aus Protest gegen die auch für die deutsche Minderheit geltende Sperrklausel beschließt die Delegiertenversammlung des BDN keine Aufstellung von SP-Kandidaten bei den Folketingswahlen. Staatsminister Jens Otto Krag bedauert diese Haltung.

Bei der Kommunalwahl behauptet die Schleswigsche Partei ihre Positionen bei drei Mandatsverlusten und zwei Mandatsgewinnen. In mehreren Gemeinden ist die SP weiterhin die stärkste Partei. Ins-

gesamt hält die SP 45 Sitze in Kreis- und Kommunalräten.

Der SSW muss mit 24.712 Stimmen gegenüber 1962 einen Verlust von rund 1.500 Stimmen bei den Kommunalwahlen hinnehmen.

55 Mitglieder der dänischen Minderheit erhalten Entschädigungen, weil sie wegen ihrer dänischen Gesinnung vor dem Kriege benachteiligt worden sind.

Im Bereich des Arbeitsamtes Flensburg sind 1.000 dänische Staatsbürger beruflich tätig.

Bei den Folketingswahlen erreichen Sozialdemokraten und SF zusammen eine Mehrheit.

Jens Otto Krag erhält den Karlspreis der Stadt Aachen für seine Verdienste um die europäische Einigung.

Aus England verbreitet sich der Minirock als Teil der Pop-Mode weltweit.

In Bonn zerbricht die CDUCSU//FDP-Koalition. Bundeskanzler Erhard tritt ab. Die Unionsparteien und SPD bilden eine große Koalition unter Leitung Kurt Georg Kiesingers mit Willy Brandt als Außenminister.

1967

Kronprinzessin Margrethe heiratet Prinz Henrik.

In Anwesenheit des Bundesministers für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, wird die deutsche Zentralbücherei Apenrade eingeweiht.

In Rhöndorf bei Bonn verstirbt Konrad Adenauer im Alter von 91 Jahren.

In Südafrika gelingt die erste Herztransplantation.

In der Bundesrepublik Deutschland wird Farbfernsehen ausgestrahlt.

In Deutschland und in vielen anderen westlichen Staaten kommt es zu zahlreichen Studentendemonstrationen. Bei Protesten gegen den Besuch des iranischen Schahs in West-Berlin wird der Student Benno Ohnesorg erschossen.

Wirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) und Finanzminister Franz Josef Strauß (CSU) initiieren eine Konzertrierte Aktion mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, um Westdeutschland aus der Rezession zu führen, die nach Jahren des »Wirtschaftswunders« zu Entlassungen und Firmenpleiten geführt hatte.

Die Volkskammer der DDR verabschiedet das Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Deutschen Demokratischen Republik und proklamiert damit eine eigene DDR-Staatsnation. Damit reagiert die DDR unter anderem auf den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und grenzt sich konsequent von dieser ab.

In Ost-Berlin findet die bisher größte gemeinsame Truppenparade von DDR- und sowjetischem Militär anlässlich des 50. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution statt.

Das Folketing beschließt erneut einen Antrag auf Aufnahme Dänemarks in die EWG.

Beim Deutschen Tag erklärt Ministerialrat Pohlmann, die deutsche Grenzpolitik in

Nordschleswig könne Vorbild für die Lösung noch offener Minderheitenfragen in Europa werden.

Die BDN-Delegiertenversammlung beschließt eine Teilnahme der SP an den kommenden Folketingswahlen.

In Vietnam eskaliert der Krieg. Die USA setzen immer größere Truppenkontingente in Südvietnam ein und bombardieren Nordvietnam.

Im dritten Nahostkrieg erobert Israel das Westjordanland und die Halbinsel Sinai. Der Suez-Kanal wird blockiert.

1968

Die Regierung Jens Otto Krag tritt nach den Folketingswahlen zurück. Die Schleswigsche Partei (SP), die wegen der Sperrgrenze kaum Chancen auf einen Mandatsgewinn hat, bekommt 6.831 Stimmen, 1964 waren es 9.274. Ein Kreismandat hätte 12.874 Stimmen erfordert.

Staatsminister wird Hilmar Baunsgaard (Radikale Venstre) an der Spitze einer Koalitionsregierung von Radikalen, Konservativen und Venstre.

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke kommt es zu den bisher schwersten Krawallen seit Gründung der Bundesrepublik.

Es gibt landesweit Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg und geplante Notstandsgesetze, die im Krisenfall die Aufhebung von Grundrechten ermöglichen.

In Frankreich kommt es zu umfangreichen Unruhen, der Studentenprotest springt auf andere Gesellschaftsbereiche über, es kommt zum Generalstreik.

In den USA fallen der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, Senator Robert Kennedy, und der Bürgerrechtler Martin Luther King Attentätern zum Opfer.

Die Reform-Bewegung Prager Frühling in der Tschechoslowakei wird durch eine Intervention sowjetischer Truppen gewaltsam beendet. Der Traum von einem Sozialismus mit menschlichem Antlitz zerplatzt. KP-Parteichef Alexander Dubcek wird gestürzt.

Bundespräsident Heinrich Lübke kündigt seinen vorzeitigen Rücktritt an. Ihm werden – wie sich erst nach dem Ende der DDR herausstellt – unberechtigt unter Mitwirkung der DDR-Stasi Verfehlungen in der NS-Zeit vorgeworfen.

Der Vorsitzende des Südschleswig-Ausschusses, Hochschulvorsteher Hans Haarder, erklärt, er glaube daran, dass die südliche Grenze Dänemarks – früher oder später – wieder an der Eider verlaufen werde. Die Bevölkerung Südschleswigs sei »wurzellos«.

Die Regierung stimmt der Bildung eines einheitlichen Großkreises Nordschleswig, Sønderjyllands Amt, zu. Der BDN unterstützt das Vorhaben und spricht sich gegen eine Zweiteilung aus.

Regierung und Parteien lehnen eine Befreiung der SP von der Sperrgrenze des Folketings ab. Für die deutsche Bücherei werden 30.000 Kronen bewilligt, laut Büchereigesetz wären 160.000 fällig gewesen.

1969

Am 21. Juli betritt als erster Mensch Neil Armstrong die Oberfläche des Mondes. **Der Nordschleswiger** berichtet über das »größte Abenteuer der bisherigen Menschheitsgeschichte«.

Gustav Heinemann (SPD) wird zum Bundespräsidenten gewählt. Bei einem Besuch in Kiel bezeichnet er die Minderheiten als Bindeglieder im Grenzland.

Im Oktober wird Willy Brandt deutscher Bundeskanzler an der Spitze einer SPD/FDP-Koalition. In Schweden wird Olof Palme Staatsminister.

In den USA findet das Woodstock-Festival statt.

Der neue US-Präsident Richard Nixon verstärkt den Truppeneinsatz in Vietnam. Doch die 500.000 US-Soldaten können den Widerstand der kommunistischen Truppen nicht brechen.

Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht fordert die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung. Dann ließe sich das Prinzip der »friedlichen Koexistenz« verwirklichen.

In einer Rundfunksendung »prahlt« einer der Täter mit der Sprengung des Knivsbergdenkmals im Spätsommer 1945. Es gibt deutsche und dänische Proteste.

Arbeitsminister Ove Guldberg schlägt den Bau eines Damms von Fanø über Röm nach Sylt mit einem 300 Quadratmeter großen Erholungsgebiet am Wattenmeer vor.

Die Schleswigsche Partei entsendet Harro Marquardsen in den vorbereitenden Ausschuss für ein Großamt Nordschleswig.

Im Zuge der Kommunalreform werden aus bisher 110 Kommunen 23 Großkommunen in Nordschleswig.

Der Vorsitzende des Verein der dänischen KZ-Gefangenen, Jørgen Barfod, spricht sich für den Staatsbesuch Bundespräsident Heinemanns in Dänemark und Versöhnung mit Deutschland aus. Die Zeitung »Jyllands-Posten« hatte gemeldet, der Besuch solle 1970 auf deutschen Druck hin stattfinden. Im 50. Jahr der Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark und 25 Jahre nach der Befreiung 1945 sei der Besuch eine Zustimmung für die Königsfamilie. Deshalb sollte der Besuch abgesagt werden.

1970

Bundeskanzler Willy Brandt schlägt der DDR-Regierung Verhandlungen über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vor.

Auf dem Knivsberg wird der Jugendhof des deutschen Jugendverbandes für Nordschleswig eingeweiht.

Am 1. April tritt die Kommunalreform in Kraft. Bei den Wahlen zieht Harro Marquardsen für die SP in den neuen Amtsrat Nordschleswigs.

Erik Jessen (Venstre) wird von seiner eigenen Partei, Konservativen, Radikalen und von der SP zum ersten Amtsbürgermeister gewählt. Favorit für den Posten war zunächst Sozialdemokrat Peter Gorrssen.

Harro Marquardsen erhält als SP-Vertreter einen Sitz im Ökonomieausschuss des Amtsrates.

Bürgermeisterin in Apenrade wird Camma Larsen, in Sonderburg ihr Parteikollege Edmund Nielsen, in Tondern Venstre-Mann Svend Kirchheiner und in Hadersleben der

Konservative H. C. Carstensen.

Anlässlich der 50. Wiederkehr des Tages der Volksabstimmung am 10. Februar 1920 tagt der BDN-Hauptvorstand zusammen mit Vertretern der deutschen Grenzverbände in Apenrade. Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU) dankt in einer Grußbotschaft den deutschen Nordschleswigern für »ihre Treue zum Deutschtum«. Die deutschen Nordschleswiger

verbandes, Hans Jürgen Nissen, fordert Verzicht von vielem Althergebrachten in der deutschen Minderheit. »Wollen wir als deutsche Nordschleswiger überleben, müssen wir lebendig bleiben«.

1971

In der Bundesrepublik Deutschland hält die Baader-Meinhof-Bande die Menschen in Atem.



Von 1973 bis 1979 vertrat Jes Schmidt (rechts) die deutsche Minderheit im Folketing, gewählt auf der Liste von CD. Er erzielte bei Verhandlungen mit Regierungschef Anker Jørgensen (links) und dessen sozialdemokratischen Ministern Svend Jacobsen und Per Hækkerup Vorteile für die Volksgruppe und Nordschleswig.

veranstalten eine Gedenkfeier in Tingleff.

Bundespräsident Gustav Heinemann besucht Däne-

in Ostberlin einigen die DDR und Bundesrepublik sich auf ein Transitabkommen, das

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erringt die CDU mit 51,7 Prozent der Stimmen die absolute Mehr-



Bundeskanzler Schmidt und Staatsminister Anker Jørgensen treffen sich 1975 in Sonderburg – gemeinsam besuchen sie die Deutsche Privatschule.

mark. In ihren Ansprachen unterstreichen König Frederik und der Bundespräsident die Bedeutung der Minderheiten im Grenzland.

Der SPD-Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, der »rote« Jochen, spricht auf dem Knivsberg über »Jugend und Politik«.

Auf Düppel findet die dänische Gedenkfeier zur Erinnerung an die Wiedervereinigung 50 Jahre zuvor statt. Staatsminister Baunsgaard kündigt verstärkten dänischen Einsatz in Nordschleswig in Verbindung mit dem EWG-Anschluss an.

Deutsch-dänische Grenzlandausstellung in der Sønderjyllands-halle in Apenrade.

Tingleff und Jüdwewatt spielen als erste deutsche Handballmannschaften in dänischen Punktrunden mit.

Der BDN beschließt aufgrund der Kommunalreform Bildung von Bezirksvereinen anstelle der bisherigen Kreisverbände.

Die Schleswigsche Partei erzielt bei den Kommunalwahlen 7.501 Stimmen.

Redakteur Bjørn Svensson erklärt dem **Nordschleswiger**, dass »die Leute, die ständig Deutschlands Fernsehprogramme einschalten, mit den Jahren – ohne dass sie es merken – kulturell und politisch von deutschen Gedanken beeinflusst werden«. Der Vorsitzende des deutschen Jugend-

den Verkehr nach West-Berlin erleichtert, auch eine neue Besuchsregelung für West-Berliner im Ostteil der Stadt und der DDR macht den »Eisernen Vorhang« durchlässiger.

Bundeskanzler Willy Brandt wird in Anerkennung seiner Ostpolitik mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

heit, die SPD unterliegt mit ihrem Spitzenkandidaten Jochen Steffen. Gerhard Stoltenberg löst Ministerpräsident Helmut Lemke (CDU) ab.

Der SSW-Landtagsabgeordnete Berhold Bahnen verstirbt, als Nachfolger rückt Karl Otto Meyer in den Landtag nach.



Sturmfluten an der Westküste zum Jahreswechsel 1975/76 überschwemmten die Küste bei Ballum. Bei Hoyer hielten die Deiche gerade noch den Wassermassen stand. Tondern wurde evakuiert.

1972

König Frederik IX. stirbt im Alter von 72 Jahren. Kronprinzessin Margrethe wird von Staatsminister Jens Otto Kragh zur Königin ausgerufen, sie trägt den Namen Margrethe II.

Bundeskanzler Willy Brandt und Staatsminister Jens Otto Krag besuchen im Mai die

deutsche Volksgruppe in Nordschleswig.

Amtsbürgermeister Erik Jessen (V) setzt sich für eine Beteiligung der Schleswigschen Partei im Komitee für den Beitritt zur EWG ein.

Bei der Volksabstimmung über einen Beitritt Dänemarks zur EWG werden 63,5 Prozent Ja-Stimmen abgegeben. In Nordschleswig stimmen sogar 75,2 Prozent der Wahlberechtigten für einen Beitritt. Die größte Zustimmung wird aus Tingleff und Lügumkloster gemeldet.

Jens Otto Krag reicht nach dem Ja zum EWG-Beitritt überraschend seinen Rücktritt ein.

Erstmals besuchen Einheiten der Bundesmarine Apenrade. Die Bevölkerung feiert mit den Gästen zusammen ein Hafenfest.

In der Bundesrepublik erzielt die sozialliberale Koalition unter Leitung von Willy Brandt und Walter Scheel einen großen Wahlerfolg.

Die Autobahn Hamburg-Kolding nimmt Konturen an. Nach Einweihung des Abschnitts Neumünster-Jagel verkürzt sich die Fahrzeit von Nordschleswig in die Hansestadt auf gut zwei Stunden. Der Ausbau von der Grenze bis Skovby wird beschleunigt.

Das Amt Nordschleswig und die Stadt Flensburg vereinbaren die Gründung eines Komitees zur Sauberhaltung der Flensburger Förde.

1973

Bundesverkehrsminister Lauritz Lauritzen und sein dänischer Kollege Jens Kampmann vereinbaren den grenzüberschreitenden Bau der Nord-Süd-Autobahn bis 1978. Diplomlandwirt Peter Iver Johannsen wird neuer Generalsekretär des Bundes Deutscher Nordschleswiger. Er tritt die Nachfolge Rudolf Stehrs an.

Als erste dänische Tageszeitung bringt **Der Nordschleswiger** ein Interview mit dem Steuerrebell Mogens Glistrup.

Das Land Schleswig-Holstein erhöht seine Zuschüsse für die dänische Minderheit von 20,6 auf 26 Millionen Kronen »als Beweis des guten Willens«, wie Innenminister Rudolf Titzack (CDU) erklärt.

Der SSW-Vorsitzende Karl Otto Meyer erklärt auf dem Landesparteitag in Husum, der SSW werde die Sozialdemokraten bei der Wahl eines Ministerpräsidenten unterstützen, falls die CDU eine Wahlniederlage erleide.

Im grenzüberschreitenden Verkehr beträgt der Zolffreibetrag 950 Kronen.

In Sonderburg wird die Restaurierung des Schlosses abgeschlossen. 15 Millionen Kronen wurden verbaut.

Nach Ausschreibung von Neuwahlen durch Staatsminister Anker Jørgensen bietet der Vorsitzende der neu gegründeten Partei Zentrumsdemokraten (CD), Erhard Jakobsen, der Volksgruppe eine Kandidatur für das Folketing auf der Liste der CD an.

Die BDN-Delegiertenversammlung stimmt mit 165 zu 61 Stimmen für die Zusammenarbeit mit CD.

Als deutscher Nordschleswiger wird Jes Schmidt im Dezember mit 11.625 Stimmen ins Folketing gewählt. Die »alten« Parteien erleiden eine schwere Niederlage. Die Fortschrittspartei von Mogens Glistrup erobert 26 Mandate. Wieder im Folketing sind Retsforbundet und Kommunisten sowie neu die Christliche Volkspartei und die Zentrums-

demokraten.

Trotz einer nationalpolitischen »Schreckkampagne« (jede Stimme für CD sei eine Stimme für die Schleswigsche Partei) gelingt CD in Nordschleswig ein besonders gutes Ergebnis.

Nach dem neuerlichen Nahostkrieg kommt es zu einer Energiekrise, es gibt längere Zeit Sonntagsfahrverbote für Autos.

Venstre-Staatsminister Poul Hartling bildet eine Minderheitsregierung.

1974

Bei der Amratswahl eringt die Schleswigsche Partei ein zweites Mandat. In Rothenkrug, Tondern, Lügumkloster und Bau gehen Mandate verloren, in Hoyer und Gravenstein legt die Liste S zu. In Tingleff und in Apenrade stellt die Schleswigsche Partei mit Peter Wilhelmsen und Jep Schmidt den ersten Vize-Bürgermeister.

Staatsminister Hartling sagt dem deutschen Abgeordneten Jes Schmidt zu, eine Überprüfung vorzunehmen, ob eine Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt im Grenzland zugelassen werden kann.

Das Amt Nordschleswig zeichnet eine Kopenhagener Architektengruppe mit dem 1. Preis im Zukunftswettbewerb aus. Die Gruppe hatte eine Zusammenarbeitszone im gesamten Bereich Schleswig vorgeschlagen.

2.500 deutsche und dänische Bauern blockieren die deutsch-dänische Grenze.

Der Kraftwerksverbund Elsam schlägt zwei Bereiche an der Haderslebener Förde als Standorte für das erste dänische Atomkraftwerk vor.

An der deutsch-dänischen Grenze werden die grünen Versicherungskarten abgeschafft.

Helmut Schmidt (SPD) löst Willy Brandt als Bundeskanzler ab, der wegen der Spionageaffäre Guillaume zurücktritt.

Nach Verhandlungen mit der Bundesregierung in Bonn werden Zuschüsse gesichert, die den Bestand des **Nordschleswigers** sichern.

Der radikale Folketingsvertreter Ingomar Petersen erklärt, der Abgeordnete Jes Schmidt habe im Folketing Interessen der deutschen Minderheit und des gesamten Nordschleswigs gut wahrgenommen.

In Apenrade wird der Bau eines deutsch-dänischen Kohlekraftwerks vereinbart, das ab 1978 Kunden zu beiden Seiten der Grenze 600 Megawatt Strom liefert.

In einer Sitzung des Kontaktausschusses für die deutsche Minderheit des Folketings verlangt der Vertreter der Fortschrittspartei, Poulsgaard, die Schließung des deutschen Kindergartens Norburg.

1975

Bei den Wahlen zum Folketing gelingt Jes Schmidt auf der Liste der Zentrumsdemokraten die Wiederwahl.

Im Folketing wird die Regierung Hartling mit 86 zu 85 Stimmen gestürzt. Der deutsche Vertreter Hans Chr. Jepsen, der den erkrankten Jes Schmidt vertritt, enthält sich der Stimme.

Anker Jørgensen bildet eine sozialdemokratische Minderheitsregierung.

Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wird die CDU-Regierung bestätigt, allerdings nur mit einer Stimme Vorsprung vor der Opposition.

Der SSW-Vertreter Karl Otto Meyer wird mit Stimmenzuwachs wieder gewählt.

Ministerpräsident Stoltenberg legt ein Bekenntnis für die deutschen Nordschleswiger ab, der »friedliche kulturelle Wettstreit im Grenzland hat auch im Zeichen der EG nicht an Bedeutung verloren.«

Gerhard Schmidt löst Harro Marquardsen als BDN-Hauptvorsitzenden ab.

In Sonderburg trifft die Spitze der deutschen Minderheit beim deutsch-dänischen Regierungsgipfel mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und Anker Jørgensen zusammen.

Der Bau eines deutsch-dänischen Grenzübergangs an der im Bau befindlichen Autobahn wird vereinbart.

In Kiel einigen sich SPD und CDU auf die Bildung eines Landtagsgremiums für Fragen der deutschen Minderheit.

1976

Zwei schwere Sturmfluten an der Wattenmeerküste mit Wasserständen über dem Pegel von 1962 lösen Evakuierungen in Tondern aus, das von Überflutung bedroht ist.

Nach einem Besuch Anker Jørgensens im Katastrophengebiet beschließt die Regierung den Bau eines neuen Deichs bei Hoyer.

Landwirtschaftsminister Poul Dalsager teilt dem deutschen Folketingsmitglied Jes Schmidt auf Anfrage mit, dass beim Grunderwerb durch Angehörige der deutschen Volksgruppe »seit vielen Jahren« keine nationalpolitischen Kriterien gelten.

Der Schnupftabakverein »Det brune neisgaff« in Lügumkloster ernannt Bundeskanzler Schmidt zum Ehrenmitglied.

Tingleff Bürgermeister Svend Christensen greift die Schleswigsche Partei im örtlichen Stadtrat an. Nis Peter Hansen (SP) verlässt den Stadtrat.

Der CDU-Kanzlerkandidat Helmut Kohl trifft in Flensburg mit Vertretern der dänischen Minderheit zusammen und sagt Unterstützung seiner Partei beim Ausbau der Durborgskole zu.

Trotz Stimmenzuwachs für die CDU/CSU kann die sozialliberale Koalition unter Helmut Schmidt in Bonn weiterregieren.

Jes Schmidt erreicht bei Verkehrsminister Knud Heinesen die Zusage, dass die nordschleswigsche Autobahn südlich von Bodum bis zur Grenze vierspurig und nicht – wie zunächst geplant – nur zweispurig gebaut wird.

Der Chef des Danmarks-Radio-Funkhauses, Radio Syd, Bjørn Svensson, richtet wiederholt schwere Vorwürfe gegen die deutsche Volksgruppe.

1977

Jes Schmidt gelingt auf der Liste der Zentrumsdemokraten die Wiederwahl ins Folketing. Für die Liste der CD erhöht sich die Stimmenzahl von 6.438 auf 11.343. Für Jes Schmidt steigt die Zahl persönlicher Stimmen von 3.537 auf 4.228.

In Apenrade werden von der Polizei Straßensperren errichtet, nachdem Hinweise eingehen, die Mörder des deutschen Generalbundesanwaltes Bu-back seien in der Nähe gesehen worden. Nach der Befreiung von Geiseln in Mogadischu, Selbstmord von Bader, Meinhof und Raspe sowie Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer werden mehrfach Fahndungen in Dä-

nemark ausgelöst.

Während des deutschen Tages ruft der schleswig-holsteinische Landtagsvizepräsident Kurt Hamer (SPD) dazu auf, die deutsche Demokratie nicht anzuzweifeln. Vor dem Hintergrund dänischer Attacken bezüglich deutscher Anti-Terror-Maßnahmen erklärt Hamer: »Nichts ist falscher als ein Vergleich mit Hitler-Deutschland.«

Am Grenzübergang Krusau geht die Zahl der Grenzpassagen im Zuge der strengen Kontrolle wegen Fahndung nach Terroristen zurück.

Amtsbürgermeister Erik Jessen erklärte, dass Nordschleswig bis 1990 bis zu 15.000 neue Arbeitsplätze benötige.

Unterrichtsministerin Ritt Bjerregaard (Soz.) eröffnet in Apenrade das Institut für Grenzregionsforschung.

In Apenrade wird der Grundstein für die neue Amtsverwaltung gelegt. Apenrades Bürgermeisterin Camma Larsen spricht von einem Bau für die nächsten 150 Jahre.

Deutschland und Dänemark einigen sich auf einen Stufenplan zur Abschaffung der Einkaufsbegrenzungen für dänische Reisende. Die 72-Stunden-Regel, die den Einkauf von alkoholischen Getränken begrenzt, soll schrittweise bis 1983 abgeschafft werden.

Eine Untersuchung zeigt, dass Deutsche in Tondern mehr einkaufen als die Einwohner der Wiedaustadt südlich der Grenze.

Eine zweisprachige Broschüre des Deutschen Schulvereins in Norburg wird in dänischen Kreisen als Provokation verurteilt.

Der SSW-Abgeordnete K. O. Meyer droht der SPD Konsequenzen bei bevorstehenden Ministerpräsidentenwahlen an, nachdem die SPD in Haderslev örtliche Mitglieder des dänischen Frauenvereins auf ihrer Liste kandidieren lässt.

Ministerpräsident Stoltenberg erklärt im Interview mit DR-Korrespondent Frode Kristoffersen, dass Schleswig-Holstein und Dänemark eine Region bildeten.

Der dänische Staatshaushalt erreicht ein Rekord-Defizit von 33 Milliarden Kronen

1978

Königin Margrethe II. weiht gemeinsam mit Bundespräsident Walter Scheel die grenzüberschreitende Autobahn ein.

Der Hauptvorstand der Fortschrittspartei beschließt gegen den Willen von Parteichef Mogens Glistrup die Streichung des Kandidaten Jes Friis von der Kandidatenliste zur Amratswahl wegen seiner NS-Vergangenheit.

Die Schleswigsche Partei verbessert ihre Stimmenzahl bei den Amratswahlen gegenüber 1974 um 53 Stimmen. Aufgrund der hohen Wahlbeteiligung geht das zweite Amratsmandat aber verloren. Hermann Heil zieht für die SP in den Amtrat ein.

Bei der Kommunalwahl kann die SP ihren Stimmenanteil erhöhen, verliert aber je ein Mandat in Apenrade und Lundtoft. In Tingleff bleibt die SP mit vier Stadtratsmitgliedern größte Fraktion.

In Bonn wird in Anwesenheit der Außenminister Hans D. Genscher und K. B. Andersen das deutsch-dänische Abkommen zum Bau eines neuen Deiches bei Hoyer zwischen Emmerleff und Hindenburgdam unterzeichnet.

Sozialdemokraten und Venstre bilden eine gemeinsame Regierung. Staatsminister bleibt Anker Jørgensen,

Außenminister Henning Christophersen (V).

Unter maßgeblichem Einsatz des deutschen Folketingsabgeordneten Jes Schmidt beschließt die Regierung die Errichtung eines neuen Zolllagers in Pattburg.

Anker Jørgensen entlässt Unterrichtsministerin Ritt Bjerregaard, nachdem sie sich weigert 20.000 Kronen zurückzuzahlen, die sie während eines Parisaufenthaltes auf Staatskosten ausgegeben hat.

Der Schweizer Danfoss-Lehrling Arno Knoepfli darf in Dänemark bleiben, nachdem Folketingsmitglied Jes Schmidt bei Arbeitsminister Svend Auken und Sozialministerin Nathalie Lind interveniert hat.

1979

Im Alter von 62 Jahren stirbt **Nordschleswiger**-Chefredakteur Jes Schmidt. Folketingspräsident K. B. Andersen würdigt die Verdienste des Folketingsmitgliedes.

Nach dem Tode von Jes Schmidt platzt die Zusammenarbeit zwischen deutscher Volksgruppe und CD, weil CD-Sprecher Arne Melchior und CD-Folketingsmitglied Bent Olsen, Christiansfeld, nicht zusammen mit den deutschen Kandidaten Peter Wilhelmsen und Uwe Möller auf der Kandidatenliste stehen wollen. Wilhelmsen lehne man ab, weil er im Krieg als 17-jähriger Frontfreiwilliger Soldat der Waffen-SS gewesen ist, Möller wegen der Vergangenheit seines Vaters Jens Möller, der vor 1945 »Partiführer« in der nordschleswigschen NS-Gliederung gewesen war.

Es gibt neue Vorstöße, die Partei der deutschen Minder-

heit in Kopenhagen wird der DDR-Agent Jörg Meyer zu sechs Jahren Haft verurteilt. Er hatte das Außenministerium ausspioniert.

1980

Naturschutzverbände laufen Sturm gegen die weit ins Wattenmeer vorgeschobene Deichlinie zwischen Emmerleff und dem Hindenburgdamm. Nachdem auf dänischer Seite die Proteste vergeblich bleiben, erhält der Deich auf deutscher Seite eine Einbuchtung, um ein Stück des für die Vogelwelt wertvollen Vorlandes zu erhalten.

Das Amt Nordschleswig protestiert gegen Pläne, das dänische Wattenmeer weitgehend unter Naturschutz zu stellen.

Der Sonderburger Stadtrat beschließt, künftig keine Butterfahrten mehr zuzulassen. Die vielen deutschen Passagiere sorgen für ein Verkehrschaos am Hafen der Alsenstadt.

Polizeimeister Iver Möller lehnt den Vorschlag aus Gewerkschaftskreisen ab, pro Grenzpassage 50 Kronen zu kassieren, um den schiefen Grenzhandel zu bekämpfen. »Wer sollte die Kontrolle vornehmen?«, so Möller.

Tønders Venstre-Bürgermeister Jens Børsting Andersen befürchtet zur Jahrtausendwende »Nationalprobleme«, wenn sich Schleswig-Holstein stärker entwickelt als Nordschleswig.

Staatsminister Anker Jørgensen kündigt ein neues Krisenpaket an. Die Steuern sollen erhöht und Zwangsanleihen eingezahlt werden.

Es gibt Ärger im Grenzland nach dem Erscheinen der Zeitung »Slesvigland«, die kostenlos in Südschleswig

sche Patienten sich nicht ohne weiteres in Flensburger Krankenhäuser bringen lassen.

1981

Steuerminister Karl Hjortnæs unterstreicht, dass Dänemark niemals einen freien Handel mit Wein, Spirituosen und Tabak innerhalb der EG akzeptieren wird.

Der dänische Innenminister Henning Rasmussen spricht sich für die Errichtung eines Folketingskontors für die deutsche Minderheit aus.

Kresten Philipsen wird von seiner Partei Venstre als Kandidat für die Nachfolge von Amtsbürgermeister Erik Jessen nominiert.

In einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk bezeichnet Staatsminister Anker Jørgensen das deutsch-dänische Verhältnis als fast märchenhaft.

Die dänische Regierung und der A. P. Möller-Konzern einigen sich über die Verteilung der Gewinne aus der Erdgas- und Ölförderung in der Nordsee.

Die Zahl der in Dänemark lebenden Ausländer überschreitet die Zahl 100.000.

In einem Interview mit dem **Nordschleswiger** äußert sich der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger sehr befriedigt über die Lösung der Schleswig-Frage. Der aus Führt stammende Politiker hatte sich als Historiker mit dem Thema befasst.

In einem Interview mit dem **Nordschleswiger** nennt es der Schriftsteller Siegfried Lenz einen Skandal, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt als Kriegstreiber verunglimpft wird.

Staatsminister Jørgensen tritt für eine kernwaffenfreie

In Sonderburg wird die neue Alsenund-Hochbrücke eingeweiht.

Die dänischen Sozialdemokraten beschließen auf ihrem Parteitag, dass Dänemark atomwaffenfrei sein soll.

Amtsbürgermeister Erik Jessen kritisiert im **Nordschleswiger**, dass gewisse Kommunen mit der Ablehnung einer Anerkennung deutscher Kindergärten gegen den »guten Geist« im Grenzland verstoßen.

Bei den Kommunalwahlen verliert die SP ihre Mandate in Sonderburg und Hadersleben.

Anker Jørgensen setzt sich für ein Sekretariat der deutschen Minderheit in Kopenhagen ein.

Bei einer schweren Sturmflut besteht der neue Deich bei Hoyer seine Bewährungsprobe.

Tønders Polizeimeister Preben Jacobsen fordert eine strengere Überprüfung der Personalien heiratswilliger Paare. Es bestehe der Verdacht von Scheinehen zwischen deutschen und nichtdeutschen Personen.

Immer mehr Bauernhöfe kommen wegen finanzieller Probleme unter den Hammer, die Zahl der Zwangsversteigerungen hat sich gegenüber 1980 verdoppelt.

1982

In Hoyer weihen Königin Margrethe und Bundespräsident Karl Carstens den deutsch-dänischen Deich ein. Beide würdigen das Bauwerk als ein vorbildliches Beispiel in der deutsch-dänischen Zusammenarbeit. Einige wenige Demonstranten, die die Eindeichung ablehnen, werden abgeführt.

Die von Helmut Schmidt geleitete SPD/FDP-Koalition zerbricht nach dem Rücktritt aller vier FDP-Minister.

Helmut Kohl (CDU) wird neuer Bundeskanzler

Unter Leitung von Staatsminister Poul Schlüter (Kons.) wird eine neue bürgerliche Vierklee-Regierung nach dem Rücktritt des Sozialdemokraten Anker Jørgensen gebildet, dessen Minderheitsregierung mit einem Krisenplan und Milliarden einsparungen gescheitert war. Neben Konservativen und Venstre sind Zentrumsdemokraten und Christliche Volkspartei beteiligt.

Im **Nordschleswiger** zeichnet das Venstre-Amratsmitglied Erik Rytter den Bau eines neuen Krankenhauses in Apenrade als überflüssig.

Ein Bericht der deutsch-dänischen Förderkommission weist auf große Umweltprobleme im Grenzgewässer vor allem durch Einschwemmung von Nährstoffen aus landwirtschaftlichen Nutzflächen hin.

In Hoyer macht sich Entrüstung breit, weil als Ausgleich für Verlust von Vorland im Zuge der Eindeichung des Margrethenkooges ein Salzwasserbiotop hinter dem Deich eingerichtet werden soll. Der Vorsitzende des technischen Ausschusses im Amtrat, Helge Jensen (V), warnt, der künstliche See könne den Hochwasserschutz der Tonderner Marsch gefährden.

Während der deutsch-dänischen Tage in Hadersleben weist der stellvertretende NDR-Indendant Jobst Plog Befürchtungen zurück, hinter der Berichterstattung des Senders aus Nordschleswig verberge sich eine bewusste Missionierung. Es gebe keine »deutsche Gefahr« durch das übermächtige deutsche Fernsehen.

In einem Brief an den BDN-



Deutsch-dänische Zusammenarbeit: 1982 weihten Königin Margrethe und Bundespräsident Karl Carstens den deutsch-dänischen Deich bei Hoyer ein. Rechts der junge Amtsbürgermeister Kresten Philipsen – vorn rechts die Prinzen Joachim und Frederik.

heit bei der Folketingswahl von der Sperrgrenze zu befreien. Unter anderem Ministerpräsident Stoltenberg und der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins, Ernst Vollertsen, plädieren für eine Befreiung von der Sperrklausel.

Der **Nordschleswiger** berichtet, dass der von den Nazis ermordete deutsche Nordschleswiger Jens Jessen nach neuen Forschungen »geistiger Vater« des Attentates auf Hitler am 20. Juli 1944 gewesen ist.

Anker Jørgensen bildet eine neue Minderheitsregierung, die versucht, mit Krisenpaketen und Abwertung der Krone Dänemark aus der wirtschaftlichen Krise zu führen.

In Apenrade wird das für 1,2 Milliarden Kronen gebaute neue Enstedtwerk des nordschleswigschen Hochspannungswerkes und der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG eingeweiht.

verteilt wird und in deutscher Sprache einen eigenständigen schleswigschen Regionalismus unter dänischem Vorzeichen propagiert, wie der **Nordschleswiger** schreibt. Finanziert wird das Heft vom Traugott-Möller-Fonds in Sonderburg.

In der dänischen Presse wird über eine angebliche Auswanderungswelle dänischer Unternehmen nach Deutschland berichtet, die dort günstigere Bedingungen erwarten.

Der Chef des Flensburger St.-Franziskus-Hospitals, Dr. Wolfgang Wolfers, bezeichnet es als unverständlich und lächerlich, dass die beiden Notarztwagen der Flensburger Feuerwehr bei schweren Unfällen nicht grenzüberschreitend eingesetzt werden. Krankenhausauschussvorsitzender Kresten Philipsen befürwortet solche Einsätze, verweist aber darauf, dass dani-

Zone in Nordeuropa als ersten Schritt zu einer Atomwaffenabrüstung in Europa ein.

SP-Amratsmitglied Hermann Heil beklagt, der grenzüberschreitende Dialog sei seit Erkrankung Amtsbürgermeister Erik Jessens praktisch eingeschlafen.

Die Neubautätigkeit im dänischen Wohnungsbau erreicht den niedrigsten Stand seit 30 Jahren.

Der Vorsitzende der DDR-Volkskammer, Horst Sindermann, überreicht Anker Jørgensen eine Einladung zu einem offiziellen Besuch in der DDR.

Bundeskanzler Schmidt äußert sich skeptisch gegenüber Anker Jørgensens Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone im Norden. Das Thema könne nur auf Nato-Ebene diskutiert werden. Schmidt bezeichnet es als absurd, vor Amerika mehr Angst zu haben als vor der Macht im Osten.

Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt teilt Folketingspräsident Svend Jacobsen (Soz.) mit, dass die deutsche Minderheit aus »Prozedur- und Kompetenzgründen« kein Sekretariat beim Folketing erhalten könne. Es melden sich dennoch immer mehr Befürworter einer Sekretariatslösung zu Wort, u. a. Amtsbürgermeister Kresten Philipsen und sein Vorgänger Erik Jessen sowie der CDU-Europaabgeordnete Kai Uwe von Hassel (CDU) in einer Rede beim Parteitag der dänischen Konservativen.

Der neue CDU-Ministerpräsident Uwe Barschel kündigt die Erhöhung der Zuschüsse für die dänischen Schulen in Südschleswig auf 90 Prozent des Förderbetrages an, den die öffentlichen Schulen erhalten.

Barschel trägt den Wunsch nach einem Sekretariat für die deutsche Minderheit bei seinem Besuch bei Folketingspräsident Jacobsen vor.

Dänische Zeitungsberichte nehmen Anstoß an einer Rede auf Deutsch, die der dänische Energieminister Knud Ennsgaard (V) bei der Einweihung der deutsch-dänischen Erdgasverbindung während der Festlichkeiten in Ellund auf deutscher Seite der Grenze hält.

1983

Königin Margrethe bezeichnet die wirtschaftliche Krise in Dänemark als eine Herausforderung, der man mit weniger Egoismus entgegenwirken könne.

Ein deutsch-dänisches Rahmenabkommen für die Grenzregion fordert der stellvertretende Landrat des Kreises Schleswig-Flensburg, Wolfgang Börnsen (CDU). Amtsbürgermeister Kresten Philipsen spricht verwundert von einer wenig realistischen Initiative.

Der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer kündigt die Unterstützung einer Koalition von SPD und anderen Parteien unter Leitung Björn Engholms an, wenn dessen Regierungsprogramm wesentliche Punkte des SSW erfülle.

Mit einem Dank an die dänische Regierung stimmt der BDN dem Angebot zur Errichtung eines deutschen Minderheitensekretariates in Kopenhagen zu.

Bei den Bundestagswahlen siegen CDU/CSU und FDP, Helmut Kohl kann weiter regieren. Erstmals schaffen die Grünen den Einzug in den Bundestag.

In Schleswig-Holstein gewinnt die CDU mit 49 Prozent der Stimmen die Landtagswahl. Der SSW behauptet sein Mandat mit 1,3 Prozent Stimmenanteil.

Der erste Landtagsvizepräsident Kurt Hamer (SPD) schlägt vor, dass die Minderheiten im Grenzland als Zeichen innerer Souveränität auch Vertreter der Mehrheiten zu ihren Veranstaltungen einladen.

In Schleswig-Holstein werden die Zuschüsse für die dänischen Schulen auf 100 Prozent der Beträge für öffentlichen Schulen erhöht.

Am 6. September 1983 wird das Sekretariat der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen in Anwesenheit von Staatsminister Poul Schlüter eröffnet. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind mit Leben erfüllt worden, so der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Rudolf Titzack, der Sekretariatsleiter Siegfried Matlok gratuliert.

Die Fortschrittspartei verweigert ihrem Gründer Mogens Glistrup nach Antritt einer Gefängnisstrafe wegen

Steuervergehen, die Partei in Fernsehdebatten zu vertreten. Eine Mehrheit im Folketing zwingt die Regierung Schlüter, dass Dänemark sich von der Nato-Linie zur Aufstellung von Mittelstreckenraketen als Antwort auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen distanziert.

Staatsminister Schlüter muss Neuwahlen ausschreiben, nachdem die Fortschrittspartei zusammen mit der linken Opposition die Regierung bei der Abstimmung über den Staatshaushalt in die Minderheit bringt.

Eine klare Mehrheit im Amtsrat beschließt den Bau eines neuen Krankenhauses in Apenrade.

1984

Die Kleeblattregierung unter Leitung Poul Schlüters wird bei den Folketingswahlen bestätigt.

Kulturministerin Mimi Jacobsen (CD) kündigt eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für die deutschen Büchereien in Nordschleswig an. Auch Amt und Kommunen sollten ihre Fördermittel erhöhen.

Vor der Grenzlandpressekonferenz erklärt Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU), die Minderheiten seien nicht von Assimilierung bedroht, wenn bisher offene Forderungen erfüllt werden.

Dänemark wird als das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Europa eingestuft.

Das letzte Teilstück der Nordschleswig-Autobahn wird eingeweiht.

Um die wirtschaftliche Konsolidierung geht es bei einem Besuch von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in Kopenhagen. Es seien keine Initiativen zum Abbau der Grenzkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze zu erwarten. Die Konsolidierungspolitik der Regierung Schlüter fördere die internationale Kreditfähigkeit Dänemarks, so der deutsche Minister.

Bundeskanzler Kohl trifft bei seinem Besuch in Kopenhagen auch mit Vertretern der deutschen Nordschleswiger zusammen.

Beim Fest zum 25-jährigen Bestehen des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig unterstreicht Amtsbürgermeister Kresten Philipsen die gegenseitige Toleranz.

Riesenandrang herrscht bei einer Lesung des Schriftstellers Günter Grass in der deutschen Zentralsbücherei Apenrade. »Wir Deutschen haben, was die Realität betrifft, ein nationales Vakuum«, meint Grass zur deutschen Wiedervereinigungsfrage.

1985

Erstmals besucht eine Delegation des BDN offiziell das Folketing auf Einladung des Parlamentspräsidenten Svend Jacobsen begrüßt die Beteiligten per Handschlag.

Trotz Stimmenverlusten bei den Amtrats- und Kommunalwahlen kann die SP durch Wahlbündnisse in Tondern und Lüdtoft Mandate hinzugewinnen bzw. zurückgewinnen.

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Günther Flessner und Amtsbürgermeister Kresten Philipsen starten ein erstes grenzüberschreitendes Naturschutzprojekt im Fröslee-Jardelunder Moor.

Der Flensburger Nicolaj Ryborg verklagt Dänemark



Einweihung des deutschen Sekretariats bei Regierung und Folketing in Kopenhagen 1983 durch den aus Nordschleswig stammenden Staatsminister Poul Schlüter. (Foto: Karin Riggelsen)

vor dem Europäischen Gerichtshof, weil der dänische Zoll knapp 100.000 Registrierungsabgaben von ihm verlangt, weil er sich zu häufig mit seinem in Deutschland registrierten Mercedes in Broacker bei seiner Freundin aufgehalten habe.

In Gravenstein wird jubeln 10.000 Menschen Königinmutter Ingrid zu, deren Ankunft in Dänemark 50 Jahre zuvor gefeiert wird.

Nach Protesten in Dänemark gegen eine Teilnahme deutscher Nato-Einheiten am 5. Mai, dem 40. Jahrestag der dänischen Befreiung, wird die Ankunft der Bundeswehrinheiten beim Nato-Manöver um einen Tag verschoben.

In Deutschland und Dänemark werden 30 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen gefeiert. Staatsminister Poul Schlüter erklärt, dass die Vereinbarungen ihre Lebensfähigkeit als Kurbel positiver Bestrebungen weiterhin beweisen.

Für den weiteren Abbau der Grenzkontrollen und für die Chancengleichheit beider Minderheiten setzen sich Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatsminister Poul Schlüter bei ihrem Besuch im Grenzland ein. Im Tondener Rathaus unterzeichnen sie ein grenzüberschreitendes Katastrophenhilfsabkommen.

Die Rechtsabrechnung nach der Befreiung Dänemark 1945 bewegt die Gemüter nach Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Werkes von Prof. Ditlev Tamm über deren Umstände. **Der Nordschleswiger** stellt die Ergebnisse der Forschungen Tamms über die Gesetze mit rückwirkender Wirkung vor, die zur Verurteilung zahlreicher deutscher Nordschleswiger geführt hatte. Tamm äußert sich beeindruckt über Gespräche mit

1986

Bundeskanzler Helmut Kohl und Staatsminister Poul Schlüter würdigen die Bedeutung des **Nordschleswigers** 40 Jahre nach seiner Gründung.

Der Regionalsender TV Syd »würzt« seinen Beitrag über das Zeitungsjubiläum mit Bildern von Hitler und Hakenkreuzen sowie musikalischer Untermalung mit »Deutschland, Deutschland über alles«.

Die dänischen Wähler entscheiden sich mit gut 56 Prozent Stimmenanteil für eine EU-Reform.

Regierung und sozialdemokratische Opposition einigen sich auf den Bau einer festen Verbindung über den Großen Belt.

Königin Margrethe stattet der deutschen Minderheit in Nordschleswig einen offiziellen Besuch ab. Es ist die erste Visite eines dänischen Staatsoberhauptes bei der deutschen Volksgruppe seit 1920. Die deutsche Minderheit verleihe dem Leben »in diesen Gegenden eine zusätzliche Dimension und macht unser Grenzgebiet reizvoll«, würdigt die Königin das Wirken der Volksgruppe.

Nach Verhandlungen des deutschen Sekretariats in Kopenhagen mit Kulturminister H. P. Clausen (K) sagt dieser zu, dass die staatlichen Zuschüsse für die deutschen Büchereien von 500.000 auf zwei Millionen Kronen erhöht werden.

1987

In Schleswig-Holstein sorgt die Aufdeckung einer Kampagne des CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel gegen seinen Herausforderer von der SPD für einen Skandal. Im Landtag herrscht ein Patt: SPD 36 Mandate, CDU 33, FDP

gegliche Minderheitenpolitik: »Die Waagschale stimmt.«

Während des Besuches von Poul Schlüter in der DDR besetzen 18 DDR-Bürger die dänische Botschaft. Der dänische Botschafter lässt sie durch DDR-Polizei entfernen, was zu deren Inhaftierung und Repressalien führt.

1989

Bundespräsident Richard von Weizsäcker besucht während seines Staatsbesuches auch die deutsche Volksgruppe – und wird von dieser begeistert empfangen. Königin Margrethe würdigt die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik.

Das Ereignis des Jahres ist auch in Dänemark die Öffnung der Mauer und der innerdeutschen Grenze.

Staatsminister Poul Schlüter spricht sich zunächst gegen Forderungen nach einer Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland aus.

Bei Umfragen im Dezember sprechen sich nur 20 Prozent der Dänen für eine deutsche Wiedervereinigung aus.

Bei Spendenaktionen stellen deutsche Nordschleswiger Geld für Erholungsaufenthalte von DDR-Bürgern zur Verfügung.

In Nordschleswig werden DDR-Bürger herzlich willkommen geheißen, die die neu gewonnene Reisefreiheit nutzen.

Bei den Kommunalwahlen büßt die SP Mandate in Gravenstein, Tondern, Tingleff und Hoyer ein.

Auf Initiative der Schleswischen Partei findet in Tingleff erstmals eine deutsch-dänische Bürgermeisterkonferenz statt. Es herrscht Einigkeit, die Kooperation über die Grenze auszubauen.

An der Grenze werden neue dänische und deutsche Europa-Schilder aufgestellt.

1990

Eine Kindergruppe aus dem unter starker Umweltbelastung leidenden thüringischen Ronneburg kommt auf Einladung der Nordschleswigschen Gemeinde zur Erholung ins Jugendlager auf Röm.

In Nordschleswig wird der Besetzung Dänemarks durch die Wehrmacht am 9. April 1945 gedacht. Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Björn Engholm erklärt, man habe aus der Geschichte gelernt, Krieg und Grenzkampf seien Erinnerungsmarken, die Gegenwart sei geprägt durch Aussöhnung, Verständigung, gute Nachbarschaft und Austausch.

Bei einer KSZE-Konferenz in Kopenhagen plädiert der deutsche Außenminister Genscher für einen wirkungsvollen Minderheitenschutz im neuen Europa.

Nach den ersten freien Wahlen in der DDR beschließt die Volkskammer den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland. Mit den vier Siegermächten einigen sich die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin auf die volle Souveränität für das wieder vereinigte Deutschland.

Am Tag der Wiedervereinigung, dem 3. Oktober, veranstaltet der BDN eine Feierstunde. Königin Margrethe wünscht dem ganzen deutschen Volk Glück und Fortschritt. Auch Staatsminister Schlüter schreibt, mit der deutschen Einheit ist die künstliche Teilung Europas endgültig überwunden. Die deutsche Vereinigung

kurbelt die dänischen Exporte nach Deutschland an. Erstmals seit Jahrzehnten gibt es einen dänischen Exportüberschuss.

Trotz großer Stimmengewinne der Sozialdemokraten mit Spitzenmann Svend Auken kann Poul Schlüter weiter regieren, an der Spitze einer KV-Regierung.

1991

Das Folketing stimmt dem Bau einer Brücke über den Öresund nach Schweden zu.

An den Grenzübergängen gibt es vorübergehend Chaos, weil mit Einführung des EU-Binnenmarktes zunächst Bier im Wert von bis zu 3.100 Kronen privat eingeführt werden darf.

Amtsbürgermeister Kresten Philipsen übt scharfe Kritik an Regierungschef Schlüter, als dieser die Auflösung der Ämter in Dänemark vorschlägt.

Verkehrsminister Kaj Ikast und sein deutscher Kollege Günther Krause vereinbaren die Elektrifizierung der Bahn von Odense über Flensburg bis Hamburg.

SP-Amtratsmitglied Hans Chr. Jepsen fordert Absprachen, damit in Notfällen endlich Patienten aus Nordschleswig in benachbarte deutsche Krankenhäuser gebracht werden können.

Dänemark sorgt für Aufmerksamkeit, weil es als erster Staat die baltischen Länder nach ihrer Herauslösung aus der Sowjetunion diplomatisch anerkennt.

Nach sieben Jahren Rechtsstreit gibt das EU-Gericht dem Flensburger Nicolaj Ryborg Recht, dass er keine Autosteuer an Dänemark zu zahlen habe, weil er sich »zu oft und zu lange« bei seiner Freundin in Dänemark aufgehalten habe.

1992

In einer Volksabstimmung lehnen 50,7 Prozent der dänischen Wähler die Verträge von Maastricht ab. In Nordschleswig gibt es eine Mehrheit von 54,1 Prozent für das Vertragswerk zur Intensivierung der EU-Zusammenarbeit.

Nach dem Tod des SP-Amtratsmitglieds Hans Chr. Jepsen vertritt Anneliese Bucka die SP im nordschleswigschen Amtrats.

Mit einem ersten Ramm-schlag wird die Elektrifizierung der Verbindung Odense-Flensburg-Hamburg eingeleitet.

In Flensburg stößt ein neuer Vorschlag, den Idstedt-Löwen auf dem Alten Kirchhof aufzustellen, auf Ablehnung in konservativen Kreisen. Staatsminister Poul Schlüter warnt davor, die Skulptur zu einem Spielball in einem nationalen Streit werden zu lassen.

Der BDN bittet Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave, keine rechtsextremen DVU-Abgeordneten an einem Besuch des Ältestenrates des Landtags bei den deutschen Nordschleswigern zu beteiligen.

In Sonderburg erscheint erstmals ein gemeinsames deutsch-dänisches Buch über die Volksabstimmung 1920. Darin beleuchten Inge Adrian-sen und Immo Doege Agitationsplakate und Notgeldscheine aus dem Jahre 1920.

Bei der deutsch-dänischen Bürgermeisterkonferenz in Bredstedt fordert u. a. Amtsbürgermeister Kresten Philipsen eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung in die deutsch-dänische Grenzpartnerschaft. Broackers Bürgermeister und Maastricht-Geg-

ner Jörn Lehmann-Petersen (Soz.) erklärt, das dänische Nein zu Maastricht sei kein Nein zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

In Sonderburg wird das Deutsche Museum Nordschleswig als »Gedächtnis der Volksgruppe« eingeweiht.

Während der Sankelmarktagung berichtet »Politiken«-Chefredakteur Herbert Pundik über seine Versöhnung mit Deutschland. Die Vertreibung seiner Mutter aus Leipzig 1933, die eigene Flucht mit den dänischen Juden 1943 aus Dänemark und die Verbrechen der Nazis habe eine abweisende Haltung gegenüber allem Deutschen in ihm ausgelöst, doch vor allem auch die deutsch-israelische Annäherung seit Zeiten Adenauers und der Aufbau der deutschen Demokratie habe diese Haltung überwunden.

Auf den Düppeler Schanzen weiht Königin Margrethe das Geschichtszentrum ein.

In Anwesenheit von Unterrichtsminister Bertel Haarder (V) wird der Erweiterungsbau des Deutschen Gymnasiums in Apenrade eingeweiht.

In den dänischen Medien wird Alarm geschlagen, dass Deutsche mit Beginn des EU-Binnenmarktes nach Dänemark ziehen können und Häuser erwerben dürfen.

1993

Staatsminister Poul Schlüter tritt zurück, nachdem ihm der Tamilenuntersuchungsausschuss vorwirft, er habe in Verbindung mit der Affäre nicht immer die Wahrheit gesagt.

Neuer Regierungschef an der Spitze einer Regierung aus Sozialdemokraten, Radikalen, Christlicher Volkspartei und CD wird Poul Nyrup Rasmussen.

Mit vielen Würdigungen und guten Wünschen wird BDN-Hauptvorsitzender Gerhard Schmidt verabschiedet. Sein Nachfolger wird Tierarzt Hans Heinrich Hansen.

Bei einer Feier gedenkt der BDN der Haderslebener Erklärung am 11. November 1943. Schulrat a. D. Artur Lessow würdigt die Bedeutung der Erklärung beim demokratischen Neuanfang der deutschen Minderheit im Jahre 1945. BDN-Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen weist darauf hin, dass es in der nationalsozialistischen Zeit auch ein anderes Nordschleswig gegeben habe.

Bei der zweiten Abstimmung über die EU-Reform stimmt die dänische Wählerschaft mit 56,8 Prozent der Edinburgh-Vereinbarung mit Ausnahmen für Dänemark zu.

Die deutschen Schulen verzeichnen nach Jahren mit sinkenden Schülerzahlen einen Einschulungsrekord.

Die Nachfolgerin des wegen der Schubladenaffäre zurückgetretenen Ministerpräsidenten Björn Engholm, Heide Simonis, besucht Tondern. Man dürfe sich im deutsch-dänischen Verhältnis nicht auf den Lorbeeren ausruhen, mahnt Simonis. Bei Gesprächen mit Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen gibt es einen Durchbruch für das deutsch-dänische Vorhaben eines Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen.

Erstmals seit 1978 kann die SP ihren Stimmenanteil bei einer Kommunal- und Amtsratswahl steigern. Harald Søndergaard wird neues SP-Amtsratsmitglied. In Gravenstein gelingt SP-Mann Gerhard Schmidt der Wiedereinzug in den Stadtrat.

In Tondern werden bosnische Flüchtlinge im früheren Seminar einquartiert.

1994

In Tingleff gedenkt die deutsche Volksgruppe Jens Jessen, einer führenden Figur des Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur und eines der Initiatoren des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944. Während der Feier zur Ehren des im November 1944 nach einem schändlichen Prozess vor dem Volksgerichtshof hingerichteten Nordschleswigers ergreift der frühere dänische Widerstandskämpfer P. W. Nørgaard das Wort und dankt der deutschen Minderheit für ihre Haltung gegenüber dem Widerstand und legt seine Armbinde der Widerstandsbebewegung am Gedenkstein für Jessen nieder.

Trotz Stimmengewinns für Venstre kann Poul Nyrup Rasmussen weiter regieren. Nach Scheitern der Christlichen Volkspartei an der Sperrgrenze bildet er eine Regierung aus

sen (Rad.), dass die Förderung der Minderheiten fortgesetzt werde.

In Apenrade wird mit einem Fest das 25-jährige Bestehen des Amtes Nordschleswig gefeiert.

Landesweit wird der Befreiung Dänemarks von der deutschen Besetzung gedacht. An der Westküste erleben Tausende die Laserlichtinstallation von Elle Mie Eidrup-Hansen von Skagen bis zur Grenze zum Befreiungsjubiläum.

In einer Feierstunde des BDN erinnert dessen Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen an die Befreiung von einem menschenverachtenden Regime. Der 5. Mai sei in Nordschleswig für die deutsche Volksgruppe mit Demütigung durch Verhaftungen und Internierungen und Zusammenbruch allen Deutschen verbunden gewesen. Eine Kollektivschuld könne es nicht geben, aber eine historische Mitverantwortung der damaligen Führung der Minderheit, die »uns heute zutiefst beschämt«, so Hansen.

und Ministerpräsidentin Heide Simonis vor.

Jørgen Mads Clausen, Sohn des Firmengründers Mads Clausen, wird Chef des Danfoss-Konzerns.

1997

Zu heftigen Debatten kommt es in Nordschleswig, als der Amtsrat eine Beteiligung an einer grenzüberschreitenden Region beschließt. Die sich formierenden Regionsgegner kritisieren den Namensvorschlag Eureregion ebenso wie die Bezeichnung Schleswig/Slesvig. Trotz der Feststellung des Amtes, die Grenze liege fest, gibt es Vorwürfe, es drohe deutsche Expansion nach Norden. Es gibt Drohungen auch gegen deutsche Einrichtungen und zerstochene Reifen u. a. bei Kresten Philipsen.

Mit Begeisterung werden Prinz Joachim und Gattin Alexandra von der deutschen Minderheit bei einem Besuch empfangen.

Königin Margrethe eröffnet



BDN-Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen während seiner Ansprache auf der Düppeler Höhe

Sozialdemokraten, Radikalen und CD.

Es wird Kritik in dänischen Kreisen laut, dass die deutsche Minderheit offiziell am Volksfest zur Erinnerung an die 75. Wiederkehr des Tages der Eingliederung Nordschleswigs ins Königreich Dänemark am 11. Juli 1995 teilnimmt.

Mit einer großen Feier wird des ersten Knivsbergfestes vor 100 Jahren gedacht. Landtagspräsidentin Ute Erdsiek-Rave würdigt den völkerverbindenden Einsatz der deutschen Nordschleswiger u. a. durch ihre Austauschprogramme für Kinder und Jugendliche. Im Grenzland sollte allen nationalistischen Kräften eine Absage erteilt werden, so Erdsiek-Rave.

Während ihres Staatsbesuchs in Deutschland besucht Königin Margrethe auch Weimar und Mecklenburg-Vorpommern, der Heimat ihrer Großmutter, der Gattin Christian X.

1995

Ein Jahr der Jubiläen und Gedenktage:

In Apenrade gedenkt der BDN des 75. Jahrestags der Volksabstimmung in Nordschleswig. Man sehe die Abstimmung heute nicht mehr aus der Sicht von Gewinnern und Verlierern, sondern als eine unter den damaligen Verhältnissen tragbare Grenzziehung der Vernunft, so BDN-Hauptvorsitzender Hans Heinrich Hansen. Man könne sich aus der eigenen Geschichte nicht herausmogeln.

Beim Festakt anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen versprechen die Außenminister Deutschlands und Dänemarks, Klaus Kinkel (FDP) und Nils Helveg Peter-

Dänemark unterzeichnet die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten.

Beim ersten Grenzlandkongress schlägt Schleswig-Holsteins Europaminister Gerd Walter (SPD) eine Regionalversammlung für das Grenzland vor.

Während des Volksfestes zur Erinnerung an die Volksabstimmung 1920 auf Düppel lobt die Königin das deutsch-dänische Grenzland als Vorbild für viele andere Regionen. Viel Beifall gibt es von Seiten der 15.000 Teilnehmer auch für BDN-Chef Hans Heinrich Hansen. Die Einladung zur Teilnahme sei Ausdruck des Respektes für die deutschen Nordschleswiger und das friedliche Zusammenleben.

Die Hochzeit von Prinz Joachim und Prinzessin Alexandra hält das ganze Land in Atem.

1996

Das 50-jährige Bestehen des **Nordschleswigers** wird gefeiert. Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen schreibt, **Der Nordschleswiger** habe an der positiven Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland mitgewirkt. Heide Simonis erklärt, **Der Nordschleswiger** helfe mit, ein realistisches Deutschlandbild in Dänemark zu vermitteln. Amtsbürgermeister Philipsen unterstreicht, dass **Der Nordschleswiger** inzwischen die einzige Zeitung sei, die ausschließlich nordschleswigsche Standpunkte abdeckt.

Flensburg wird Standort des Europäischen Zentrums für Minderheitenforschung, das künftig unter dem englischen Kürzel ECMI firmiert. Die Eröffnung nehmen Forschungsminister Frank Jensen

EU-Vertrag von Amsterdam.

Die Große-Belt-Brücke für den Autoverkehr wird eingeweiht.

Gegen Widerstände auf Landesebene wird die Behandlung nordschleswigscher Krebspatientinnen in Flensburg vereinbart.

1999

Trotz deutscher und dänischer Proteste wird das deutsche Generalkonsulat in Apenrade im Zuge von Sparmaßnahmen geschlossen.

Erstmals in seiner Geschichte feiert der BDN den Tag des dänischen Grundgesetzes, das 150 Jahre alt wird. Auch 50 Jahre deutsches Grundgesetz werden gewürdigt.

Der europäische Minderheitenverband FUEV feiert sein 50-jähriges Bestehen in Hadersleben. Die Diskriminierung von Minderheiten halte an, so FUEV-Präsident Rome-de Arquint.

Der Danfoss-Konzern fusioniert seine Sparte Mobilhydraulik mit dem deutschen Unternehmen Sauer zu Sauer-Danfoss.

Ein Gutachten zur Wirtschaftlichkeit einer Fehmarnbeltverbindung lässt das Milliardenprojekt näher rücken.

2000

Einstimmig beschließt das Folketing die Europäische Sprachencharta, die u. a. auch Rechte der deutschen Minderheit sichert.

Amtsbürgermeister Kresten Philipsen tritt zurück, Carl Holst wird sein Nachfolger. Deutsche und dänische Politiker würdigen Philipsens Einsatz für die deutsch-dänische Zusammenarbeit.

Mit 53,2 Prozent lehnen die Dänen die Einführung des Euro anstelle der Krone ab.

Die Öresundbrücke wird eingeweiht.

Königinnmutter Ingrid stirbt im Alter von 90 Jahren, auch die deutschen Nordschleswiger trauern.

2001

Wenige Tage vor dem Inkrafttreten der Vereinbarungen von Schengen, mit dem die Grenzkontrolle aufgehoben wird und kleine Übergänge, die teilweise seit 1920 gesperrt waren, allgemein passierbar werden, unterzeichnen die Innenminister Dänemarks und Deutschlands, Franke Jensen und Otto Schily, ein Abkommen zur Polizeikooperation.

Die Jungen SPitzen, Jugendorganisation der SP, demonstrieren zusammen mit anderen Nachwuchsorganisationen gegen den Aufmarsch der Schengen-Gegner von Dansk Folkeparti am Übergang Seth und feiern die freie Grenzpassage – die deutschen Nordschleswiger werden von DF-Leuten als Nazis verunglimpft und bespuckt.

Danfoss-Chef Jørgen Mads Clausen schlägt eine besondere Wirtschaftszone im Grenzland vor, um die Kooperation

BONN-KOPENHAGENER ERKLÄRUNGEN IM INTERNET / B-K-E VIRTUELL

www.b-k-e.info
EIN GEMEINSAMER INTERNETAUFTRITT DER JUGEND
EUROPÄISCHER VOLKSGRUPPEN UND DER TAGESZEITUNG
"DER NORDSCHLESWIGER"

zu stärken.

Erstmals ist mit Bischof Niels Henrik Arendt ein dänischer Bischof beim Jahresfest der Nordschleswigschen Gemeinde zu Gast. Auch dabei ist der Schleswiger Bischof Hans Chr. Knuth.

Ministerpräsidentin Simonis und Amtsbürgermeister Holst unterzeichnen auf der Gr. Ochseninsel einen Partnerschaftsvertrag.

Der Unternehmer Thomas Bekker wird neuer deutscher Honorarkonsul.

Dänemark steht Seite an Seite mit den USA nach den Terroranschlägen am 11. September in den USA.

Bei den Folketingswahlen siegt Venstre haushoch. Mit den Konservativen als Regierungspartner kann Anders Fogh Rasmussen mit Unterstützung der DF-Mandate bürgerliche Mehrheitspolitik führen.

Bei den Amtsratswahlen übertrifft Carl Holst die Traumresultate seines Vorgängers Philipsen. Venstre bekommt eine absolute Mehrheit im Amtsrat.

Für die SP zieht Hinrich Jürgensen in den Amstrat ein, die Stimmenzahl der SP geht leicht zurück, ungünstig ist für die SP die gleichzeitige Folketings- und Kommunalwahl.

Ein Erfolg wird ein Gottesdienst von »Æ synnejsk Forening« mit der deutschen Pastorin Christa Hansen auf Sønderjysk.

2002

Deutschland ist der wichtigste Partner Dänemarks, erklärt Staatsminister Anders Fogh Rasmussen während des Staatsbesuchs von Bundespräsident Johannes Rau, der während der Visite in Kopenhagen als Gast der Königin auf Schloss Fredensborg logiert.

Erstmals gibt es eine gemeinsame deutsch-dänische Ehrung der Gefallenen des Krieges von 1864 auf Düppel. BDN und Nordschleswische Gemeinde sammeln 140.000 Kronen für die Opfer der Jahrhundertflut in Deutschland.

Unter dänischer Ratspräsidentschaft wird die Erweiterung der EU auf 25 Mitgliedsstaaten besiegelt.

In Deutschland siegt Rot-Grün bei der Bundestagswahl.

2003

Erstmals hält mit Kresten Philipsen ein Däne die Ansprache bei der Oeversee-Feier. Die Deutschen und Dänen müssen ihre Zusammenarbeit ausbauen, so Philipsen, die Vergangenheit hindere viele, nach vorn zu blicken, die vergangenen Kriege mit Siegen und Niederlagen hätten die Entwicklung des Landesteils ins Stocken gebracht.

Erstmals ist mit Carmi Gilon ein israelischer Botschafter Gast der deutschen Minderheit.

In Dänemark gibt es Proteste nach dem Entschluss der Regierung, Soldaten in den Irak zu entsenden.

Die Ankündigung einer

Strukturreform versetzt die deutsche Minderheit in Aufregung, denn ihre politische Vertretung wird damit in Frage gestellt.

Landtagspräsident Heinz-Werner Arens setzt sich für die Herausnahme der Bundeszuschüsse an die deutsche Minderheit aus der Liste für Subventionsabbau im Koch-Steinbrück-Papier ein.

Ministerpräsidentin Simonis zieht eine Erfolgsbilanz des Einsatzes der schleswig-holsteinischen Minderheitenbeauftragten Kurt Hamer, Kurt Schulz und Renate Schnack.

2004

Die Strukturreform wird auf den Weg gebracht. Das Amt Nordschleswig soll aufgelöst werden, in Nordschleswig werden vier Großkommunen gebildet. Die deutsche Minderheit startet intensive Bemühungen, um per Sonderregelungen ihren politischen Einfluss und Förderung ihrer Einrichtungen zu erhalten.

Zu einem Großereignis, das tagelang die ganze Nation in seinen Bann zieht, wird die Hochzeit von Kronprinz Frederik und Mary. Auch die deutsche Minderheit schickt Geschenke: drei Gravensteiner Apfelbäume.

Bei der Ernennung von Eva Kjer Hansen, Loit, zur Sozialministerin stoßen die Medien auf die Tatsache, dass die mit einem zur deutschen Minderheit zählenden Mann verheiratete Venstre-Politikerin ihre Kinder in die deutsche Schule gehen lässt.

Im Gesetzentwurf für die Kommunalreform sind Regelungen für die deutsche Minderheit enthalten.

Verbesserungen für die deutsche Volksgruppe in Dänemark sind möglich, stellt ein Expertenkomitee des Europarates zur Überprüfung der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten fest.

2005

Anders Fogh Rasmussen feiert einen historischen Sieg. Erstmals in der parlamentarischen Geschichte des Landes wird ein amtierender Regierungschef der liberalen Venstre bei Wahlen im Amt bestätigt.

Die Delegierten des Bundes Deutscher Nordschleswiger (BDN) billigen einstimmig die bisherigen Ergebnisse für die deutschen Minderheit bei den Verhandlungen im Rahmen der neuen Kommunalreform, die am 1. Januar 2007 in Kraft treten soll. Die dänische Regierung unterstreicht in einer Absichtserklärung an den BDN, dass sie in den weiteren Verhandlungen auch zu Sonderregelungen bei der Finanzierung der Minderheitenarbeit, insbesondere bei Fragen der deutschen Kindergärten, bereit ist.

Meine Meinung * Meine Meinung * Meine Meinung * Meine Meinung * Meine Meinung



Lennart Christensen (22 Jahre) Tønder: »Den Inhalt der Minderheitenerklärungen kenne ich nicht so genau. Ich weiß aber, dass sie für den Schutz der Minderheiten sehr wichtig sind.«



Jürgen Carstensen (73 Jahre), Seth: »Ich kenne nicht direkt den Inhalt der Minderheitenerklärungen, weiß aber von ihrer sehr große Bedeutung nördlich und südlich der Grenze. Viele andere Minderheiten beneiden uns um diese-Erklärungen.«



Hauke Grella (23 Jahre), Kiel/Hoyer: »Ich kenne die Kernaussagen der Erklärungen und weiß, dass sie der Grundstein dessen sind, was die Minderheiten nördlich und südlich bis heute erreicht haben.«



Jens Christian Jørgensen (74), Vorsitzender des Donnerstagsklubs, Rothenkrug:

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben nach dem Krieg unser ganzes Leben bestimmt, und wir haben uns nach ihnen gerichtet. Das ist doch auch das Gute daran, wir wussten ab diesem Zeitpunkt, welche Rechte wir haben, was wir machen können und was nicht. Ich bin als junger Mann auch in der Hitler-Jugend gewesen, und mir hat das Gruppengefühl auch gefallen, aber diese Erklärungen haben eine viel größere Bedeutung für mich. Sie haben in mir Wurzeln geschlagen.



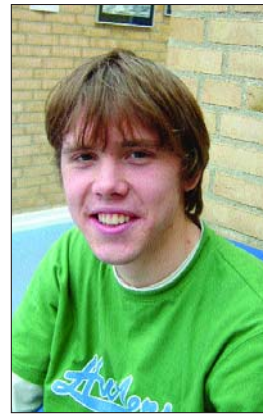
Daniel Ruff (16), Schüler am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig, Apenrade:

Ich weiß, dass die Bonn-Kopenhagener Erklärungen eine ganz tolle Sache sind, wo die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze gefördert und vom Staat unterstützt werden. Wie aber der genaue geschichtliche Ablauf ist, kann ich nicht sagen, dazu hab ich mich kaum beschäftigt. Ich bin auch erst ein halbes Jahr in Dänemark. Eigentlich komme ich aus Hamburg, meine Familie lebt immer noch da, aber ich besuche jetzt hier das Deutsche Gymnasium und wohne im Internat.



Severin Mundl (18), Schüler am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig, Kipleff:

Ich habe schon mal etwas von den Bonn-Kopenhagener Erklärungen gehört, kann aber jetzt nicht genau sagen, was sie bedeuten. Ich kenne mich mit Geschichte nicht so aus, aber ich weiß, dass viele meiner Mitschüler sich mit diesem Thema sehr gut auskennen. Aber mein Gebiet ist es nicht.



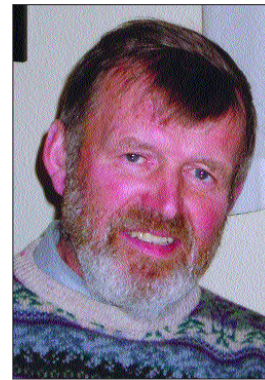
Stephan Christensen (17), Schüler am Deutschen Gymnasium für Nordschleswig:

Die Erklärungen sind eine Art Friedenszusammenarbeitsversprechen zwischen Deutschland und Dänemark. Es geht um Toleranz und Akzeptanz und dass die Menschen, egal ob sie hier oder in Deutschland in der Minderheit leben, geschützt sind. Deswegen kann ich auch hier in die Schule gehen.



Gesa Clausen (17), Mitglied der Jungen SPitzen:

In den Sommerferien nehme ich an einem Projekt teil, bei dem Jugendliche aus allen Teilen Europas zusammenkommen und etwas über Minderheiten erfahren. Die gute Zusammenarbeit Deutschlands und Dänemarks haben wir Bonn-Kopenhagen zu verdanken. Vielleicht lernen ja andere Staaten von dieser tollen Sache.



Hans Hinrich Matzen (62), Selbständiger:

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen waren und sind unheimlich wichtig. Und wenn man bedenkt, dass sie in diesem Jahr 50. Jubiläum feiern, waren sie auch unheimlich vorausschauend, denn auch in der heutigen Zeit haben sie immer noch einen Vorbildcharakter, dass heißt, selbst in anderen Staaten, wo man in einer Mehrheit und einer Minderheit zusammenlebt, funktioniert es noch nicht so gut, wie zwischen den Dänen und den Deutschen. Wenn man darüber nachdenkt, haben diese Erklärungen unser Leben nachhaltig beeinflusst.



Mareike Heimbürger (32), ausgebildete Übersetzerin, Lügumkloster:

Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen haben für mich folgende Bedeutung: Ich bin deutsch, habe mich aber entschieden, mein Leben in Dänemark zu verbringen. Ich kann hier in diesem Land aber eine deutsche Bücherei aufsuchen, mir deutsche Literatur ausleihen und das auch noch kostenfrei. Ich denke, das habe ich oder andere den Bonn-Kopenhagener Erklärungen zu verdanken. In einem anderen Land muss man wahrscheinlich auf einem Trödelmarkt oder in einem Antiquariat suchen und dann auch noch großes Glück haben.



Wiebe Andersen (54 Jahre), Tønder: »Ohne die Bonn-Kopenhagener Erklärungen hätten wir den heutigen Stand in der Volksgruppe vielleicht nie erreicht.«



Ernst Lange (70 Jahre), Tønder: »Beide Minderheiten haben ganz klare Vorteile durch die Bonn-Kopenhagener-Erklärungen gehabt. Sie sind die Grundlage für die Volksgruppenarbeit.«



Steffen Petersen (18 Jahre), Tønder: »Wegen des Jubiläums habe ich mich gerade etwas genauer mit dem Inhalt der Bonn-Kopenhagener Erklärungen befasst. Sie sicherten uns zu, dass wir als Minderheitenmitglieder genauso viel wert sind wie die anderen.«